Nr. 266. – 33. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando Vierteljährl. 3,90 Mk., monatl. 1,30 Mk., wöchentlich 90 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,30 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Mittwoch, den 27. September 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Die deutsch-englische Schiffahrts-konkurrenz.

Von Heinrich Cunow.

Der Krieg hat der deutschen Seeschiffahrt tiefe Wunden geschlagen. Ein beträchtlicher Teil der Handelsschiffe ist von den feindlichen Kriegsschiffen vernichtet oder gekapert worden, ein anderer Teil, der zur Zeit des Kriegsausbruchs in fremden Häfen lag oder Zuflucht suchte, wurde dort sofort oder später, nachdem sich diese Mächte der Entente angeschlossen hatten, beschlagnahmt. Die deutsche Kauffahrteiflotte aber, die nicht in Feindesland übergegangen ist, liegt größtenteils tatenlos in einheimischen und neutralen Häfen, veraltet und verdirbt, denn auch die sorgfältigsten Ausräumungen, Abtakelungen, Maschinendemontagen usw. vermögen nicht zu verhüten, daß die stilliegenden Fahrzeuge ziemlich schnell abnutzen. Zudem aber verursacht ihre Erhaltung wie auch die Weiterbezahlung von Kai-, Dock- und Liegegebühren, von Gehältern und Löhnen beträchtliche Kapitalverluste. Nur ein geringer Teil der sonst alle Meere befahrenden deutschen Handelsflotte hat eine gefahrvolle Verwendung im Frachtdienst zwischen deutschen und skandinavischn Häfen gefunden.

Daß diese der deutschen Seeschiffahrt zugefügten schweren Schäden möglichst bald ausgeglichen werden, damit die deutsche Kauffahrteiflotte ihren Betrieb wieder in früherer Weise aufzunehmen vermag, liegt nicht nur im Interesse der Reedereien, sondern des gesamten deutschen Wirtschaftsgetriebes, nicht zum wenigsten auch der Arbeiterschaft. Die deutsche Seeschiffahrt hat sich mehr und mehr zu einem der wichtigsten Zweige des deutschen Wirtschaftslebens entwickelt, in dem vor dem Kriege nach sachverständiger Schätzung ein Reederkapital von ungefähr 850 Millionen Mark investiert war: eine Summe, zu der noch die Werte hinzukommen, die in den mit der Seeschiffahrt zusammenhängenden zahlreichen Hafen-, Kai-, Werften-, Speicheranlagen usw. stecken. Und in allen diesen Anlagen ist ein riesiges Arbeiterheer beschäftigt, deren Wohl und Wehe eng mit der Ausdehnung und Leistungsfähigkeit der deutschen Seeschiffahrt verknüpft ist, ganz abgesehen von der Besatzungsmannschaft der deutschen Handelsflotte, die zu Beginn des Jahres 1914 nach der Angabe der Seeberufsgenossenschaft fast 84 000 Personen umfaßte. Zudem hängt mit der Seeschiffahrt die Wohlfahrt der Binnenschiffahrt eng zusammen, da der wichtigste Zweig ihrer Tätigkeit in der Zufuhr und Abfuhr der in den Hafenplätzen eingehenden Waren auf den binnenländischen Strömen und Kanälen besteht; und auch in der deutschen Binnenschiffahrt waren vor dem Kriege ungefähr 67 000 Mann beschäftigt.

Gerade nach dem Kriege bedarf Deutschland ganz besonders einer leistungsfähigen Handelsmarine, denn soll sich das deutsche Wirtschaftsleben nach dem harten Druck des Krieges wieder erholen, soll die Wiederumschaltung der Industrie auf die Bedürfnisse des Friedenszustandes ohne nachhaltige schwere Erschütterungen des ganzen Wirtschaftskörpers gelingen, dann ist erste Vorbedingung, daß die auf die Neige gegangenen fremden Roh- und Hilfsstoffe möglichst schnell herangeholt, die während der Kriegszeit von der fremden Konkurrrenz in Beschlag genommenen ausländischen Absatzmärkte ohne Verzug wieder dem deutschen Ausfuhrhandel erschlossen werden.

Es ist daher eine höchst freudige Nachricht, daß auf den größeren Deutschen Werften mit höchster Anspannung, soweit die Arbeitskräfte und die Schiffsbaumaterialien reichen, daran gearbeitet wird, die großen Schiffsverluste der deutschen Kauffahrteiflotte zu ersetzen. Und nach sachverständigem Urteil über die Fortschritte der Bautätigkeit wird es voraussichtlich nicht nur gelingen, vollen Ersatz zu schaffen, sondern auch zu erreichen, daß schon im nächsten Frühjahr die deutsche Handelsmarine entschieden leistungsfähiger sein wird, als vor dem Kriege; denn die neuen Schiffe, die gebaut werden, sind nicht nur größer und mit allen Errungenschaften der modernen Schiffsbautechnik ausgerüstet, sie werden zumeist auch eine viel größere Geschwindigkeit haben als die alten. Der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Albert Ballin, hat Ende Juni einem Korrespondenten der Kopenhagener „Berlingske Tidende" allerlei aus dem Flottenprogramm der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd sowie der mit ihnen eng liierten Hansa-Dampfschiffahrtsgesellschaft, Afrika-Linie und Kosmos-Linie mitgeteilt. Schon wer sich diese Angaben näher ansieht, vermag daraus zu erkennen, welche weitreichenden Pläne die Leiter dieser Schiffahrtsgesellschaften hegen. Neben Riesenluxusdampfern wie den „Bismarck" (56 000 Registertonnen), den „Hindenburg" (35 000 Tonnen), den „Kolumbus" (35 000 Tonnen), den „Tirpitz" (32 000 Tonnen) usw. enthält das Programm eine lange Reihe von schnellfahrenden Riesenfrachtdampfern von 9000 bis 18000 Tonnen.

Die deutsche Handelsmarine ist, was ihre Leistungsfähigkeit anbetrifft, der englischen immer näher gerückt, zum Leidwesen der englischen Konkurrenz, wie so manche Aeußerungen der englischen Handels- und Schiffahrtspresse vor dem Kriege beweisen. Als das Deutsche Reich begründet wurde, betrug der Raumgehalt der deutschen Handelsmarine erst 982 355 Netto-Registertonnen und auch in den nächsten 25 Jahren stieg er nur langsam. Zu Beginn des Jahres 1891 stellte sich der Gehalt erst auf 1 433 413, 1896 auf 1 502 044 Registertonnen. Dann tritt jedoch, wie die nachstehenden Zahlen veranschaulichen, ein schnelleres Wachstum ein:

	Segelschiffe und Seeleichter	Dampfschiffe	Zusammen
1896 . . .	622 105	879 939	1 502 044 Tonnen netto
1901 . . .	593 770	1 347 875	1 941 645 „ „
1906 . . .	553 817	1 915 475	2 469 292 „ „
1911 . . .	506 837	2 396 733	2 903 570 „ „
1914 . . .	487 759	2 832 312	3 320 071 „ „

Die deutsche Handelsmarine hat in ihrem Wachstum die aller anderen Staaten überholt, bis auf die Handelsflotte Großbritanniens und Irlands, die zu Beginn des Jahres 1913 = 11 878 807 Netto-Registertonnen zählte gegen 3 153 724 Tonnen der deutschen Kauffahrteiflotte, doch sind diese Zahlen nicht völlig vergleichbar, denn die deutsche Statistik zählt Schiffe bis zu 50 Kubikmeter Brutto-Rauminhalt (= 17,65 Brutto-Registertonnen) nicht mit, während die englische Statistik bereits bei Schiffen von 15 Brutto-Registertonnen-Raumgehalt beginnt, und ferner werden auch in England zum Teil bestimmte kleine Küstenfahrzeuge zu den Seeschiffen gerechnet, die in Deutschland den Binnenschiffen zugezählt werden. Indes wird dadurch im Ganzen das Größenverhältnis der beiden Handelsflotten nur wenig zugunsten Englands verschoben.

Dem Raumgehalt nach war demnach Deutschlands Handelsflotte vor dem Kriege nur gut ein Viertel so groß, als die Englands; zieht man die Leistungsfähigkeit in Betracht, dann stellt sich freilich das Verhältnis als viel günstiger für Deutschland heraus. Zwar ist in der deutschen Frachtschiffahrt noch viel mehr als in der englischen die Verwendung von Segelschiffen üblich, an der Gesamttonnage sind in Deutschland die Segelschiffe noch mit fast 16, in England nur noch mit 8 Prozent beteiligt; dafür aber sind nicht nur die deutschen Segelschiffe durchweg größer (zu einem ansehnlichen Teil sogar Vier- und Fünfmaster), sondern es haben auch die deutschen Dampfer durchweg einen größeren Raumgehalt, und überdies fahren sie viel schneller als die englischen. Im Durchschnitt kommt in der englischen Kauffahrteiflotte auf den Segler nur ein Raumgehalt von ungefähr 106 Netto-Registertonnen, in der deutschen von 181 Netto-Registertonnen, und das englische Dampfschiff hat im Durchschnitt nur eine Tragfähigkeit von 890 Netto-Registertonnen, das deutsche hingegen von 1270 Tonnen.

Dennoch besitzt noch immer die englische Handelsflotte gegenüber der deutschen ein starkes Uebergewicht, selbst wenn man in Rechnung stellt, daß die englische Kauffahrteiflotte einen beträchtlichen Teil ihres Schiffsraums durch den Unterseebootkrieg, Minenexplosionen und sonstige Unglücksfälle verloren hat, der nur teilweise durch Neubauten ersetzt worden ist, und daß ferner von dem reichlichen Drittel der englischen Gesamttonnage, das die Admiralität für Kriegszwecke requiriert hat, ein großer Teil nach dem Kriege so abgenutzt und entwertet sein wird, daß er ohne große Reparaturen kaum mehr verwendbar sein dürfte.

Immerhin scheint die Wiederaufnahme des Konkurrenzkampfes der deutschen Seeschiffahrt gegen die englische trotz der großen Schiffsverluste der deutschen Reedereien keineswegs so aussichtslos, wie vielfach in binnenländischen Handelskreisen angenommen wird. In einer Hinsicht steht allerdings das englische Reederkapital viel günstiger da als das deutsche. Während das deutsche große Verluste erlitten, hat das englische infolge der enormen Erhöhung der Frachtraten Riesenprofite eingesteckt, und tritt daher finanziell weit besser ausgerüstet auf den Kampfplan. Diesen Nachteil, in dem sich die deutsche Reederei gegenüber der englischen befindet, möglichst auszugleichen, haben erstens die beiden sich früher so häufig befehdenden großen deutschen Schiffahrtsgesellschaften, die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd, mit ihrem beiderseitigen Anhang, der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, der Kosmos-Linie, der Hansa-Linie, der Levante-Linie, der Deutschostafrika-Linie, der Hamburg-Bremer Afrika-Linie, der Wörmann-Linie usw., ihren alten Rivalitätskampf eingestellt und sich zu einer großen Interessenkoalition verbunden, und zweitens haben sie mit der Bankfinanz sowie mit der rheinisch-westfälischen Großindustrie enge Fühlung und Verbindung gesucht. So ist z. B. bereits vor einigen Monaten bei der Uebernahme der Wörmann-Linie nicht nur der Direktor der Norddeutschen Bank in Hamburg und Gesellschafter der Berliner Diskontogesellschaft, Herr Max Schinkel, zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrats der Hamburg-Amerika-Linie, in den Aufsichtsrat der Wörmann-Linie gewählt worden, sondern auch der bekannte Vertrauensmann des Zentralverbandes deutscher Industrieller, der Reichstagsabgeordnete Dr. Wilhelm Hirsch, während der Großindustrielle Hugo Stinnes als Miterwerber der Woermann-Linie mit Ballin und Heineken (dem Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd) in den geschäftsführenden Dreimännerausschuß aufgenommen wurde. Nun traten weiter, wie gemeldet wird, auch Herr von Gewinner, Direktor der Deutschen Bank, Dr. Salomonsohn, Gesellschafter der Diskontogesellschaft, und Herr Stinnes in den Aufsichtsrat der Hamburg-Amerika-Linie ein (im Aufsichtsrat des Norddeutschen Lloyd ist die Deutsche Bank bereits durch Direktor Mankiewitz vertreten), und diesen dreien wird demnächst Herr Robert Kirsten, Chef der Reederfirma A. Kirsten und Aufsichtsratsmitglied der Hamburger Vereinsbank, als Vierter folgen, während andererseits wieder, wie verlautet, an der von Ballin neugegründeten Hamburger Werft-Aktiengesellschaft die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft beteiligt ist. Eine Meldung, die stimmen dürfte; ist doch Herr Ballin schon seit Jahren auch Aufsichtsratsmitglied der A. E. G. und zugleich der Elektro-Treuhand-Aktiengesellschaft.

So bereitet sich eine gewaltige Koalition zwischen Schiffahrtsbetrieb, Großindustrie und Großfinanz vor — ein Wetterleuchten der nach dem Kriege kommenden neuen finanzkapitalistischen Wirtschaftsära. (z)

• • •

Eine Kundgebung deutscher Reeder.

Auf der zweiten Kriegstagung der See-Berufsgenossenschaft, die am 21. September unter sehr zahlreicher Beteiligung in Hamburg stattfand, machte der Vorsitzende Herr C. Krogmann im ausdrücklichen Auftrage des Vorstandes nach der „Deutschen Tageszeitung" folgende Ausführung:

„Hat sonach die deutsche Reederei während des Krieges den Beweis dafür erbracht, daß sie voll und ganz auf der Höhe der Aufgaben steht, die das Vaterland von ihr verlangen darf, so erwartet sie aber auch, daß ihr durch den Abschluß des Krieges die nötige Ellbogenfreiheit geschaffen, insbesondere die Sicherheit gewährleistet wird, in friedlichem Wettbewerb sich auf allen Meeren wieder erfolgreich zu betätigen. Zu diesem Zwecke erachtet sie es für unbedingt geboten, daß durch den zukünftigen Frieden auch das eine der großen deutschen Ziele, Freiheit der Meere und freier, ungehinderter Verkehr der deutschen Schiffe in allen Häfen der Welt, uneingeschränkt erreicht wird.

So wertvoll weitgehende Sicherungen im Osten sein mögen, so große wirtschaftliche Bedeutung dem in letzter Zeit so oft besprochenen Weg Hamburg—Sofia—Konstantinopel—Bagdad innewohnen mag, Deutschlands Seegeltung verlangt in erster Linie gebieterisch die Schaffung realer Garantien im Westen, und zwar solcher, die nicht lediglich in schriftlichen Verträgen bestehen dürfen, sondern für die durch entsprechende Taten die erforderlichen, greifbaren, tatsächlichen Unterlagen geschaffen werden müssen. Nur dann aber kann dies erreicht werden, wenn der Feind, der nur das eine Ziel kennt, Deutschland das Rückgrat zu brechen, der die Verwirklichung dieses seines Vernichtungswillens ohne irgendwelche Rücksichtnahme betreibt, ebenso rücksichtslos, unter vollster Einsetzung aller unserem Volke zur Verfügung stehenden Mittel und Kräfte, niedergerungen wird. Dieses als die einmütige Auffassung der deutschen Reederei gegenüber gegenteiligen Behauptungen, die bedauerlicherweise mehrfach von schlecht unterrichteten Außenstehenden in der breiteren Oeffentlichkeit aufgestellt worden sind, hier zum Ausdruck zu bringen, halten wir uns um so mehr für verpflichtet, als unsere Genossenschaft die einzige Vereinigung darstellt, die auf gesetzlicher Grundlage sämtliche deutschen Reeder umfaßt."

Diese Darlegung, die auch in dem Jahresbericht niedergelegt ist, wurde nach dem Bericht der „Hamburger Nachrichten" mit stürmischer Begeisterung aufgenommen und fand die einmütige Zustimmung der Delegierten, unter denen sich die Vertreter sämtlicher größeren und mittleren Reedereien befanden.

Ein zweites Handels-U-Boot in Amerika angekommen?

London, 26. September. (W. T. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Westerly (Rhode Island): Der Kapitän eines Schleppdampfers hat den Befehl erhalten, sein Schiff fertig zu machen, um nach der Nähe von Montauk Point zu fahren und ein deutsches Handels-U-Boot nach New-London (Connecticut) zu schleppen. Man glaubt, daß das deutsche U-Boot unter Wasser den Einbruch der Dunkelheit abwartet.

Die Krise in Griechenland.

Die unzufriedene Entente-Diplomatie.

London, 25. September. (W. T. B.) Reuter erfährt aus britischen Diplomatenkreisen, daß die britischen amtlichen Stellen von dem Inhalt der Noten, welche Griechenland an Deutschland betreffend die Internierung der Garnison von Kavalla und die Gefangennahme griechischer Truppen in der Nähe von Florina gerichtet hat, in Kenntnis gesetzt worden sind. Indessen werden diese Dinge als minder wichtig und nicht geeignet angesehen, die gegenwärtige peinliche und nicht zufriedenstellende Lage zwischen Griechenland und den Alliierten zu verbessern. Hier herrscht der Eindruck, daß diese in letzter Stunde vom König und seinen Ratgebern unternommenen Schritte in Wahrheit mehr zu dem Zwecke, Zeit zu gewinnen und einen günstigen Eindruck bei den Vierverbandsmächten hervorzurufen, getan worden sind, als aus einem anderen Grunde, doch glaubt man, daß die Schritte des Königs Konstantin und seiner Umgebung sich in dieser Beziehung als erfolglos erweisen werden.

Demission des griechischen Generalstabschefs.

Athen, 26. September. (W. T. B.) Der Generalstabschef Moschopulos hat demissioniert.

Die Insurrektionsbewegung in der Armee.

Athen, 25. September. (W. T. B.) Reutermeldung. Es wird gemeldet, daß die griechische Garnison in Korfu sich zugunsten der in Saloniki herrschenden Bewegung erklärt hat.

London, 25. September. (W. T. B.) „Daily News" erfährt aus Athen, daß 21000 Reservisten aus Kreta und 18000 Reservisten von Mytilene, Samos, Chios und anderen Inseln mit Dampfern Saloniki zu erreichen trachten. Die Behörden haben versucht, den Dampfer „Syra" im Piräus anzuhalten, aber die drohende Haltung der bewaffneten Kreter, die sich an Bord befanden, zwang dazu, sie die Reise fortsetzen zu lassen.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 25. September. (W. T. B.) Amtlicher Bericht vom 25. September.

Mazedonische Front: An der Frort Lerin — Höhe Kajmakcalan lebhafte Artillerietätigkeit. Ein Versuch der feindlichen Infanterie, auf der ganzen Front vorzurücken, scheiterte. Im Moglentthatal schwache, für uns günstige Infanteriegefechte. Zu beiden Seiten des Wardar schwaches Artilleriefeuer. Die feindliche Artillerie, die Brandgranaten auf die Stadt Dojran schleuderte, rief dort einen Brand hervor. Am Fuße der Belasitza Planina Ruhe. An der Strumafront lebhafte Artilleriekämpfe. Ein Versuch der feindlichen Abteilungen, auf dem linken Ufer des Flusses östlich von Orliak vorzurücken, scheiterte. In dem Kampf am 23. September ließ der Feind allein vor dem Dorf Dolnokaaradjovo mehr als 400 Leichen. An der Küste des Aegäischen Meeres Ruhe.

Rumänische Front: Längs der Donau Ruhe. In der Dobrudscha rückten unsere Truppen auf der rechten Flanke erfolgreich vor und besetzten die Linie Amzartch—Pervell. Der Feind zog sich in nördlicher Richtung zurück. Auf dem übrigen Teil dieser Front schwache Artillerie- und Infanterietätigkeit. An der Küste des Schwarzen Meeres Ruhe.

Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 26. September. (W. T. B.) Amtlicher Bericht vom 25. September.

Kaukasusfront: An unserem rechten Flügel wurde ein überraschender Feuerangriff des Feindes erstickt und durch Erwiderung unserer Artillerie zum Schweigen gebracht. Im übrigen fanden an diesem Flügel Scharmützel und Artillerie- und Infanteriefeuer mit Unterbrechungen statt. Wir wiesen den Ueberfall auf den linken Flügel, den der Feind mit schwachen Kräften unternahm, mit Verlusten für ihn ab. Kein wichtiges Ereignis von den anderen Fronten.

Die Russen unternahmen am 24. September, nachdem sie unsere Truppen an der galizischen Front unter das heftige Feuer ihrer leichten und schweren Artillerie genommen hatten, mit vielfach überlegenen Kräften einen Angriff gegen sie. Dieser feindliche Angriff, der den ganzen Tag über andauerte, scheiterte vor dem heldenmütigen Widerstand unserer Truppen vollständig, und der Gegner erlitt schwere Verluste. Anfangs gelang es den Russen, in gewisse Teile unserer weiter vorgeschobenen und schwachbesetzten Gräben östlich von Mijejstschow einzudringen. Sie wurden indes durch einen Gegenangriff, den unsere tapferen Truppen mit dem Bajonett unternahmen, wieder hinausgeworfen und blutig zurückgeschlagen. Unsere Truppen stellten die ursprüngliche Lage vollständig wieder her und nahmen dem Feinde 130 Gefangene ab, darunter zwei Offiziere.

Der Vizegeneralissimus.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 26. September 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die englisch-französische Infanterie ist gestern, am vierten Tage des großen Ringens der Artillerien zwischen Ancre und Somme, zum einheitlichen Angriff angetreten. Der mittags eingeleitete Kampf tobte mit der gleichen Wut auch nachts fort. Zwischen der Ancre und Eaucourt l'Abbaye erstickte der feindliche Sturm in unserem Feuer oder brach blutig vor unseren Linien zusammen.

Erfolge, die unsere Gegner östlich von Eaucourt l'Abbaye und durch die Besitznahme der in der Linie Guendecourt — Bouchavesnes liegenden Dörfer davongetragen haben, sollen anerkannt, vor allem aber soll unserer heldenmütigen Truppen gedacht werden, die hier den zusammengefaßten englisch-französischen Hauptkräften und dem Masseneinsatz des durch die Kriegsindustrie der ganzen Welt in vielmonatiger Arbeit bereitgestellten Materials die Stirn bieten. Bei Bouchavesnes und weiter südlich bis zur Somme ist der oft wiederholte Anlauf der Franzosen unter schwersten Opfern gescheitert.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Sechsmaliger Ansturm starker feindlicher Kräfte bei Manafow schlug vollkommen und unter blutigsten Verlusten fehl.

Ein russisches Riesenflugzeug wurde bei Borgany (westlich von Krewo) nach hartem Gefecht von einem unserer Flieger abgeschossen, in derselben Gegend unterlag auch ein russischer Eindecker im Luftkampf.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Im Ludowa-Abschnitt sind abermals heftige feindliche Angriffe, weiter südlich Teilvorstöße abgewiesen.

Kriegsschauplatz in Siebenbürgen.

Im Abschnitt von Herrmannstadt (Nagy Szeben) stehen unsere Truppen in fortschreitendem Angriff.

Rumänische Kräfte gewannen beiderseits der Kammlinie Szurduk-Vulkan-Paß die Grenzhöhen. Die Paßbesatzungen selbst schlugen alle Angriffe ab, sie sind heute nacht durch Befehl zurückgenommen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

An der Front keine besonderen Ereignisse.

Luftschiff und Flieger griffen Bukarest erneut an.

Mazedonische Front.

Am 24. September kleinere, für die bulgarischen Truppen günstig verlaufene Gefechte östlich des Prespisees und beiderseits von Florina. Stellenweise lebhafte Artilleriekämpfe.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Neuer Zeppelinangriff gegen England.

Berlin, 26. September. (W. T. B.) In der Nacht vom 25. auf den 26. hat ein Teil unserer Marineluftschiffe den englischen Kriegshafen Portsmouth, befestigte Plätze an der Themsemündung, sowie militärisch wichtige Industrie- und Bahnanlagen Mittelenglands, darunter York, Lincoln und Derby ausgiebig und mit sichtbarem Erfolg mit Spreng- und Brandbomben belegt. Die Luftschiffe sind trotz starker Gegenwirkung unbeschädigt zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 26. September 1916. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front gegen Rumänien.

Der Vulkan- und der Szurduk-Paß wurden vor weit ausholender Umfassung starker rumänischer Kräfte geräumt. Bei Nagy Szeben (Hermannstadt) entwickeln sich neue Kämpfe; österreichisch-ungarische und deutsche Truppen greifen an. An der rumänischen Ostfront kam es stellenweise zu Zusammenstößen. Südlich von Szekely-Ildvarhely (Oberhellen) schlug ein kroatisches Landwehrbataillon mehrere Angriffe überlegener Abteilungen in erbittertem Kampfe zurück.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl

An der Dreiländerecke südwestlich Dorna Watra wurden russisch-rumänische Vorstöße vereitelt. Im Südostwinkel Galiziens setzte der Feind seine Angriffe mit unverminderter Heftigkeit fort. Alle Anstrengungen scheiterten vor dem heldenhaften Widerstande der im Ludowa-Gebiet kämpfenden deutschen Truppen.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Auch gestern brachen nordwestlich von Perepelniki zahlreiche Angriffe des Gegners zusammen. Bei Watyn (östlich Swiniuchy) wurde ein russisches Farman-Großkampfflugzeug durch unsere Flieger in die Flucht gejagt.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Der Südteil der Karsthochfläche stand zeitweise unter starkem Feuer der feindlichen Artillerie. An der Fleimstalfront beschossen die Italiener das Werk Dossaccio und den Abschnitt Gardinal—Coltorondo. Auf dem Carcenagoi wurden 27 Alpini, darunter 2 Offiziere, gefangen genommen.

Der zur Rettung der Verschütteten am Cimone angebotene Waffenstillstand wurde vom Feinde abgelehnt.

Die aus diesem Anlaß im Wege eines Parlamentärs gewechselten Noten lauteten wörtlich:

1. Der Kommandant der k. und k. österreichisch-ungarischen Streitkräfte im Raume des Tonezza-Cimone-Gebiets an den Kommandanten der gegenüberstehenden königlich italienischen Truppen.

Unter den Trümmern des von uns in die Luft gesprengten Monte Cimone befindet sich noch lebend eine größere Anzahl italienischer Soldaten, welche um Hilfe schreien. Wir sind bereit, ihnen zu helfen und sie aus ihrem Grabe zu befreien, wenn die italienische Artillerie und Infanterie heute, den 25. September 1916 zwischen 2 Uhr nachmittags und 7 Uhr abends das Feuer auf den Monte Cimone einstellt. Selbstverständlich betrifft dies ebenso die italienischen Batterien im Tale des Astico wie jene auf den Höhen westlich und östlich dieses Flusses. Während dieser Zeit dürfen sich italienische Patrouillen zwischen dem Astico und dem Rio Freddo nicht über ihre Befestigungslinie vorbewegen, widrigenfalls wir die Hilfsaktion einstellen und die Feuerpause für gebrochen erachten. Falls der königlich italienische Kommandant hierauf nicht eingeht, verfallen die italienischen Soldaten ihrem Schicksal. Die bezügliche Antwort wolle bis 25. September 12 Uhr mittags bei unserer Vorpostenlinie bei Forni abgegeben werden. Eile geboten!

25. September 1916.

2. Abschnittskommando
10,45 vormittags.

Pedescala, 25. September 1916.

In der Erwägung, daß die österreichisch-ungarischen Truppen ebenso wie sie ihren Verwundeten zur Hilfe eilen konnten, in der langen Zeit zwischen der Minenexplosion und dem Beginn des italienischen Feuers aus Menschlichkeit auch den italienischen Verwundeten hätten helfen können, findet es Seine Exzellenz der Armeekommandant für angezeigt, die verlangte Einstellung des Feuers nicht zu bewilligen.

Der Generalstabschef Generalmajor Albricci.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

In Albanien nichts Neues.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

J. Dietzgens philosophische Lehren.

I.

Unter diesem Titel hat unlängst Adolf Hepner einen mit kurzer Einleitung und eigenen Bemerkungen versehenen Auszug aus den Schriften des Arbeiterphilosophen veröffentlicht.*) Angesichts des Umstandes, daß die vollständige Ausgabe Dietzgens philosophischer Arbeiten auf drei Bände sich erstreckt, entledigte sich Hepner in seinem Buch einer nützlichen und dankenswerten Aufgabe. Besonders den Lesern gegenüber, die nur über wenig Muße verfügen oder auch Anfänger in der Philosophie sind. Diese können sich nun binnen kurzer Zeit und in leichter Weise mit der gesamten Philosophie Dietzgens vertraut machen. Hepner hat auch seine Aufgabe der Auswahl des Wichtigsten gut erfüllt, indem er im großen und ganzen — abgesehen von wenigen Ausnahmen — das zur Charakteristik Dietzgens Wesentliche zusammengetragen hat.

Unter dem in Hepners Zusammenstellung Vermißten ist besonders eine Stelle aus dem zwölften Abschnitt des „Alquisit der Philosophie" zu erwähnen. Dieselbe ist nämlich für Dietzgen sehr charakteristisch, da sie ihn in äußerst prägnanter Weise von der subjektivistischen Philosophie unserer Tage abgrenzt, wie der Immanenzphilosophie und der von Avenarius und Mach, nach denen die Wirklichkeit auf bloß Bewußtes hinausläuft. Aus obigem Grunde gebe ich diese Stelle hier wörtlich wieder. „Ist die Welt eine Vorstellung? Ist sie ein Begriff? Sie läßt sich vorstellen und begreifen; aber sie ist und tut mehr als das. Sie geht in der Vergangenheit, in der Gegenwart und Zukunft über unsere Vorstellung, über unseren Begriff hinaus. . . . Wir sagen in einem Atem, wir wissen nicht alles, was in der Welt vorgegangen, vorgeht und vorgehen wird, wir begreifen das Ganze nicht, und wollen doch gänzlich begriffen haben, daß dies Weltganze kein bloßer Begriff, sondern vielmehr ein Absolutes ist, ein weit mehr als Gedachtes oder Gewußtes, ein Wirkliches und Wahres, ein Unendliches." (S. 79, 2. Auflage, Verlag Dietz, 1903.) Vielleicht steht das Weglassen dieser Stelle durch H. im Zusammenhang damit, daß er D. in erkenntnistheoretischer Beziehung gerade in Machs Nähe rücken will. Aber selbst in dem von H. angeführten Text befinden sich Sätze, die als kräftiger Beleg für die hier vertretene Ansicht dienen: „Das Sein ist keine Art des Intellekts, sondern der Intellekt eine Art des empirischen Daseins. Dasein ist das Absolute, das überall und ewig ist; das Denken nur eine besondere beschränkte Form desselben." Leider kann ich infolge der Knappheit des Raumes auf diesen Punkt nicht näher eingehen.

Was H.s kritische Beleuchtung und Würdigung der Philosophie Dietzgens anbelangt, so ist diese nicht genügend herausgearbeitet. H. hebt ja mit Recht hervor die hohe Bedeutung D.s für die philosophische Weltanschauung des Sozialismus. Darauf folgen aber Ausführungen, denen man nicht gut zustimmen kann. So wenn H. meint, daß „schwerlich ein Denker vor Dietzgen den im Universalzusammenhang liegenden Grundgedanken des Monismus auf das ökonomisch-soziale Gebiet übertragen hat". Oder daß „man bisher in der sozialdemokratischen Partei eins der ausgiebigsten Mittel zur Vertiefung sozialistischer Erkenntnis vernachlässigte: die Uebertragung der monistischen Lehre auf das soziale Gebiet, auf das Verhältnis der Menschen zueinander". Hier scheint H. das Verhältnis Dietzgens zu Marx und Engels resp. zum wissenschaftlichen Sozialismus doch zu verkennen. Hinsichtlich des auf das ökonomisch-soziale Gebiet anzuwendenden Monismus ist D. im Verhältnis zum wissenschaftlichen Sozialismus — auch seinen eigenen Geständnissen nach — vielmehr der Lernende und Nehmende. Marx und Engels Werk ist es, durch ihre Lehre von der Abhängigkeit des gesellschaftlichen Baues und der geistigen Kultur von den ökonomischen Verhältnissen, ferner durch die Lehre von den Klassengegensätzen usw. einheitliche, rein wissenschaftliche Gesichtspunkte der Sozialwissenschaft zugrunde gelegt zu haben.

Dietzgens Verdienst besteht demnach darin, daß er die vom wissenschaftlichen Sozialismus vertretene Einheitlichkeit der wissenschaftlichen Methode, das Prinzip des Monismus in diesem Sinne, seinerseits auch in der Erkenntnistheorie und Weltanschauungslehre durchführt. Letzteres macht D.s Stärke aus. Mit der realistisch-wissenschaftlichen bürgerlichen Philosophie der neuesten Zeit hält D. Schritt, indem er — ihrem Programm gemäß — seine Welt- und Lebensauffassung erkenntniskritisch und erfahrungsmäßig begründet. Er hat aber den Vorzug vor ihr, daß er dies Programm auch folgerichtig durchführt und so den Dualismus von Weltlichem und Außerweltlichem, Natürlichem und Uebernatürlichem, in dem sie mit geringen Ausnahmen bis in unsere Tage hinein steckengeblieben ist, vollständig beseitigt. D.s Philosophie stellt so einen bedeutsamen Beitrag zum Ausbau der philosophischen Weltanschauung des Sozialismus dar, jedoch keine Vollendung, keinen Abschluß, selbst im relativen Sinne für unsere Zeit nicht. Dazu fehlt ihr, wie wir weiter sehen werden, die begriffliche Genauigkeit und Klarheit in entscheidenden Punkten, die schärfere logische innere Durcharbeitung, ebenso wie die Vertiefung wichtiger Einzelprobleme.

Zur sachgemäßen Würdigung der Philosophie D.s, und noch mehr zur richtigen Anleitung des Lesers, worauf es bei dem Hepnerschen Buche vor allem doch ankommt, gehörte es eigentlich notwendig, auch die schwachen Seiten in Betracht zu ziehen, was H. jedoch nicht tut. D.s Philosophie enthält eben, wie Marx schon richtig hervorgehoben hat, „trotz einer gewissen Konfusion viel Vorzügliches und — als selbständiges Produkt eines Arbeiters — selbst Bewundernswertes." Die große philosophische Begabung D.s steht außer Zweifel. Desgleichen ist sein Verdienst um die philosophische Weltanschauung des Sozialismus sichergestellt. Eine kritische Beurteilung tut deshalb der gerechten Einschätzung desselben keine Einbuße und dürfte sicher im Sinne dieses sympathischen, bescheidenen Denkers sein, der in der Vorrede zum „Wesen der menschlichen Kopfarbeit" selbst „um freundliche Nachsicht" seiner „Darstellung" gegenüber bittet und von der „mangelhaften Form" seiner Philosophie spricht.

In bezug auf die ungenaue Begriffsbildung bei D. will ich nur einige wichtige Punkte herausgreifen, in denen sie in der Hepnerschen Zusammenstellung zutage tritt. Da liegt bei D. eine Verwechslung der sogenannten inneren Wahrnehmung im Sinne des aufmerksamen psychischen Erlebens überhaupt oder im Sinne des Erlebens rein subjektiver Vorgänge des Denkens und Fühlens mit der sinnlichen Wahrnehmung, der sogenannten äußeren Wahrnehmung der objektiven Dinge, vor, welch letztere allein als sinnliche Wahrnehmung bezeichnet werden darf. Ebenso wird „fühlen" anstatt „empfinden" und „wahrnehmen" gebraucht, während die Gefühle (Freude und Kummer, Fröhlichkeit und Traurigkeit) an die Empfindungen (weiß, süß) und Wahrnehmungen (Zucker, Haus) wohl gebunden, aber mit ihnen nicht identisch sind. Ferner wird „sinnlich" von D. nicht eindeutig bestimmt. Einmal bedeutet „sinnlich" soviel wie körperlich, materiell im Unterschied vom psychischen Erleben und geistigen Erfassen. Dann aber kommt „sinnlich" dem Begriff „wirklich" gleich, in welchem Falle „sinnlich" sowohl Körperliches wie Geistiges umfaßt. Des weiteren behält „leiblich" nicht immer den gewöhnlichen Sinn, bedeutet vielmehr oft Reales, Wirkliches überhaupt. Zuletzt muß noch auf die Verwechslung hingewiesen werden, deren D. sich schuldig macht bezüglich des Begriffs des „Materials" im Sinne des Objekts oder Gegenstands der Forschung und des Begriffs der „Materie" im Sinne der so und nicht anders beschaffenen Daseinsart.

Diese Bemerkung leitet uns bereits zu D.s Stellungnahme in bezug auf den philosophischen Materialismus hin, die eine sehr schwankende und unklare ist. Dies erklärt uns den Umstand, daß D. so verschieden aufgefaßt wird. Während die einen in ihm einen Materialisten erblicken, stempeln ihn die anderen zum Monisten — mehr oder weniger — spinozistischen Schlages oder rücken ihn gar in die bedenkliche Nähe des subjektiv-idealistischen Monismus eines Mach. Die letzte Auffassung ist sicherlich unbegründet. Tatsache ist jedoch, daß sich bei D. Anhaltspunkte für beide anderen Auffassungen finden. Wir wollen hier als Beleg nur einiges anführen. Folgende Aeußerungen D.s klingen ganz materialistisch. „Mit den letzteren (den ehemaligen Materialisten. D. V.) haben wir nur gemein, die Materie als Voraussetzung oder Urgrund der Idee zu erkennen." „Die Materie ist uns die Substanz, und der Geist die Akzidenz." „Der Geist ist eine körperliche Tätigkeit, Denken eine Funktion des Gehirns." Abgesehen davon, daß er sich an vielen Stellen direkt einen Materialisten nennt, allerdings unter Hinweis auf die ihn vom letzteren trennenden Unterschiede. Demgegenüber sind folgende Sätze ganz im Geiste des spinozistischen Monismus gehalten. „Alles, was wir erfahren, samt dem Intellekt, der erfährt, sind Offenbarungen des Absoluten." „Der Geist und die Welt sind zwei Attribute der einen Natursubstanz." „Wir fassen nicht die Kräfte als ein bloßes Anhängsel, als pures Prädikat des Stoffes auf und den Stoff, den tastbaren, als das „Ding", welches alle Eigenschaften dominiere." . . . „Alle einzelnen (Stoffe und Kräfte. D. V.) sind nichts als Eigenschaften, Anhängsel, Prädikate oder Attribute des großen Naturganzen."

Allerdings besteht trotzdem D.s philosophische Bedeutung darin, daß er im Gegensatz zu aller dualistischen Philosophie wiederum kraftvoll für die Einheitlichkeit, für den Monismus der realistischen Weltauffassung entritt und mit großer Energie den Zusammenhang des Geistes mit dem Weltall hervorhebt. Allein er gibt, was seiner Philosophie zum Schaden gereicht, seinen Gedanken über diesen Zusammenhang keine klare und eindeutige Fassung. Und gerade darauf kommt es doch an, soll die Position des dialektischen Monismus eine festgegründete und klare sein.

In diesem Zusammenhange möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß es merkwürdig erscheinen muß, wenn Hepner D.s Behandlung der „Kraft- und Stoff"-Frage „für sehr bedeutend hält", während dieses Kapitel der Dietzgenschen Philosophie zu den schwächsten gehört.

*) Stuttgart, Verlag von Dietz, 1916, S. 186.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 25. September nachmittags. (W. T. B.) An der Sommefront lebhafte Artillerietätigkeit im Laufe der Nacht in verschiedenen Abschnitten nördlich und südlich des Flusses. Auf dem rechten Maasufer wiesen wir leicht einen deutschen Angriff auf ein französisches Werk östlich des Waldes von Vaux-Chapitre ab. Der Artilleriekampf dauert im Abschnitt Thiaumont—Fleury—Vaux—Chapitre kräftig an.

Flugwesen: Feindliche Flugzeuge warfen gestern gegen 8 Uhr abends Bomben auf die Gegend von Lunéville. Eine Frau wurde leicht verletzt. Der Sachschaden ist unbedeutend. Im Laufe des gestrigen Tages stürzte ein von einem französischen Flugzeug angegriffenes feindliches steuerlos nördlich von Méry ab. Drei andere ernstlich getroffene Flugzeuge wurden gezwungen, zu landen. In der Nacht zum 25. September warfen französische Flugzeuge 98 Bomben auf Dorf und Bahnhof Guiscard. In der gleichen Nacht warfen sieben französische Flugzeuge 59 Bomben, Kaliber 12 cm, auf Fabrikanlagen in Diedenhofen und Rombach sowie auf den Bahnhof von Audun le Roman. In Rombach wurde nach dem Bombardement ein Brand beobachtet.

Orientarmee: Auf dem linken Ufer der Struma gelang es den Engländern bei einer Streife einen Angriff auf Janimah (?) nördlich von Macheines. (?) Eine französische Abteilung, die zu ihrer Rechten operierte, nahm einen Schützengraben mit dem Bajonett und machte Gefangene. Vom Dojransee bis zum Wardar zeigte sich unsere Artillerie sehr tätig. Ein Bombardement von Dojran rief Brände hervor. Der Vormarsch auf unserem linken Flügel dauert auf der ganzen Linie an. In der Gegend von Brod näherten sich die Serben dem Grenzkamm nördlich von Krusegrad. Nordöstlich von Florina nahm französische Infanterie die ersten Häuser von Petorack nach einem lebhaften Kampf und drang leicht nördlich von Florina vor. Westlich dieser Stadt nahmen Russen im Sturm die vom Feinde stark befestigte Höhe 916. In dieser Gegend wurde ein bulgarischer Gegenangriff durch unser Artilleriefeuer angehalten und durch Franzosen und Russen mit dem Bajonett zurückgeworfen. Südwestlich von Florina lieferte eine französische Sicherungsabteilung südlich des Prespa-Sees den bulgarischen Streitkräften, die von Biklista gekommen waren, lebhafte Gefechte.

Vom 25. September abends. (W. T. B.) Nördlich der Somme ist die Schlacht auf der französisch-englischen Front heute mit Heftigkeit wieder aufgenommen worden. Die französische Infanterie schritt gegen Mittag zum Angriff gleichzeitig gegen die deutschen Stellungen zwischen Combles und Rancourt und gegen die vom Feinde von diesem letztgenannten Orte bis zur Somme angehäuften Verteidigungsanlagen. Nordöstlich von Combles haben wir unsere Linien bis zu den Südrändern von Fregicourt vorgetragen und das gesamte mächtig ausgebaute Gebiet, das sich zwischen diesem Weiler und dem Hügel 140 ausdehnt, erobert. Das Dorf Rancourt ist gleichfalls in unsere Hand gefallen. Oestlich des Weges nach Béthune haben wir unsere Stellungen in einer Tiefe von etwa einen Kilometer erweitert. Im Raume Weg nach Combles—Bouchavesnes wurde die Höhe nordöstlich dieses Dorfes im Sturm genommen und südöstlich der Hügel Nr. 130 erreicht. Weiter nach Süden haben wir uns mehrerer Grabensysteme nahe dem nördlichen Teile des Kanals bemächtigt, die sich vom Wege nach Béthune bis zur Somme erstrecken. Die Zahl unserer unverwundeten Gefangenen überschreitet, soweit sie bisher gezählt ist, 400. Sonst ist von der Front kein wichtiges Ereignis zu melden, mit Ausnahme ziemlich lebhaften Artilleriekampfes auf dem rechten Ufer der Maas in der Gegend von Vaux, Chapitre und Le Chenois.

Flugdienst. In der Nacht vom 24. zum 25. September hat eine Gruppe unserer Flieger 150 Granaten auf die Bahnhöfe von Ham, Hombleux und Manancourt und auf den Flugplatz von Vraignes geworfen.

Belgischer Bericht. An verschiedenen Punkten der belgischen Front haben Artilleriekämpfe stattgefunden, insbesondere bei Ramscapelle und in der Umgebung von Dixmuiden.

Die englische Meldung.

Vom 25. September. (W. T. B.) Feindliche Angriffe südlich von Courcelette wurden zurückgewiesen. Wir ließen bei Neuve Chapelle und bei Hulluch Minen springen.

Vom 25. September. (W. T. B.) Südlich der Ancre griffen wir die feindlichen Linien überall mit Erfolg an und erstürmten eine Front von sechs Meilen zwischen Combles und Martinpuich in über einer Meile Tiefe. Die befestigten Dörfer Morval und Lesboeufs wurden erobert, ebenso mehrere Linien Laufgraben. Das Dorf Morval liegt auf den Anhöhen nördlich von Combles und stellte mit seinen unterirdischen Steinbrüchen, seinen Laufgräben und Drahtverhauen eine furchtbare Festung dar. Der Besitz dieser zwei Dörfer ist von beträchtlichem militärischen Werte und unterbricht faktisch die feindlichen Verbindungen mit Combles. Eine große Zahl von Gefangenen wurde gemacht und viele Maschinengewehre und anderes Kriegsmaterial erbeutet. Dem Feinde wurden schwere Verluste zugefügt. Unsere Verluste sind im Vergleich zu den Erfolgen verhältnismäßig klein. Sechs feindliche Aeroplane wurden gestern in Luftgefechten zerstört. Mindestens drei andere wurden in beschädigtem Zustande zu Boden getrieben; drei unserer Flugzeuge fehlen.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 25. September nachmittags. (W. T. B.) Von der Westfront und der Kaukasusfront ist nichts Wichtiges zu melden.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 25. September. (W. T. B.) An der Front des Trentino sehr lebhafte Tätigkeit der feindlichen Artillerie, die die unsrige kräftig erwiderte. Einige Geschosse fielen, ohne Schaden anzurichten, auf Ala (Lagarinatal). Unsere Offensive zwischen dem Avisio und dem Cismon, Cismon, zeitigte einen neuen und glänzenden Erfolg. Am Nachmittag des 23. September nahmen unsere Alpenjäger den 2456 Meter hohen Gipfel des Cardinal nordöstlich vom Cauriol im Sturm. Der Gegner, der hartnäckigen Widerstand leistete, ließ zahlreiche Tote auf dem Gelände und einige Gefangene in unseren Händen. Die kräftige Beschießung der schweren feindlichen Geschütze, die darauf einsetzte, verhinderte die Unsrigen nicht, die Stellung stark zu befestigen. Das Feuer der feindlichen Artillerie auf Cortina d'Ampezzo und Misurina dauert an. Die unsrige beschoß die Bahnhöfe von Toblach und Sillian. In der letzten Nacht gelangte eins unserer lenkbaren Luftschiffe, das durch ein geschicktes Manöver den Nachstellungen der feindlichen Scheinwerfer entgangen war, überraschend über den Bahnhöfen von Dottogliano und Skopa auf den Karst und beschoß mit großer Wirksamkeit die ausgedehnten Eisenbahnanlagen. Das Luftschiff kehrte unversehrt in unsere Linien zurück.

Rumänischer Bericht.

Vom 24. September. (W. T. B.)

Nord- und Nordwestfront: Beim Berge Callman dauert unser Vorrücken fort. Wir haben 78 Gefangene und ein Maschinengewehr eingebracht. Oestlich von Sibia (Hermannstadt) haben wir den Feind angegriffen und zurückgeschlagen, wobei wir vier Offiziere und 300 Soldaten zu Gefangenen machten und fünf Maschinengewehre erbeuteten. Im Jiu-Tale Teilunternehmungen. Der Feind wurde zurückgeworfen. Wir erbeuteten zwei Maschinengewehre. Die Gesamtzahl der bis jetzt an dieser Front gemachten Gefangenen beträgt 48 Offiziere und 6886 Mann.

Südfront: Beiderseitiges Artilleriefeuer an der Donau. In der Dobrudscha ist unser linker Flügel vorgegangen. Wir haben einen Offizier und 53 Mann gefangengenommen.

Vom 25. September. (W. T. B.)

Nord- und Nordwestfront: Im Jiul-Tale wiesen wir mehrere feindliche Angriffe ab. Auf der übrigen Front Gefechte von Erkundungsabteilungen. Auf der Südfront in der Dobrudscha Kämpfe einzelner Abteilungen.

Luftangriffe: Ein Zeppelin ist in der letzten Nacht nach Bukarest gelangt und durch unsere Geschütze von dort entfernt worden. Unterwegs warf er drei Brandbomben ab, ohne eine Wirkung zu erzielen.

Schließung englischer Häfen.

Kopenhagen, 26. September. (W. T. B.) Zu den Gerüchten über die Schließung der englischen Häfen wird „Politiken" aus Bergen gemeldet, daß der Hafen von Harwich und einige Nachbarorte mit ihrer Umgegend für militärisches Gebiet erklärt und für die Schiffahrt und den anderen Verkehr geschlossen worden sind. Niemand darf das Gebiet betreten und niemand es ohne Paß verlassen. Der Verkehr mit dem Festlande erfolgt von einem nördlicher gelegenen Hafen aus.

Die englische Meldung über den letzten Luftangriff.

London, 26. September. (W. T. B.) Amtlich. Am Montag, den 25. September, abends zwischen 10,30 Uhr und Mitternacht, passierten mehrere Luftschiffe die Ost- und Nordostküste. Es sollen an verschiedenen Orten der nördlichen Grafschaften und der nördlichen Midlands Bomben abgeworfen worden sein. Andere Luftschiffe wurden an der Südküste signalisiert. Bis jetzt wurde kein Schaden oder Verluste an Menschenleben gemeldet.

Eine spätere amtliche Meldung besagt: Während der Nacht besuchten feindliche Luftschiffe, und zwar wahrscheinlich sechs, die nordöstlichen und südlichen Grafschaften. In den nördlichen Grafschaften wurden Bomben abgeworfen. Es werden einige Verluste an Menschenleben und einiger Schaden gemeldet.

London, 26. September. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Amtlich wird mitgeteilt, daß sieben Luftschiffe letzte Nacht und heute morgen England heimgesucht haben. Es wurden die Süd-, Ost- und Nordostküste sowie die nördlichen Midlands angegriffen. Das Hauptziel des Angriffs waren die Industriezentren in den nördlichen Midlands. Bis jetzt ist keine Nachricht über Beschädigung von Fabriken oder Werken von militärischer Bedeutung eingetroffen. Es wurden in mehreren Orten eine Anzahl kleiner Häuser zerstört oder beschädigt, und es wird der Tod von 29 Personen gemeldet. Es wurde kein Versuch unternommen, sich London zu nähern. Die Angreifer wurden vom Abwehrdienst bekämpft und von mehreren großen Industriezentren mit Erfolg vertrieben.

Explosion eines Munitionslagers der Entente.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Nach einem Funkspruch des W. T. B. aus New York vom 5. September veröffentlicht die „New York Times" eine von der Universal Preß Association in New York verbürgte Nachricht, worin sie einen Brief des Mitgliedes des britischen Parlaments, King, anführt, in dem dieser mitteilt, kurz vor dem 16. August habe sich die größte Explosion, von der man je gehört habe, hinter den britischen Linien in Frankreich ereignet. Der Verlust an Munition werde auf 25 Millionen Dollar (100 Millionen Mark) geschätzt.

Wir sind nach einer Angabe aus amtlicher Quelle in der Lage, hierzu erläuternd zu bemerken:

Eines der größten englischen Munitionslager wurde in monatelanger Arbeit bei Audruicq (16 Kilometer südöstlich Calais) angelegt; Dutzende von Lagerhäusern und Schuppen in den verschiedensten Größen, umfangreiche neue Bahnanlagen, Rampen und Ausladestellen entstanden, in ununterbrochener Folge liefen die Munitionszüge ein, um das gewaltige Lager zu füllen.

Als nach den ständigen Beobachtungen unsere Flieger die Bauten beendet und alle Räume mit Munition vollgepackt waren, erfolgte in der Nacht vom 20. zum 21. Juli der Angriff eines unserer Flugzeuggeschwader mit überwältigendem Erfolg. Das ganze gewaltige Munitionslager flog bis zum letzten Schuppen in die Luft. Tiefe Erdtrichter und wüste Trümmerhaufen bezeichneten den Platz des einstigen englischen Hauptmunitionsdepots. In weiter Umgebung brannten Wohnhäuser, Baracken, Lagerbauten nieder.

Wohlgelungene Lichtbildaufnahmen unserer Flieger vom Tage vor und nach dem erfolgreichen Angriff ließen über Umfang und Bedeutung dieses Werkes der Zerstörung keinen Zweifel.

Wenn in dem Brief des britischen Parlamentariers King der Zeitpunkt dieser Katastrophe anscheinend etwas später gelegt ist, so kann doch angenommen werden, daß es sich um den Angriff bei Audruicq handelt. Sollte sich indessen eine spätere andere schwere Explosionskatastrophe hinter der englischen Front noch zugetragen haben, so würde der Verlust für die Engländer sich verdoppeln.

Das holländische Organ der belgischen Sozialisten.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben:

Die erste Nummer des neuen, vom Genossen Camille Huysmans redigierten Blattes „De Socialiste Belge" ist am 23. September erschienen. Das Blatt erscheint wöchentlich mit zwei Seiten in großem Format und führt den Untertitel: „Zweisprachiges Wochenblatt des Verbandes der belgischen Arbeiter in Holland". Diese soeben gegründete Vereinigung wird demnächst eine Generalversammlung einberufen, wo das Aktionsprogramm entworfen werden soll.

Die eine Seite des neuen Organs hat französischen, die andere vlämischen Text. Die größeren Artikel sind identisch. Der erste erklärt die Gründe, die zur Herausgabe des Blattes geführt haben: Die belgischen Sozialisten hätten den Burgfrieden respektiert, im Inland wie im Ausland. Dagegen gebe es Leute, die ihren Ursprung und ihre Privilegien nicht vergessen könnten und die Situation ausnützten, den Sozialisten in den Rücken zu fallen. Sie fänden es ganz in Ordnung, daß Kardinal Mercier neben Kardinal Hartmann während des Krieges einem Konsistorium beiwohne, wenn aber morgen Haase und Ebert, Anhänger der Unabhängigkeit Belgiens an der Seite Vanderveldes Platz nehmen sollten, würden sie Zeter und Mordio schreien. Diese Monopolisierer des Patriotismus hätten nicht daran gedacht, die Ausschließung der deutschen Katholiken aus der allgemeinen Kirche zu fordern. Wohl seien nicht alle Katholiken und Liberalen so illoyal, aber die Sozialisten seien entschlossen, nicht die Genarrten des Burgfriedens zu werden: „Wir werden uns verteidigen. Nichts mehr, nichts weniger. Wir wollen den Burgfrieden, aber den Burgfrieden, den alle wahren."

Der zweite Artikel: „Unser Programm" beginnt: „Unser Programm? Es ist das der belgischen Arbeiterpartei. Unsere Parteigenossen sind zum Schweigen verurteilt. Aber wir wissen zwei Dinge:

1. daß sie keinen Frieden wollen, der nicht die Unabhängigkeit des Landes sichern würde,
2. daß sie zur Exekutive der Internationale Vertrauen haben.

Die belgischen Sozialisten in Holland glaubten gleich denen in Frankreich, daß die Stunde gekommen sei, wo die parlamentarische Kontrolle gesichert werden müsse. Die Zusammenwirkung der Parteien werde vielleicht auch nach Friedensschluß notwendig sein, um eine normale Situation im Land herzustellen und die Arbeit des Wiederaufbaus zu bewältigen. — Dann fährt der Artikel fort:

„Wir sind aber auch Internationalisten. Wir kämpfen, um in Europa und in der ganzen Welt eine Rechtsordnung zu errichten, die das Recht an die Stelle der Gewalt setzt. Alle Völker haben das Recht, über sich selbst zu bestimmen, und darum sind wir entschlossene Antiannexionisten.... Mögen das Ideologien und Utopien sein, wir kämpfen für diese Träume.

Zum Schluß spricht der Artikel von der vlämischen Universität. „Wir sind Anhänger der vlämischen Universität in Gent, aber unter einer Bedingung: daß sie von der belgischen Regierung errichtet werde." (z)

Schweden und England.

Kopenhagen, 25. September. (W. T. B.) „Berlingske Tidende" meldet: Der schwedische Minister des Aeußeren Wallenberg empfing in Kristiania nach der Ministerkonferenz einen Vertreter der „Times", den er ermächtigte, über die Konferenz und die Politik Schwedens folgende Ausführungen zu veröffentlichen:

An der Spitze der Note über die Ministerkonferenz steht zu lesen: „Die drei Länder sind einig in bezug auf die fortgesetzte Aufrechterhaltung einer ehrlichen, unparteiischen Neutralität während des gegenwärtigen Weltkrieges." Niemand darf weiter daran zweifeln, erklärte der Minister, daß dieses der ernste, aufrichtige Wunsch und das Bestreben der nordischen Regierungen und Völker ist. Nach der Behandlung zu urteilen, die den nordischen Reichen von den Kriegführenden zuteil wird, scheint es indessen heute, als ob diese Neutralität von den Kriegführenden nicht geschätzt oder nicht gewünscht wird. So denkt jedenfalls das Volk in unserem Lande; es kann das unbegründete Mißtrauen nicht verstehen, das die Kriegführenden zu nach der Auffassung des Volkes rechtswidrigen Handlungen veranlaßt, die die Leiden und Entbehrungen unnötig vermehren, denen sich auch ein neutrales Volk im Kriege unterwerfen muß. Unser Volk versteht sehr wohl, daß die Kriegführenden mit unerhörten Schwierigkeiten zu kämpfen haben, und daß sie gezwungen sind, zu ungewöhnlichen Mitteln zu greifen, um ihr Ziel zu erreichen. Unser Volk ist immer bereit gewesen, und ist es auch noch, sich den unvermeidlichen Folgen der ungewöhnlichen Verhältnisse zu unterwerfen; es kann und will aber nicht verstehen, warum Mißstimmung und Haß unnötig unter Nationen ausgesät werden sollen, die einander nicht bekriegen, und die im Gegenteil stets in gutem freundschaftlichen Verhältnis zueinander gestanden haben. Wir, die wir die Verantwortung für die Politik der nordischen Länder tragen, werden auch weiterhin versuchen, unser Programm aufrecht zu erhalten und unseren gemeinsamen warmen Wünschen, neutral zu verbleiben, zu folgen. Es wäre aber in höchstem Maße wünschenswert, wenn die europäischen Großmächte, die dieses Programm billigen, es unterstützen und nicht erschweren und unmöglich machen wollten. Wir begehren nichts Unvernünftiges, sondern nur weniger Mißtrauen und etwas weniger Härte.

Kleine Kriegsnachrichten.

Petersburg, 26. September. (W. T. B.) Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur traf der japanische Prinz Kanin als Vertreter des Mikado in Begleitung des Großfürsten Georg Michailowitsch am 24. September im kaiserlichen Hauptquartier ein. Bei dem zu Ehren des Prinzen gegebenen Frühstück wurden zwischen diesem und dem Zaren Trinksprüche gewechselt. Nach dem Frühstück besichtigte der Zar mit dem Prinzen die vom Kaiser von Japan dem Zaren und dem Zarewitsch übersandten Geschenke. Am Abend reiste Prinz Kanin nach Kiew ab.

Petersburg, 25. September. (W. T. B.) Meldung der Petersburger Telegraphenagentur. In einer dem Budget des Ministeriums des Innern für 1917 beigefügten Denkschrift wird auf die unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Fürsten Wolkonsky abgehaltenen Konferenz hingewiesen, welche sich mit der Aufgabe beschäftigte, die den Polen auferlegten Einschränkungen abzuschaffen. Die Konferenz faßte eine Reihe von bestimmten Beschlüssen, welche in Form eines besonderen Gesetzentwurfs der Duma vorgelegt werden sollen.

Letzte Nachrichten.

Die Kistenmacher

beschlossen am gestrigen Abend, am Mittwochfrüh den Fabrikanten die Erklärung zu unterbreiten, daß überall dort, wo am Sonnabend die 25 Proz. nicht zugesagt werden, die Arbeiter darauf verzichten, weiter tätig zu sein und dorthin gehen, wo die Vereinbarung zwischen Holzarbeiterverband und Arbeitgeberschutzverband eingehalten wird.

Das zweite Handels-U-Boot in Amerika.

Bremen, 26. September. (T. U.) Das in Amerika angekommene Handels-U-Boot dürfte die „Bremen" von der Ozeanreederei G. m. b. H. sein. Nach Mitteilungen Bremer Blätter, die die Angelegenheit eingehend besprechen, ist Kapitän Schwarzkopff Führer des Bootes.

Venizelos als Führer der Insurrektion.

London, 26. September. (W. T. B.) „Daily Chronicle" erfährt aus Athen: Venizelos wird bei seiner Ankunft auf Kreta im Namen seiner Anhänger eine Proklamation erlassen, in der er erklärt, daß er sich an die Spitze der nationalen Bewegung stellt, um die letzte Gelegenheit für Krone und Regierung, sich an die Seite der Mehrheit der griechischen Nation zu stellen, zu benutzen. Es wird keine Entthronungserklärung verkündet werden. Venizelos wird auf der ganzen Insel die allgemeine Mobilmachung im Interesse der nationalen Verteidigung anordnen. Hierauf wird er Mytilene, Chios und Samos besuchen, um sich dann nach Saloniki zu begeben. Leonidas Embericos, der als der reichste Mann des Landes gilt, hat Admiral Conduriotis mitgeteilt, daß er sein ganzes Vermögen der nationalen Bewegung zur Verfügung stellt. Conduriotis hat vor seiner Abreise nach Athen seine Stelle als General-Adjutant des Königs niedergelegt.

Die Griechen in Deutschand.

Görlitz, 26. September. (W. T. B.) Die in der vergangenen Nacht in Berlin angekommene Offiziersabordnung des griechischen 4. Armeekorps ist heute abend in Görlitz eingetroffen.

Der Luftangriff auf Bukarest.

Bern, 26. September. (W. T. B.) Wie „Temps" aus Bukarest meldet, ist die Donaubrücke bei Cernawoda bei dem deutschen Luftangriff getroffen worden. Die Bomben sollen jedoch nur unbedeutenden Schaden angerichtet haben.

Vom U-Boot-Krieg.

Madrid, 26. September. (W. T. B.) (Meldung der Agence Havas.) Ein österreichisch-ungarisches Unterseeboot versenkte die italienische Brigg „Garibaldi" (1374 Brutto-Registertonnen), deren Besatzung gerettet ist, den englischen Dampfer „Charterhouse" (3021 Brutto-Registertonnen) und den norwegischen Dampfer „Burjord". Das italienische Schiff „Vega" (3026 Brutto-Registertonnen) wurde gleichfalls torpediert. Die Besatzungen sind gelandet worden.

Gewerkschaftliches.

25 Jahre Brauereiarbeiterorganisation.

Der im August 1885 gegründete Allgemeine Brauerverband, eine Organisation der gelernten Brauer, stand nach seinem Statut und in seiner Tätigkeit auf dem Standpunkt der Interessenharmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter. Teilweise mögen die sozialistengesetzlichen Zustände zu dieser Zurückhaltung und Vorsicht beigetragen haben. Die Brauer gehörten damals zu den schlechtest entlohnten Arbeitern. Sie hatten die längste Arbeitszeit, zu der sich die größte Unfreiheit und Bevormundung durch die Unternehmer gesellte. Sie wohnten im Betriebe und wurden dort verpflegt, und da die Arbeitszeit vielfach bis spät in die Nacht währte, kamen sie mit anderen Menschen wenig in Berührung. Diese unhaltbaren Zustände aber verursachten in den Kreisen der Brauer eine Gärung, die seinerzeit, durch den großen Bergarbeiterkampf im Jahre 1889 gefördert, in einer Anzahl Orte zu Streiks um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse führte, obwohl finanzielle Mittel in der Verbandskasse nicht vorhanden waren und der Verbandsvorstand auch mit den Kämpfen nicht einverstanden war. Die Bewegung zur Reorganisation des Verbandes nahm immer größeren Umfang an, der sechste Verbandstag, der vor 25 Jahren am 23. und 24. September 1891 in Hannover tagte, beschloß die Neukonstituierung des Verbandes auf moderner Grundlage.

Schwer hatte die Organisation zunächst zu kämpfen gegen die Widersacher in den Reihen der Berufskollegen, besonders aber gegen die Unternehmer und Vorgesetzten. Maßregelungen erfolgten fortgesetzt, wenn gelinder Druck und Schikanierung nicht genügten, um die mißliebigen Elemente mürbe zu machen. Trotzdem wuchs die Organisation. Sie nahm energisch den Kampf gegen Unterdrückung und für bessere Arbeitsverhältnisse auf. Schon die ersten Kämpfe brachten den Brauern die Ueberzeugung bei, daß ihr isolierter Kampf den wünschenswerten und nachhaltigen Erfolg nicht haben könne, daß sie mit den übrigen Brauereiarbeitern Hand in Hand gehen müssen. So wurde schon zwei Jahre später, 1893, beschlossen, die Organisation auf diese auszudehnen.

In den Jahren 1891 bis Ende 1914 hat die Organisation der Brauereiarbeiter 442 Angriffsstreiks mit 13 661 Beteiligten geführt, die Zahl der Abwehrstreiks und Aussperrungen in dieser Zeit erreichten die Zahl von 389 mit 11 629 beteiligten Personen. Die Zahl der Angriffs- und Abwehrbewegungen ist um ein vielfaches höher. Was dabei erreicht wurde, zeigt ein kurzer Vergleich mit den damaligen Zuständen. Eine tägliche Arbeitszeit bis 14 und 18 Stunden, Sonntags nicht ausgeschlossen, war damals die Regel. Dagegen zeigte eine Erhebung zu Ende des Jahres 1913, daß 38 878 Brauereiarbeiter eine Arbeitszeit unter zehn Stunden hatten, davon 566 nur acht Stunden. Allein in den Jahren 1898 bis 1914 wurde an jährlicher Lohnerhöhung die Summe von 21 527 627 M. für 214 607 Arbeiter erzielt. Ein Erholungsurlaub ohne Lohnabzug war bis Ende 1913 für 57 920 Arbeiter erkämpft, Entschädigung bei Arbeitsbehinderung nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs erhielten zu diesem Zeitpunkt 58 264 Beschäftigte. Und Ende 1915 bestanden 983 gültige Tarifverträge für 59 863 Personen. So ist die Organisation kämpfend groß geworden und auch ihre Finanzen kann man trotz der großen Anforderungen der Kriegszeit als gesund bezeichnen. Die für Unterstützung verausgabten Summen sind beträchtlich. Nach der Reorganisation des Verbandes im Jahre 1891 betrug die Zahl der Mitglieder etwa 500, Ende 1913 51 537, um dann allerdings infolge des Krieges zu sinken. Die Einnahmen seit 1891 bis Ende 1915 betragen 10 898 184 M., davon aus Beiträgen 9 938 874 M. An Unterstützungen zahlte die Organisation seit 1891 5 814 849 M., davon zu Kampfzwecken und in Vertretung der Interessen der Arbeiter 2 436 468 M., an sonstigen Unterstützungen 3 378 381 M. Das Vermögen der Hauptkasse betrug Ende 1913 1 714 402 M.; an Kriegsunterstützung wurden in den Jahren 1914 und 1915 438 105 M. ausgegeben. Das Vermögen fiel Ende 1915 auf 1 515 131 M.

Was die Ueberleitung der Organisation vom Harmoniestandpunkt zur Kampfesorganisation den Brauereiarbeitern gebracht hat, wissen diese sicher zu schätzen. Nach Rückkehr der Krieger beginnt wieder vermehrte Tätigkeit zum Ausbau der Organisation, obwohl auch in der Kriegszeit nicht gerastet wird, um die Organisation intakt und brauchbar zur Lösung der ihrer harrenden Aufgaben zu erhalten.

Berlin und Umgegend.

Wünsche der Telegraphenarbeiter.

Die Telegraphenarbeiter, Vorarbeiter und Handwerker Groß-Berlins hielten am Sonnabend, den 25. September 1916, in den Sophiensälen eine Versammlung ab, die überaus zahlreich — u. a. auch von den Ehefrauen der z. Zt. im Dienste befindlichen als auch der beim Heere bezw. bei der Etappen-Telegraphie stehenden Groß-Berliner Telephoner — besucht war. Den Gegenstand der Erörterungen bildete die derzeitige wirtschaftliche Lage der im Arbeiterverhältnisse stehenden Bediensteten der Kaiserlichen Oberpostdirektion Berlin. Sowohl in dem einleitenden Referat wie auch in der sich daran anschließenden Aussprache kam einmütig die Anschauung zum Ausdruck, daß die Lohnverhältnisse in Rücksicht auf die gewaltige Teuerung aller Lebensmittel und aller Bedarfsartikel einer durchgreifenden Aenderung unbedingt bedürften. Aber nicht nur eine Lohnaufbesserung sei erforderlich, sondern auch die von der Behörde für die Kriegsdauer bewilligten besonderen Familienzulagen, und vor allem auch die Unterstützungen für die Familien der Kriegsteilnehmer müßten wesentlich hinaufgesetzt werden, wenn sie auch nur einigermaßen den Anforderungen der Zeit entsprechen sollen. Die Versammlung faßte einstimmig folgende Resolution:

> Die heute in den Sophiensälen zu Berlin versammelten Telegraphenarbeiter, Vorarbeiter und Handwerker Groß-Berlins richten an die Kaiserliche Oberpostdirektion Berlin die dringende Bitte, sich die Anpassung des Einkommens der ihr unterstellten Telegraphenarbeiter, Vorarbeiter und Handwerker an die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse angelegen sein zu lassen. Zu diesem Zweck erklären die Versammelten für notwendig:
>
> 1. Eine Aufbesserung der heute geltenden Löhne für alle Arbeiter, Vorarbeiter und Handwerker unter gleichzeitiger Verkürzung der Aufrückungsfristen — dergestalt, daß der Höchstlohn mit dem 9. Dienstjahre erreicht wird.
>
> 2. Die Erhöhung der für die Kriegsdauer bewilligten besonderen Unterstützung für alle Arbeiter, Vorarbeiter und Handwerker der Verwaltung. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß die übergroße Mehrheit der verheirateten Telegraphenarbeiter, Vorarbeiter und Handwerker weniger als vier Kinder ihr eigen nennen, so daß nach den heutigen Bestimmungen nur verschwindend wenige von ihnen in den Genuß der allein ins Gewicht fallenden Zulage für eine Kinderanzahl von vier und mehr Kindern gelangen.
>
> 3. Nicht minder dringend erforderlich ist die Erhöhung der Unterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer. Neben der Kinderunterstützung von je 6 Proz. muß eine Grundunterstützung für die Ehefrauen von 50 statt 25 Proz. des letzten Wochenverdienstes des im Felde befindlichen Ehemannes als notwendig bezeichnet werden.
>
> Die Versammelten geben sich der bestimmten Erwartung hin, daß die Kaiserliche Oberpostdirektion unverzüglich, spätestens am 1. Oktober dieses Jahres beginnend, eine durchgreifende Neuregelung der Bezüge aller Telegraphenarbeiter, Vorarbeiter und Handwerker im Sinne vorstehender Anträge eintreten läßt.

Die Bewegung der Bankbeamten.

In Ausführung der Beschlüsse der jüngst gehabten Delegiertenversammlung der im Allgemeinen Verbande organisierten Vertreter der Groß-Berliner Bankbeamtenschaft hat sich nunmehr der Vorstand des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankbeamten an die Direktionen der Berliner Großbanken gewandt, mit dem Ersuchen, die während der Kriegszeit im Höchstfalle um 10 Proz. erhöhten Grundgehälter den durch den Krieg hervorgerufenen Teuerungsverhältnissen anzupassen.

Wenn man bedenkt, daß die Geschäftsergebnisse für die Banken sehr günstige waren, so ist das Verlangen der Bankbeamten nicht unbillig zu nennen. Den Beweis dafür, daß eine durchgreifende Aufbesserung möglich ist, liefern die österreichischen Finanzinstitute, welche, obgleich sie wirtschaftlich keineswegs günstiger dastehen, als die reichsdeutschen Banken, ihren Angestellten Kriegszulagen in einem durchschnittlich sechsmal höheren Ausmaße bewilligt haben.

So zahlten die österreichischen Kreditinstitute für

bei der	a) Verheiratete Kr.	b) jedes Kind Kr.	c) Ledige Kr.	d) Beamtinnen Kr.
Niederösterr. Escomte-Ges.	175,—	20,83	116,66	104,16
Ersten österr. Sparkasse	166,66	—	166,66	66,66
Böhmischen Escomte-Bank, Prag	158,33	19,16	100,—	87,50
Böhm. Union-Bk., Prag	125,—	15,—	70,—	58,33
Kredit-Anst.	116,66	16,66	63,33	53,33
Boden-Kredit-Anstaltu. Neue Wiener Spark.	96,66—125	—	43,33—76,66	46,66
Union-Bank	100,—	20,—	65,—	65,—
Anglobank	100,—	16,66	60,—	53,33
Landw. Kreditbank für Böhmen	100,—	10,—	60,—	40,—
Mähr. Esc.-Bk., Brünn	100,—	15,—	50,—	50,—
Länderbank	91,—	16,25	39—65	32—65
Oesterr.-Ung. Bank. Giro- u. Kass.-Verein Allg. Verkehrsbank. Wiener Bankverein. Zivnostenska banka.	80,—	14,—	50,—	45,—

Nach den statistischen Erhebungen, welche der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen jüngst veranstaltet hat, haben sich unter Berücksichtigung der Nahrungsmittelkontingentierung die Aufwandskosten während des Krieges um zirka 75 Prozent verteuert. Die Bankbeamtenschaft erwartet daher von der Einsicht der Bankleitungen, daß sie im Interesse der Erhaltung einer arbeitsfrohen, leistungsfähigen Beamtenschaft und im allgemeinen Volksinteresse ihre Angestellten so stellen wird, daß sie der quälenden Sorge um ihre und ihrer Familie allernotwendigste elementarste Lebensnotdurft enthoben wird.

Die Metallformer und Berufsgenossen beschäftigten sich in einer Branchenversammlung am Montag mit ihren Verdienstverhältnissen und deren Verbesserung. Trotz der schweren Arbeit der Metallformer und ihrer Berufsgenossen gibt es noch Betriebe, wo Stundenlöhne von weniger als einer Mark vorkommen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß Verbesserungen erzielt wurden, wo man Forderungen energisch vertrat. Die Zeit ist insofern günstig, als es an Arbeitern mangelt. Die Versammelten waren sich darin einig, daß die bestehenden Löhne und Verdienste durchaus nicht den Zeitverhältnissen entsprechen. Wo die Stundenlöhne noch geringer sind, soll vor allem auf die Erzielung von 1 M. pro Stunde hingewirkt werden, was als das allermindeste bezeichnet wurde im Hinblick auf die enorme Teuerung und die Schwere der Arbeit. Aber auch in den anderen Betrieben soll eine Verbesserung der Lage versucht werden.

Durch eine Abstimmung wurde festgestellt, daß die Kollegenschaft es ablehnt, in der jetzigen Zeit neue Tarifverträge abzuschließen.

Die in den Eisenkonstruktions-Werkstätten beschäftigten Arbeiter sowie Fahrstuhlmonteure und Helfer besprachen am Sonntag ihre Lohnverhältnisse im Hinblick auf die jetzigen Lebensmittelpreise. Es kam einmütig zum Ausdruck, daß angesichts der Teuerung und auch der schweren Arbeit, die in dieser Branche zu leisten ist, die zurzeit bestehenden Löhne nicht mehr genügen. Die Versammlung stimmte zuletzt einstimmig dem Vorschlag zu, für die Verheirateten 20 Pf. und für die Ledigen 15 Pf. Zulage pro Stunde zu verlangen, und zwar unter Einrechnung einer schon früher gewährten Aufbesserung von 8 Pf. und 5 Pf. pro Stunde.

Die Schirmarbeiter besprachen in ihrer Branchenversammlung am Montag die gegenwärtige Lage in ihrem Beruf. Unter anderem wurde ausgeführt: Die Geschäftslage der Schirmindustrie wird zwar durch die Webstoffverordnung ungünstig beeinflußt, doch sind die Verhältnisse im allgemeinen befriedigend. Die Fabrikanten wissen sich durch Erhöhung der Preise schadlos zu halten und Arbeit ist in genügender Menge vorhanden. Für die Arbeitskräfte, welche der Schirmindustrie noch verblieben sind, gibt es ausreichend Beschäftigung, so daß Arbeitslosigkeit sich nicht bemerkbar macht. Die Arbeiter haben Teuerungszulagen von 10, 15, 20 Proz. erreicht, jedoch hält man im Hinblick auf das Abkommen in der Holzindustrie eine Zulage von 25 Proz. für angemessen. In den Betrieben, wo bis jetzt noch keine ausreichende Zulage erreicht worden ist, soll in den nächsten Tagen in geeigneter Weise vorgegangen werden.

Ausland.

Der drohende Riesenausstand in New York.

Der „Times" wird aus New York gemeldet, daß die Arbeitervereinigungen in New York für Mittwoch den Streik von 350 000 organisierten Arbeitern angeordnet haben. Die Staatsbehörden werden, wenn nötig, zur Verhinderung von Ausschreitungen mit der Polizei auch Truppen heranziehen.

Aus der Partei.

Zehn Jahre Parteiorgan.

Die „Nordhäuser Volkszeitung" konnte am 24. September des Tages gedenken, an dem vor zehn Jahren die erste Nummer des Blattes erschien. Vorher gehörte Nordhausen zum Verbreitungsgebiet der „Thüringer Tribüne", die eine Zeitlang auch unter dem Namen „Nordhäuser Volksblatt" ein Kopfblatt für die Nordhäuser Genossen herausgab. Technische Schwierigkeiten brachten dieses Kopfblatt wieder zum Eingehen. Nordhausen hatte aber eine lebhafte Arbeiterbewegung, die dringend eines eigenen Blattes bedurfte. Schwer vermißt wurde ein solches bei dem großen Kampfe der Tabakarbeiter im Jahre 1901. Auch die Bauarbeiter, die Weber, Dachdecker, Pflasterer, Brauereiarbeiter und Böttcher vermißten bei ihren Kämpfen eine Tageszeitung, die sich der Arbeiterinteressen besonders annahm. Vor allen Dingen hat aber Nordhausen eine alte Parteibewegung, die eines gut geschliffenen, schnell bereiten Schwertes für ihre politischen Kämpfe auf die Dauer nicht zu entraten vermochte. So traten denn 1914 zunächst 19 Genossen zusammen, um den Plan der Errichtung einer eigenen Druckerei zu besprechen. Nach zweijährigem zähen Arbeiten, Werben und Aufklären waren aus diesen 19 Genossen 1500 geworden, die sich für die Notwendigkeit eines eigenen Organs einsetzten. Und so erschien am 24. September 1906 die erste Nummer der „Nordhäuser Volkszeitung".

Das wachsame Auge des Staatsanwalts fand an allen bisher an der „Volkszeitung" redaktionell tätigen Genossen irgend eine Missetat, die nicht ungeahndet bleiben durfte. Diese Opfer sind getragen. Aber über diese trüben Stunden leuchtet doch die Sonne des Erfolges! Dank ihrer Zeitung konnten die Nordhäuser Genossen im Jahre 1907 bei der Reichstagswahl einen Gewinn von ungefähr 1000 Stimmen buchen. Von Wahl zu Wahl für die städtischen Vertreter nahmen sie an Stimmen zu, bei den Gemeinderatswahlen im Landkreis gewannen sie Sitz um Sitz. Die Aufklärungsarbeit bei den Gewerkschaften brachten für diese sichtliche Erfolge und führte zu ihrer Erstarkung an Zahl und an Kampfkraft. Das Jahr 1912 gab dann den richtigen Prüfstein für die Existenzberechtigung des Blattes. Das Reichstagsmandat wurde gewonnen!

Die Tätigkeit der Partei ist jetzt gehemmt, der Presse sind Fesseln angelegt. Aber wenn die Massen aus dem Felde zurückkehren und sich erneut um die Partei scharen, wird noch in Nordhausen das Parteiblatt den Zurückgekehrten weiter Führer und Vorkämpfer sein und die Bahnen des Sozialismus weisen.

Sozialdemokratische Kundgebungen.

Reichstagsabgeordneter Genosse Feldmann sprach in den letzten Tagen im Wahlkreise Striegau-Schweidnitz. Es waren vier Versammlungen in den industriereichen Orten und sie erfreuten sich denn auch alle eines sehr starken Besuches. Die lebhaften Bekundungen des Einverständnisses ließen keinen Zweifel darüber, daß die Wähler sowohl als auch die zahlreich anwesenden Frauen mit der Haltung ihres Abgeordneten einverstanden sind.

Die Bestattung Adolf v. Elms fand in Hamburg unter Beteiligung vieler Tausender statt. Im großen Saale des Gewerkschaftshauses, in dem die Trauerfeier abgehalten wurde, lagen unzählige Kränze auf langen Tafeln aus. Gewerkschaften, Parteiorganisationen und namentlich genossenschaftliche Unternehmungen waren mit herrlichen Kranz- und Blumenspenden vertreten. Genosse Frohme hielt die Gedächtnisrede. Vom Parteivorstande sprach Pfannkuch, der die große Pflichttreue des Toten pries. Hierauf erfolgte die Ueberführung der Leiche zur Feuerbestattung nach Ohlsdorf, wo Heinrich Kaufmann für die Genossenschaften, Generalkommissionsmitglied Bauer für die Gewerkschaften und Geschäftsführer Rieger für die Hamburger „Produktion" sprachen. Unter Harmoniumklängen sank dann der Sarg in die Tiefe.

Einer von den ganz Alten!

95 Jahre alt ist am Dienstag der Genosse Jürgen Lüders im Barmbecker Krankenhause gestorben, in dem er wegen eines Leidens acht Tage vorher Aufnahme gefunden hatte. Ihm war das beneidenswerte Los beschieden, daß er bis in das höchste Greisenalter hinein im Vollbesitz seiner Geisteskräfte blieb und auch körperlich kaum Beschwerden hatte, außer daß seit einigen Jahren seine Augen nicht mehr recht wollten und er sich mehrfach Operationen unterziehen mußte. Das Gedächtnis des alten Jürgen Lüders war fast unglaublich umfassend und genau, und wie der nächstliegenden, so erinnerte er sich auch der Ereignisse vor fünfzig, sechzig und mehr Jahren mit vollster Sicherheit und wußte sie lebhaft und anschaulich zu schildern, so z. B. seinen Verkehr mit Weitling und mit anderen einst sehr bekannten Männern der vormärzlichen Zeit und der Reaktionsjahre. Lüders ist politisch aus der alten kleinbürgerlichen Demokratie hervorgegangen, die in Hamburg seinerzeit im Arbeiter-Bildungsverein ihren Mittelpunkt hatte. Jahre hindurch war Lüders der Oekonom jenes Vereins und spielte darin überhaupt eine ansehnliche Rolle. Als nach Lassalles Offenem Antwortschreiben die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in die Wege geleitet wurde, gehörte Jürgen Lüders zu den ersten, die tätig dafür wirkten. In Hamburg war er einer von denen, die vom ersten Tage an der neuen Gemeinde angehörten. In seiner Wirtschaft in der Neustadt versammelten sich die Vereinsgenossen, und dort pflegten sie ihre Diskussionen, an denen Lüders selbst sich sehr rege beteiligte. Mit Jürgen Lüders ist wohl der älteste Veteran der deutschen Sozialdemokratie dahingegangen.

Aus Industrie und Handel.

Die dänische Ernte.

Die am 1. September d. J. vorgenommene und nunmehr veröffentlichte Schätzung des Saatenstandes in Dänemark hatte nach dem Berichte des Statistischen Amtes das nachstehend wiedergegebene Ergebnis, wobei die Beurteilung durch Zahlen von folgender Bedeutung ausgedrückt ist: 6 = besonders gut; 5 = etwas über Mittelernte; 4 = Mittelernte; 3 = etwas unter Mittelernte; 2 = mäßig, aber nicht schlecht; 1 = schlecht.

Die Schätzung des 1. Septembers d. J. ergab im Vergleich mit dem 15. August d. J. für

	die Inseln			Jütland		
	Menge		Beschaffenheit	Menge		Beschaffenheit
Saaten:	1. Sept.	15. Aug.	1. Sept.	1. Sept.	15. Aug.	1. Sept.
Weizen	4,4	4,5	3,6	4,4	4,5	3,8
Roggen	4,1	4,2	3,7	4,4	4,5	3,0
Gerste	4,6	4,7	3,7	4,8	4,9	3,8
Hafer	4,8	4,9	4,9	5,1	5,0	4,0
Mischkorn	4,7	4,5	3,9	4,9	4,9	3,9
Hülsenfrüchte	4,5	4,8	3,9	4,8	4,8	3,8
Buchweizen	—	3,7	—	2,5	2,7	2,6
Wurzelfrüchte:						
Kartoffeln	4,4	4,2		3,8	3,8	
Mohrrüben	4,0	3,9		3,7	3,8	
Runkelrüben	4,0	3,8		3,5	3,4	
Kohlrüben	4,4	4,0		4,1	4,0	
Turnipen	4,2	4,0		4,0	4,0	
Zuckerrüben	3,6	3,6		2,8	2,5	

Die amtliche französische Handelsstatistik für den Monat August weist nach dem „Temps" 2072 Millionen Franks Einfuhr, aber nur 375 Millionen Frank Ausfuhr, somit eine Unterbilanz von 1697 Millionen aus; diese übertrifft also die Unterbilanz vom Juli noch um 291 Millionen. Für die ersten acht Monate des laufenden Jahres beträgt die Unterbilanz des französischen Waren-Außenhandels 9045 Millionen Frank. „Temps" bemerkt dazu: Diese ungeheure Summe müssen wir aufbringen, um das Ausland für unsere Mehrankäufe zu bezahlen. Die Lage wird jeden Monat schlimmer und erfordert sorgfältige Beachtung. Um unsere Auslandsvaluta auf der Höhe zu halten, müssen Kriegsverwaltung und Publikum ihre Käufe im Ausland einschränken; ebenso notwendig ist es, die Erzeugung im Inland zu steigern, damit sie den Unterhalt für Heer und Volk in Waren verschiedenster Art zu einem größeren Teile deckt.

Amerikanische Baumwollernte. „Morning Post" vom 9. September meldet: Nach einem am 8. September in Liverpool eingegangenen Telegramm beträgt die bis zum 1. September entkörnte Baumwolle 850 000 Ballen gegen 464 000 in 1915, 480 000 in 1914 und 799 000 in 1913.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Chronik des Weltkrieges.

27. September 1914.

Auf dem **westlichen** und **östlichen Kriegsschauplatz** keine besonderen Ereignisse.

27. September 1915.

Westlicher Kriegsschauplatz: Südlich von Lille ist die große feindliche Offensive durch Gegenangriff zum Stillstand gebracht worden. Auch in der Gegend von Souchez und beiderseits Arras wurden alle Angriffe abgeschlagen. Die Gefangenenzahl erhöhte sich auf 2625 Mann.

Die **französische Offensive zwischen Reims und den Argonnen** machte keinerlei Fortschritte. Sämtliche französischen Angriffe scheiterten unter schwersten Verlusten. Die Gefangenenzahl erhöhte sich hier auf annähernd 4000 Mann.

Oestlicher Kriegsschauplatz: Auf der **Südwestfront von Dünaburg** wurde den Russen eine weitere Stellung entrissen. 1300 Mann wurden zu Gefangenen gemacht.

Auch im **wolhynischen Festungsgebiete** ist die russische Gegenoffensive gebrochen. Die Russen räumten ihre Stellung nordwestlich von Dubno und im Styrabschnitt bei Luck und wichen in östlicher Richtung zurück.

Politische Uebersicht.

Dynastische Politik.

„Eine der größten Ueberraschungen des Weltkrieges," schreibt Professor Dr. Konrad Bornhak im konservativen „Reichsboten" — „war es wohl, daß ein Hohenzoller und geborener Reichsangehöriger und Preuße als König von Rumänien fähig war, an Oesterreich den Krieg zu erklären, was notwendig die deutsche Kriegserklärung nach sich ziehen mußte. Gewiß sind auch russisches Kaiserhaus und englisches Königshaus deutscher Abstammung, und ihre Mitglieder gehörten, wenn die Bestrebungen gewisser russischer und englischer Kreise Erfolg hätten, eigentlich als Deutsche in ein russisches oder englisches Konzentrationslager. Doch sind jene Häuser schon seit Geschlechtern mit ihrem Lande verwachsen und Deutschland entfremdet. Der König von Rumänien war dagegen als Deutscher in Deutschland geboren und erzogen und hatte als preußischer Offizier dem Deutschen Kaiser und König von Preußen den Eid der Treue geleistet. Und dennoch!"

Professor Bornhak schildert dann ausführlich die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den rumänischen Hohenzollern und den preußischen und kommt zu dem Schluß, daß bei der Entscheidung König Ferdinands von Rumänien außer „angeborener Charakterschwäche" auch „weiblicher Einfluß" von wesentlichem Einfluß gewesen sei. Seine Gattin, die frühere Prinzessin Marie von Sachsen-Koburg-Gotha, sei nämlich „von beiden Elternseiten deutschfeindlich erblich belastet" (!). Prof. Bornhak knüpft an diese interessante Feststellung, die festgehalten zu werden verdient, folgende Bemerkungen:

„Der rumänische Fall bestätigt von neuem die alte Erfahrung, daß eine Dynastie niemals eine bestimmte Politik verbürgt. Ludwig XIV. hat einst Frankreich im Spanischen Erfolgekriege beinahe verbluten lassen, um seinen Enkel auf den spanischen Thron zu bringen. Und der Erfolg war, daß dieser selbe Enkel gegen das Frankreich Ludwigs XV. Krieg führte. Napoleon I. hat ähnliche Befürchtungen gehegt bei seinen Verwandten, denen er auswärtige Throne verschafft hatte, und in der Tat trat Joachim Murat von Neapel 1814 zu den Verbündeten über. Der rumänische Verrat ist ein besonders schwerer, da er unter Bruch überkommener Bündnispflichten und gegen die wahren Interessen Rumäniens erfolgt.

Aus der verräterischen Handlungsweise Rumäniens werden wir auch bei der künftigen Lösung der polnischen Frage zu lernen haben, daß „reale Garantien noch nicht damit gegeben sind, wenn etwa ein deutscher Fürst auf einen polnischen Thron gesetzt würde".

Dieses scharfe Urteil Prof. Bornhaks ist dem „Reichsboten" ersichtlich unangenehm. In einer redaktionellen Nachschrift bemerkt er, der dynastische Einfluß auf die Politik sei doch oft größer, als es nach den Ausführungen Prof. Bornhaks scheinen könnte, nur dürfe man ihn nicht immer bei dem Herrscher allein suchen, da in nicht wenigen Fällen „die dynastischen Interessen der Frau des Fürsten die Oberhand" gewinnen. Diese Bemerkung ist sicherlich zutreffend. Namentlich nach den Erfahrungen des Weltkrieges darf man die dynastischen Interessen der Herrscherhäuser keineswegs unterschätzen. Wesentlich ist aber in diesem Falle die Feststellung Prof. Bornhaks, daß eine „Dynastie niemals eine bestimmte Politik verbürgt". Das kann in dem wiedergegebenen Zusammenhang nur bedeuten, daß die so gerühmte Stetigkeit des „monarchischen Prinzips" nur auf Einbildung beruht, und ferner daß zwischen den dynastischen Interessen und den Interessen der Landespolitik oft ein tiefer Widerspruch klafft.

Uns Sozialdemokraten sagen diese Feststellungen nichts Neues. Es ist aber immerhin interessant, sie jetzt von konservativer Seite bestätigt zu hören.

Vom Resolutionskrieg.

Der anti-englischen Resolutionskampagne, über die wir schon mehrfach berichtet haben, schließen sich nun auch die führenden Kreise Hamburgs an. Der „Deutsche Kurier" teilt den Wortlaut eines von vielen Vertretern des Handels und der Industrie in Hamburg unterzeichneten Aufrufes mit, in dem es heißt:

„England hat jahrelang zur Vernichtung Deutschlands seine Netze gesponnen. England hat zur Vernichtung Deutschlands selbst zu den Waffen und zu den zweifelhaftesten wirtschaftlichen Mitteln gegriffen und England bereitet zu unserer immer vollständigeren Vernichtung die Welt planmäßig auf den Wirtschaftskrieg im Frieden gegen Deutschland vor. Das konsequente, seiner Tradition getreue England wird auf einen Frieden auf anderer Basis als unserer Vernichtung bezw. — was auf dasselbe hinauskommt — unserer wirtschaftlichen Lahmlegung und Knechtung nur dann zusteuern, wenn es in weiser Abschätzung seiner selbsterkannten Schwäche sich dazu gezwungen sehen sollte. Daher gibt es für uns nur eine Losung: Durchzuhalten in der klaren Erkenntnis, daß England unser Feind ist, den es niederzuringen gilt, wenn unsere bisherigen Opfer an Gut und Blut nicht umsonst gebracht sein und die großen Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entfaltung deutscher Tatkraft in der Welt uns nicht verloren gehen sollen. Wir geben die Erklärung ab im vollen Bewußtsein, daß das Interesse an der baldigen Wiederkehr friedlicher Zustände nirgendwo ausgeprägter sein kann als in der als Ueberseehandelsplatz durch die Absperrung besonders schwer leidenden, auf Kriegswirtschaft nur wenig eingestellten Hansestadt."

Eine Kundgebung der Deutsch-völkischen Partei.

Der Gesamtvorstand der Deutsch-völkischen Partei hielt unter Leitung des Reichstagsabgeordneten Dr. Werner am 24. d. M. in Kassel eine Sitzung ab. Dr. Werner sprach am Vorabend der Tagung in einer Versammlung im Evangelischen Vereinshause über das Thema „Der Kampf gegen England". Am Schlusse der Kundgebung wurden laut der „Deutschen Tagesztg." Entschließungen einstimmig angenommen, worin das dringende Ersuchen ausgesprochen wird, gegen England, als unseren gefährlichsten Feind, alle zur Verfügung stehenden Waffen rücksichtslos auszunutzen, ferner der bisherige Zustand auf dem Gebiete der Zensur eines freien und opferbereiten Volkes unangemessen genannt und ihre gleichmäßige Handhabung und Beschränkung auf rein militärische Angelegenheiten gefordert wird, schließlich ein entschiedener Kampf gegen den schändlichen Kriegswucher, der unter Kriegsrecht gestellt werden müßte, wenn er beseitigt werden solle. In einer weiteren Entschließung verlangte man außer der militärischen, wirtschaftlichen und politischen Sicherung auch den politischen Schutz, und zwar Schluß der bisherigen Reichsgrenzen gegen die Zuwanderung minderwertiger Völkerteile.

Leider geht aus dem veröffentlichten Bericht nicht hervor, wie in der genannten Versammlung die Forderung nach Annexionen („Sicherungen") im Einklang gebracht wurde mit dem Verlangen nach Schließung der Grenzen gegen die Zuwanderung „minderwertiger Völkerteile". Oder schwebte den Verfassern der genannten „Entschließung" das Ideal von „Helotenländern" vor, das schon von Prof. Harnack gebührend gekennzeichnet worden ist?

Zur Tagung des Reichstags.

Die erste Sitzung des Reichstags wird am Donnerstag um 2 Uhr beginnen. Der Aeltestenausschuß tritt eine Stunde vor der Vollsitzung des Hauses, um 1 Uhr, zusammen und wird über die Geschäftseinteilung eine Einigung der Fraktionen anstreben. Nach der großen politischen Rede des Herrn von Bethmann Hollweg wird wohl die Vertagung der Sitzung in Aussicht genommen. Der Aeltestenausschuß wird entscheiden, ob den Gründen, die dafür sprechen, daß dann die weitere Aussprache im Hauptausschuß fortgesetzt wird, und dieser gleich am Freitag mit seinen Beratungen beginnt, stattgegeben werden soll.

Die Fraktionen, mit Ausnahme des Zentrums, hielten gestern bereits Sitzungen ab.

Personalwechsel im Reichsschatzamt.

Der bisherige Direktor im Reichsschatzamt, Herz, ist, wie schon vor längerer Zeit angekündigt wurde, in den Ruhestand getreten. An seiner Stelle ist der bisherige Vortragende Rat im preußischen Finanzministerium Geheimer Oberfinanzrat Dr. Schroeder zum Direktor im Reichsschatzamt ernannt worden.

Eine Wahlrechtsdebatte.

Der anhaltische Landtag beschloß die Hinausschiebung des Inkrafttretens der neuen Wahlgesetze für die Gemeinderäte und den Landtag um ein weiteres Jahr. Bei dieser Gelegenheit gab es eine Ueberraschung. Durch einen fortschrittlich-sozialdemokratischen Antrag, der die Einführung des Reichstagswahlrechts für den Landtag und die Gemeindevertretungen, eventuell eine Herabsetzung des Zensus von 3000 auf 1800 M. forderte, wurde der Regierung und den verbündeten Konservativen und Nationalliberalen die Gelegenheit gegeben, sich über die politische Neuorientierung in Anhalt zu äußern. Die Abgeordneten Dr. Cohn (fortschr.) und Voigt (Soz.) gaben zu verstehen, daß es in Anbetracht der riesigen Blutopfer, die die deutsche Arbeiterklasse für das deutsche Vaterland gebracht habe und noch täglich bringe, nicht angängig sei, die Arbeiter in Anhalt auch fernerhin als Bürger zweiter Klasse zu behandeln. Der nationalliberale Professor Dr. Leonhardt erklärte, daß die Nationalliberalen und Konservativen es ablehnten, sich zu dieser Angelegenheit zu äußern. Und die Herren vom Regierungstisch schwiegen sich aus.

Der Verlauf dieser Debatte ist außerordentlich interessant, denn die Haltung der Nationalliberalen und Konservativen im anhaltischen Landtag kann als Symptom für die Haltung dieser Parteien auch in den anderen Bundesstaaten angesehen werden. Im übrigen halten wir die Begründung des Reformantrages von sozialdemokratischer Seite für nicht sehr glücklich, denn wir fordern die politische Gleichstellung nicht als Belohnung für die Opfer, die die deutsche Arbeiterklasse im Kriege gebracht hat und noch täglich bringt.

Die Beurlaubungen der Mannschaften.

Infolge einer Eingabe des Reichstagsabgeordneten Marquart teilt das preußische Kriegsministerium mit, daß die Kommandobehörden und Truppen schon mehrfach angewiesen worden seien, nach Beendigung der wichtigsten landwirtschaftlichen Arbeitsperioden vorzugsweise Angehörige anderer Erwerbszweige zu beurlauben und hierbei in erster Linie Verheiratete zu berücksichtigen, die sich in wirtschaftlicher Notlage befinden. Die betreffenden Erlasse habe der Kriegsminister im Großen Hauptquartier kürzlich, nachdem der Bedarf an Hilfskräften für die Landwirtschaft nachgelassen hat, allgemein wieder in Erinnerung gebracht. Dabei sei besonders darauf hingewiesen worden, daß anzustreben sei — ohne Rücksicht auf eine vorliegende Notlage oder auf staatliche Bedürfnisse — allen Mannschaften, vor allem den Verheirateten, die ein Jahr und länger ununterbrochen im Felde gestanden haben, Erholungsurlaub zu gewähren, soweit es die militärischen Interessen irgend zulassen. Da die Herbstbestellung (auch im Weinbau) noch nicht vollendet sei, auch die militärische Lage zurzeit noch Beschränkung auferlegt, werde die angestrebte Erweiterung der Beurlaubungen voraussichtlich nur allmählich — wahrscheinlich erst in den Herbst- und Wintermonaten — in die Erscheinung treten. (z)

Löhnung der Mannschaften im Lazarett.

Das Kriegsministerium veröffentlicht folgenden Erlaß, der am 1. Oktober 1916 in Kraft tritt:

„Den in ein Lazarett aufgenommenen Mannschaften ist, gleichviel welcher Waffengattung sie angehören, vom ersten Tage des auf die Aufnahme folgenden Monatsdrittels ab stets die für das immobile Verhältnis vorgesehene Löhnung der Unberittenen ihres Dienstgrades zu zahlen. Vom Tage der Entlassung aus dem Lazarett ab steht ihnen die Löhnung nach dem Satz ihrer Kriegsstelle beim neuen Truppenteil zu. Die infolge Ueberweisung zu einer immobilen Formation etwa erforderliche Nachzahlung des Löhnungsunterschiedes für die Tage bis zum Schluß des Monatsdrittels, in dem die Entlassung aus dem Lazarett erfolgt ist, hat der neue Truppenteil zu bewirken. Bezüglich der Nachzahlung an die zu mobilen Formationen übergetretenen Mannschaften verbleibt es bei der durch Erlaß vom 22. September 1915 abgeänderten Bestimmung im § 21 I, Absatz 2 der Kriegsbesoldungsvorschrift.

Die militärische Jugendvorbildung.

Die öffentliche Propaganda für die gesetzliche Regelung der militärischen Vorbereitung der Jugend hat in auffälliger Weise stark nachgelassen, seitdem die Absichten des Kriegsministeriums und die ablehnende Haltung der proletarischen Jugendbewegung gegenüber einem Reichsjugendwehrgesetz bekanntgeworden sind. Man würde sich aber einer Täuschung hingeben, zu glauben, daß damit die Bestrebungen für die Schaffung eines Reichsjugendwehrgesetzes überhaupt aufgehört hätten. Die an einem solchen Gesetz interessierten Kreise haben, ohne dabei an die Oeffentlichkeit zu treten, ihren politischen Einfluß weiterhin geltend gemacht. So fand vor nicht langer Zeit eine Konferenz im preußischen Abgeordnetenhause statt, die einstimmig folgenden Beschluß gefaßt hat:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen: a) dem Reichstage mit tunlichster Beschleunigung den Entwurf eines Reichsjugendwehrgesetzes für die militärische Vorbereitung der Jugend vom landsturmpflichtigen Alter bis zum Heereseintritt vorzulegen; b) dafür Sorge zu tragen, daß die körperliche Ertüchtigung der schulentlassenen Jugend bis zum Beginn des landsturmpflichtigen Alters für die fortbildungsschulpflichtige Jugend im Wege der Landesgesetzgebung gefördert werde, soweit dies nicht schon geschehen ist."

An dieser Konferenz waren beteiligt unter anderem der Deutsche Landeskriegerverband durch Exzellenz Bartels, „Die Deutsche Landwirtschaft" durch Reichstagsabgeordneten Freiherrn von Wangenheim, der Zentralverein für Jugendspiele durch Oberbürgermeister Dominicus aus Schöneberg, ferner Vertreter kaufmännischer Vereinigungen und der katholischen Gewerkschaft sowie der katholischen Jünglingsvereine. Daß auch die katholischen Jugendvereine, die bisher der Agitation für ein Jugendwehrgesetz hemmend gegenüber gestanden haben, nunmehr am selben Strange mit den Kriegervereinen ziehen, ist recht bemerkenswert.

Auf der diesjährigen Sitzung des Zentralkomitees der katholischen Jünglingsvereinigungen Deutschlands wurde mitgeteilt, daß in einer Eingabe an das Kriegsministerium die Auffassung und die Wünsche der Verbandsleitung über die künftige Gestaltung der militärischen Jugendvorbereitung nach dem Kriege zum Ausdruck gebracht worden seien. Als unbedingte Forderungen wurden erhoben:

1. Daß die geplante Heeresvorschule (Jugendkompagnien usw.) keine Vereinsform annehme und auch nicht einem bestimmten Vereine (z. B. den Turnvereinen oder dem Jungdeutschlandbund) übertragen werde.
2. Daß sie über den Rahmen militärischer Uebungen nicht hinausgehen.
3. Daß der Sonntag sowie der Sonnabendnachmittag und abend grundsätzlich von Uebungen freibleiben.

Dieser Auffassung habe das Kriegsministerium zugestimmt. Womit natürlich die Zukunft der militärischen Jugendvorbildung noch nicht besiegelt ist, denn ein Reichsjugendwehrgesetz kann natürlich nur vom Reichstag beschlossen werden. (z)

Das tägliche Brot.

Verlängerung der Beschlagnahme von Aepfeln und Pflaumen.

Amtlich. Berlin, 26. September. (W. T. B.) Die Beschlagnahme der Pflaumen und Aepfel hat bislang nicht zu dem gewünschten Erfolge geführt, so daß die beabsichtigte baldige Aufhebung der Anordnung nicht möglich ist. Der Grund ist der, daß in einer Reihe von Bezirken die Ware zurückgehalten wird und die Anlieferung an die mit der Verfügung über das beschlagnahmte Obst beauftragte Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen zögernd erfolgt. Da auch der festgesetzte verhältnismäßig hohe Preis nicht dazu geführt hat, die Anlieferung zu beschleunigen, wird erwogen, die Höchstpreise für Pflaumen erheblich herabzusetzen.

Städtetag und Kartoffelpreise.

Der Hauptausschuß des Deutschen Städtetages hat seine Verhandlungen gestern zu Ende geführt. Seine Einberufung, die erste seit Beginn des Krieges, war auf vielseitige Anregung erfolgt, um im größeren Kreise als dem des Vorstandes die in die städtischen Interessen tief einschneidende Frage der Reichs-, Staats- und Gemeindezuschüsse zu den Kartoffelpreisen zu besprechen. Der Hauptausschuß ist nunmehr zu folgender

einstimmig gefaßter Entschließung

gelangt:

„Der Hauptausschuß des Deutschen Städtetages billigt ausdrücklich sämtliche Schritte, die der Vorstand getan hat, um bei den Spätkartoffeln den Gemeinden das ihnen gesetzlich zustehende Recht auf Festsetzung der Verbraucherpreise auch in der Wirklichkeit zu erhalten. Er gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der höchst unerwünschte Ausgang dieser Erörterungen nicht eingetreten wäre, wenn das Kriegsernährungsamt vor Nennung bestimmter Preise für die zur Einkellerung oder im Kleinverkauf abzugebenden Kartoffeln den deutschen Städten Gelegenheit zur Darlegung ihres reichen Erfahrungsmaterials gegeben hätte. Lebhafter Einspruch muß gegen das Bestreben eingelegt werden, den Verbraucherpreis durch das künstliche Mittel einer Zuschußleistung aus öffentlichen Kassen herabzusenken und die Städte durch gesetzlichen oder tatsächlichen Druck zur Beteiligung an einem solchen Vorgehen zu nötigen. Es ist ein Irrtum, diese Zuschüsse mit den Zwischenhandelskosten in Verbindung zu bringen, deren Höhe durch unabänderliche Notwendigkeiten feststeht. Vielmehr bedeutet die Zuschußleistung eine Abgleichung der erhöhten Erzeugerpreise und damit die Gefahr geringeren Widerstandes gegen solche Preiserhöhungen. Der Hauptausschuß des Deutschen Städtetages erachtet es für ausgeschlossen, daß diese im Gebiet der Spätkartoffeln erfolgte Maßnahme bei anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen oder in sonstiger allgemeiner Form wiederholt oder ausgebaut wird. Neben den besonderen städtischen Gesichtspunkten, unter denen noch die Gefahr schwerster Erschütterung der städtischen Finanzen hervorzuheben ist, würden einem solchen Vorhaben auch die ernstesten kriegswirtschaftlichen Bedenken allgemeiner Art im Wege stehen. Denn das Ende der damit beschrittenen Bahn wäre gar nicht abzusehen; besonders ist nicht erkennbar, wie unser Wirtschaftsleben, wenn einmal die Stützung durch öffentliche Mittel erfolgt ist, mit Abschluß des Krieges alsbald in die allein mögliche Form der Aufrechterhaltung aus sich selbst zurückkehren könnte."

Arbeitsnachweis und Arbeitsgemeinschaften

im Dienste der Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Ueber dieses Thema hat sich Magistratsrat Wölbling-Berlin in Nr. 11 des „Arbeitsnachweis in Deutschland" und auch in dem Organ der Zentrale für Volkswohlfahrt in längeren Ausführungen verbreitet, und kommt in beiden Fällen zu dem Resultat, daß es notwendig ist, die Arbeitsbeschaffung wie auch die Arbeitsvermittlung für Kriegsbeschädigte einheitlich zu gestalten, und zwar in der Weise, daß alles unter der Leitung des öffentlichen Arbeitsnachweises erledigt wird.

Die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaften sowie die große Verschiedenartigkeit, wie in einzelnen Orten und Bezirken die Dinge gelagert sind, veranlassen uns, gegen diese Uniformierung an sich Stellung zu nehmen, wozu noch kommt, daß auch eine Reihe von Einzelbemerkungen in diesem Artikel des Herrn Magistratsrats Wölbling dringend der Richtigstellung bedürfen.

Was in dem Artikel über die Arbeitsbeschaffung und Arbeitsvermittlung von privaten Vereinen, Wohltätigkeitsvereinen usw. gesagt wird, ist durchaus richtig. Wenn aber Herr Magistratsrat Wölbling meint, daß auch die Arbeitsgemeinschaften, die, wie er zugibt, eine äußerst wertvolle Einrichtung sind, nicht als selbständig arbeitende Institutionen bestehen bleiben dürfen, sondern den öffentlichen Arbeitsnachweisen unterstellt werden sollen, dann muß dem doch mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Das fällt uns um so leichter, wenn wir die Gründe prüfen, die Magistratsrat Wölbling für seine Ansicht vorbringt, und wenn wir weiter die bisherige Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften betrachten.

Magistratsrat Wölbling spricht da zunächst von den zahlreichen Beziehungen, die die öffentlichen Nachweise haben, und die der Sache äußerst dienlich sind. Diese zahlreichen Beziehungen müssen aber doch wohl, soweit die Unterbringung der Kriegsbeschädigten in Betracht kommt, nicht so besonders sein, wenigstens muß man zu diesem Schluß kommen, wenn man sich die Vakanzenliste für Kriegsbeschädigte des Verbandes Märkischer Arbeitsnachweise ansieht. Ihr Inhalt zeigt auf das klarste, daß der Verband Märkischer Arbeitsnachweise mit seiner Vermittlung für Kriegsbeschädigte durchaus nicht die Erwartungen erfüllt hat, die man nach den erfolgten Veröffentlichungen im Publikum hegen durfte.

Herr Magistratsrat Wölbling schreibt in seinem Artikel:

„Auf den bloßen Nachweis gut bezahlter Stellen kommt es überhaupt nicht an, vielmehr darauf, daß der richtige Mann an den richtigen Platz kommt, und daß er dort bleibt, auch wenn der Arbeitsmarkt nach Rückkehr der Kriegsteilnehmer wieder ein anderes Gesicht annimmt."

Das ist sehr richtig, wenn auch nicht gerade etwas Neues. Aber ausgeführt kann das praktisch doch am besten werden durch die zum Zwecke der Unterbringung von Kriegsbeschädigten errichteten Arbeitsgemeinschaften. Ein auf sich selbst gestellter Arbeitsnachweis kann das nicht in genügendem Maße. Das zeigt sich schon jetzt, wie vielmehr wird das später der Fall sein.

Die Frage der Unterbringung der heimkehrenden Kriegsteilnehmer, die gegen Ende des Artikels mehrfach mit der Frage der Unterbringung der Kriegsbeschädigten zusammengeworfen wird, hat hiermit gar nichts zu tun. Das ist eine Aufgabe, zu deren Erfüllung ja bekanntlich die Zentralauskunftsstellen errichtet sind.

Gewiß sollen die Arbeitsgemeinschaften mit den behördlichen Kriegsbeschädigtenfürsorgestellen Hand in Hand arbeiten, müssen dies sogar. Aber noch eine weitere behördliche Stelle, wie zum Beispiel der öffentliche Nachweis es ist, einschieben zu wollen, dazu liegt keine Veranlassung vor. Das hieße die Erledigung der einzelnen Fälle hinauszögern und den Kriegsbeschädigten unnötig lange auf den Beginn seiner gewerblichen Tätigkeit warten zu lassen.

Was durch die Verbindung der Arbeitsgemeinschaften mit der behördlichen Kriegsbeschädigtenfürsorgestelle heute schon an Verzögerungen vorkommt, mag an folgenden Beispielen gezeigt werden:

Die Kriegsbeschädigtenfürsorgestelle der Stadt Berlin wandte sich in einem Schreiben an die Geschäftsstelle einer Arbeitsgemeinschaft in Berlin und ersuchte darum, daß die Kriegsbeschädigten nicht eher in Arbeit vermittelt werden, als bis die Akten des betreffenden Falles von den Fürsorgestellen an die Arbeitsgemeinschaft gelangt seien. Die betreffende Arbeitsgemeinschaft erklärte, daß sie gern bereit sei, mit der Vermittlung so lange zu warten, nur müsse die Zusendung der Akten eben etwas schneller geschehen als bislang, da sonst für den Kriegsbeschädigten kostbare Zeit verloren gehe. Es wurde empfohlen, daß die Akten noch an dem Tage, an dem die Berufsberatung stattgefunden hat, an die Geschäftsstelle abgehen mögen.

Das war im Juli dieses Jahres. Nun hätte man erwarten sollen, daß diesem doch gewiß berechtigten Vorschlage der in Frage kommenden Arbeitsgemeinschaft entsprochen wird. Aber weit gefehlt.

Am 7. August gingen von der Kriegsbeschädigtenfürsorgestelle die Akten des Kriegsbeschädigten C. ein. Diese Akten wurden zurückgereicht, da C. bereits am 17. Juli nach erfolgter Berufsberatung in der Geschäftsstelle der betreffenden Arbeitsgemeinschaft vorgesprochen hatte und sofort in Arbeit gebracht war. Hätte die Geschäftsstelle der betreffenden Arbeitsgemeinschaft bis zum Eingang der Akten gewartet, dann wäre der Kriegsbeschädigte unnötig drei Wochen ohne Beschäftigung gewesen.

Ein gleiches war bei dem Kriegsbeschädigten G. der Fall. Die Akten gingen am 31. Juli ein; der Kriegsbeschädigte war aber bereits nach erfolgter Berufsberatung seit dem 24. Juli in Arbeit.

Die Akten des Kriegsbeschädigten B. gingen am 31. August bei der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft ein. Derselbe war nach erfolgter Berufsberatung bereits am 25. August in Arbeit gebracht.

Die Aufzählung der Fälle, wo die Zusendung der Akten nach erfolgter Berufsberatung an die Arbeitsgemeinschaft vierzehn Tage und sogar darüber dauerte, könnte noch vergrößert werden. Was würde nun erst, wenn die Akten von der Berufsberatung zunächst an den öffentlichen Nachweis gingen und von da dann an die Arbeitsgemeinschaft! Es käme zweifellos noch eine längere Frist heraus, die der Kriegsbeschädigte unnötig auf Arbeit wartet. Das ist einfach nicht zu verantworten!

Daß auch Mahnungen hier keine Abhilfe schaffen, ist ja durch die obige Darstellung bewiesen (Behörden verlangen für Akten ja immer eine Lagerfrist), so daß es also nicht im Interesse der Kriegsbeschädigten liegt, noch eine weitere Instanz zwischen Berufsberatungsstelle und Arbeitsgemeinschaft zu schieben.

Von der Erledigung von Beschwerden der Kriegsbeschädigten, die irgendwelche Vorkommnisse in ihrem neuen Arbeitsverhältnis veranlassen, soll an dieser Stelle gar nicht erst gesprochen werden, denn das kann gar nicht besser als durch paritätische Körperschaften aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern des in Frage kommenden Berufes erledigt werden. Es bedarf auch hier nicht irgendwelcher dritten Stelle, die da mithilft.

Es braucht nun durchaus nicht befürchtet werden, daß der Ueberblick über den Arbeitsmarkt durch die Erledigung der Vermittlung seitens der Arbeitsgemeinschaften verloren geht. Die Arbeitsgemeinschaften berichten über jeden Fall ihrer Vermittlung an die Kriegsbeschädigtenfürsorgestelle des Ortes, und das ergibt ausreichend Material für die Statistik.

Sollte sich später ein Bestand von nicht untergebrachten Kriegsbeschädigten ergeben, so werden diese Zahlen eben mit in die Statistik aufgenommen, und ermöglicht sich ohne Schwierigkeiten auch nach der Richtung hin ein Ueberblick.

Die große Möglichkeit der Erledigung der Arbeitsbeschaffung und Arbeitsvermittlung für Kriegsbeschädigte durch die Arbeitsgemeinschaften wird ja allseitig, auch vom Magistratsrat Wölbling, anerkannt. Warum man da bemüht ist, die Arbeitsgemeinschaften im spanischen Stiefel einzuschnüren, anstatt zu veranlassen, daß überall solche Arbeitsgemeinschaften errichtet werden, ist einfach unverständlich.

Gewiß, wo keine Arbeitsgemeinschaften bestehen, da muß ja schließlich, so gut das eben möglich ist, ein Arbeitsnachweis die Stelle sein, von der aus die Arbeit für die Unterbringung der Kriegsbeschädigten geleistet wird. Allerdings können wir uns vorstellen, daß ein solcher Arbeitsnachweis noch etwas anders aussieht als der Zentralverein für Arbeitsnachweis in Berlin oder der Verband Märkischer Arbeitsnachweise; denn wenn in dem Artikel des Herrn Magistratsrat Wölbling von einer Parität dieser Arbeitsnachweise gesprochen wird, so möchten wir dahinter denn doch ein großes Fragezeichen machen. Von dieser kann im Verband Märkischer Arbeitsnachweise absolut keine Rede sein, und die Parität im Zentralverein für Arbeitsnachweis in Berlin ist auch sehr fragwürdig angesichts der 51 Proz. der Stimmen, die sich der Magistrat Berlin im Vorstand gesichert hat. Das birgt die Gefahr eines Mißbrauchs in sich. Wir erinnern nur an die Haltung des Magistrats bei Gelegenheit der Regelung des Arbeitsnachweises der Holzarbeiter.

Jedoch auch gegenüber wirklichen, paritätisch verwalteten Arbeitsnachweisen verdienen die Arbeitsgemeinschaften unter allen Umständen den Vorzug, und sollte man mit Rücksicht auf die Gesamtsituation davon Abstand nehmen, die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften nach Art des Vorschlages des Herrn Magistratsrat Wölbling reglementieren zu wollen.

Die öffentlichen Nachweise, soweit sie auf sich selbst gestellt sind, sind für die Unterbringung und die Erledigung der Beschwerden der Kriegsbeschädigten bei weitem nicht so geeignet wie die Arbeitsgemeinschaften, und sollte man deshalb auch nicht versuchen, die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaften herabzudrücken oder sie gar zu den Leitungen der öffentlichen Nachweise untergeordneten Organen machen. Hierzu liegt keinerlei sachliches Bedürfnis vor. Es handelt sich um die Fürsorge für Kriegsbeschädigte, nicht darum, daß die Erfolge der Arbeitsgemeinschaften auf diesem Gebiete von den Leitungen der öffentlichen Arbeitsnachweise als ihr Verdienst gebucht werden können. Die Arbeitsgemeinschaften sollen in erster Linie in Frage kommen für die Unterbringung der Kriegsbeschädigten, sie sollen in direkter Verbindung mit den behördlichen Kriegsbeschädigtenfürsorgestellen aller Art stehen. Und dazu brauchen die Arbeitsgemeinschaften Selbständigkeit.

Soziales.

Gesetzwidriger Lehrvertrag.

Als dem Gesetz und den guten Sitten widersprechend kennzeichnet ein gestern von der Kammer 5 des Berliner Gewerbegerichtes gefälltes Urteil die Verträge, welche die Firma F. Butzke, Schraubenfabrik, mit ihren Lehrlingen abgeschlossen.

Im vorliegenden Falle handelte es sich um den Vertrag eines jungen Mannes, der bei der genannten Firma das Einrichten von Automatendrehbänken erlernt hat. Seine vierjährige Lehrzeit ist seit dem 5. September abgelaufen. Der Vertrag, der die Lehrzeit auf vier Jahre festsetzt, bestimmt, daß der Lehrling vom zweiten Lehrjahre ab für das selbständige Einrichten von Maschinen Gratifikationen erhält, jedoch nur, wenn er sich einwandfrei beträgt und fleißig ist. Eine Gewähr für die Zahlung von Gratifikationen, die ohne Ausnahme als freiwillige Leistungen gelten, übernimmt der Lehrherr nicht. Von den Gratifikationen wird nicht mehr als ein Betrag von 2 M. wöchentlich ausgezahlt. Der überschießende Betrag wird dem Lehrling gutgeschrieben und nach Ablauf des Lehrvertrages ausgezahlt. Auf Wunsch des Lehrherrn hat der Lehrling nach beendeter Lehrzeit noch zwei Jahre im Betriebe des Lehrherrn zu arbeiten. Für diese Zeit erhält er im ersten Jahre einen Lohn, der 10 Proz. niedriger ist als der übliche Gesellenlohn. Im zweiten Jahre bekommt er den vollen Gesellenlohn.

Der Kläger ist kurze Zeit nach Ablauf des Lehrverhältnisses von der Firma abgegangen. Der ihm gutgeschriebene Ueberschuß der Gratifikation im Betrage von 81 M. ist ihm nicht ausgezahlt worden, er forderte denselben jetzt im Klagewege. Der Vertreter der Firma berief sich darauf, daß die Gratifikation im Vertrage ausdrücklich als freiwillige Leistung bezeichnet werde, dem Kläger also ein Rechtsanspruch auf Zahlung derselben gar nicht zustehe. Weil der Kläger die vertragsmäßig ausbedungene zweijährige Arbeit als Gehilfe nicht geleistet habe, sei ihm der Gratifikationsüberschuß nicht ausgezahlt, sondern einer von den Arbeitern des Betriebes verwalteten Unterstützungskasse überwiesen worden. — (Anscheinend handelt es sich um eine vom gelben Werkverein verwaltete Kasse.)

Das Gericht verurteilte die beklagte Firma zur Auszahlung der Gratifikation. Der Vorsitzende, Magistratsrat Schultz, sagte in der Urteilsbegründung: Die Vertragsbestimmung, wonach der Lehrling noch zwei Jahre nach beendeter Lehrzeit im Betriebe des Beklagten arbeiten soll, ist für den Kläger nicht bindend, denn sie widerspricht dem § 624 des Bürgerlichen Gesetzbuches, welcher lautet:

„Ist das Dienstverhältnis für die Lebenszeit einer Person oder für längere Zeit als fünf Jahre eingegangen, so kann es von dem Verpflichteten nach Ablauf von fünf Jahren gekündigt werden. Die Kündigsfrist beträgt sechs Monate."

Noch ein anderer Grund spricht gegen die Gültigkeit des Vertrages: Der Vertrag ist eine Umgehung der gesetzlichen Bestimmung, wonach das Lehrverhältnis nicht länger als vier Jahre dauern darf. Diese Gesetzesbestimmung trägt dem Umstand Rechnung, daß es für die Weiterbildung des Ausgelernten notwendig ist, sich nach beendeter Lehrzeit an anderen Arbeitsplätzen zu betätigen, um andere Arbeitsmethoden kennen zu lernen. Diese Möglichkeit wird dem Ausgelernten genommen, wenn er nach der Lehrzeit noch weitere zwei Jahre vertraglich festgehalten wird. Die Vertragsbestimmung widerspricht den guten Sitten, sie ist unzulässig und der Beklagte kann deshalb keine Schadenersatzansprüche herleiten. Dem Kläger steht das aus den Gratifikationen angesammelte Guthaben zu. Allerdings sind die Gartifikationen an sich freiwillige Leistungen. Aber mit dem Moment, wo sie dem Kläger gutgeschrieben werden, hat er einen Rechtsanspruch auf die gutgeschriebenen Beträge.

Nach der Verkündung des Urteils bemerkte der Vertreter des Beklagten, die erwähnten Lehrverträge seien vor ihrem Abschluß dem Gewerbeinspektor vorgelegt worden und der habe keine Bedenken gegen den Inhalt der Verträge gehabt. Der Beklagte sollte aber wissen, daß dem Gewerbeinspektor eine Befugnis, solche Verträge aufzuheben, leider nicht zusteht.

Aus aller Welt.

Starker Tabak.

In Oesterreich herrscht so großer Tabakmangel, daß einzelne Trafiken (so heißen dort die konzessionierten Tabakhandlungen) nur noch an einzelnen Tagen ihre Läden öffnen. Ein Spaßvogel schrieb nun jüngst an eine geschlossene Tabakverkaufsstelle folgende Zeilen:

In allen Trafiken
Ist Ruh;
In allen Budiken
Spürest du
Kaum einen Rauch.
Die Blätter raucht man vom Walde —
Warte nur, balde
Rauchst du sie auch.

Der hier so hübsch eine Parodie auf Goethes wundersames Gedicht schuf, hatte gewiß keine Ahnung, daß es noch lieblichere Dinge gibt, die man bei jeder Stimmung als kleine Rauchwolken in die Luft blasen kann. Darüber kann ihn und andere Sanguiniker eine Gerichtsverhandlung belehren, die sich in Ratibor abgespielt hat. Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz hatte das dortige Landgericht den Zigarrenfabrikanten Paul Böhm zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte zur Erhöhung des Gewinnes nicht nur nicht genügend permutierten Tabak verwendet, sondern diesem auch noch alle möglichen anderen Stoffe beigefügt, wie Bindfaden, Bast, Apfelschalen und noch üblere Dinge. Dadurch wurde die Beschaffenheit der „Zigarre" geeignet, die menschliche Gesundheit zu schädigen. Der Einwand des Angeklagten, daß er damit nicht gerechnet habe, konnte ihm nicht widerlegt werden, weshalb nur ein fahrlässiges Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz für vorliegend erachtet worden ist. Gegen das Urteil hatte der Verurteilte Revision eingelegt, die aber vom Reichsgericht verworfen wurde.

Wie beim Nahrungsmittelhandel haben sich ja auch auf anderen Gebieten die Schwindler die günstige Gelegenheit zunutze gemacht, um den Verbrauchern für schweres Geld allerhand wertlosen Schund anzudrehen. Selbst die Zigarren, die den Kriegsteilnehmern als Liebesgaben ins Feld gesandt wurden, blieben nicht davon verschont, als Objekt einer schmutzigen Erwerbsgier zu dienen. Auch heute noch steht jener Fall in Ratibor nicht vereinzelt da. Vor einigen Tagen wurde uns aus dem Felde ein Päckchen übersandt, das die aufgebrochenen Reste einiger „Zigarren" enthielt, die wahrhaftig zum Himmel stanken. „Marke Handgranate" waren sie in der urwüchsigen Soldatensprache getauft, womit angedeutet wurde, daß „anzünden und wegwerfen" auch bei ihnen die Parole lautet. Als Ursprungsort dieser Glimmstengel wird Minden i. W. bezeichnet. Wir glauben nicht, daß der Fabrikant so schlechte Preise dafür erhielt, daß er keine bessere Ware liefern konnte. Solchen Schund sollte man aber wirklich keinem Soldaten anbieten, denn ehe er sich daran erquickt, raucht er doch lieber „die Blätter im Walde". Dann weiß er wenigstens was er hat, und billiger ist der Genuß auch, denn er kostet nichts.

Pilzvergiftungen. In einem Krankenhaus in München verstarb am Sonnabend die 11 Jahre alte Tochter des Maurers Frey an den Folgen einer Pilzvergiftung. — In Rheingönheim starb nach dem Genuß von selbstgepflückten Pilzen die Frau des Bauern Jerzick unter Vergiftungserscheinungen. Ein Sohn mußte in das Krankenhaus Ludwigshafen gebracht worden, wo er gleichfalls starb. Der Mann konnte gerettet werden.

Große Getreideschiebungen sind in der Stadt und Provinz Posen aufgedeckt worden. Ob diese Schiebungen, die einen Umfang von Hunderttausenden von Sack erreicht haben, im Zusammenhang mit den in Westpreußen verübten stehen, ist noch nicht festgestellt. Es handelt sich um die wucherische Ausfuhr von sehr großen Getreidemengen nach Städten des Westens wie Leipzig, Oldenburg u. a. unter Verletzung der bestehenden Getreideausfuhrverbote. Die Schuldigen sind Erzeuger, Kaufleute, Händler und Vermittler. Bisher sind acht Personen verhaftet worden. Die Untersuchung wird fortgesetzt.

Selbstmord oder Unglücksfall. Tot aufgefunden wurde in ihrer Wohnung in Frankfurt a. M. die 35 Jahre alte Gattin des in letzter Zeit bei den griechischen Verwickelungen öfter genannten Barons Schenk v. Schweinsberg. Ob es sich um einen Unglücksfall oder um einen Selbstmord handelt, steht noch nicht fest.

Ein weiblicher Raubmörder. Der Wiener Kriminalpolizei ist es gelungen, eine gewiegte Verbrecherin dingfest zu machen. Es handelt sich um die erst Anfang der zwanziger Jahre stehende Ehefrau des Zahlkellners Kasparek, Leopoldine, die mehrerer räuberischer Ueberfälle, des Raubes in verschiedenen Fällen, eines Mordes und noch anderer Verbrechen beschuldigt wird. Leopoldine Kasparek erschien ihren Hausgenossen als Typ der sorgsamen, fleißigen und gutmütigen Wiener Hausfrau, die nur ihrem Gatten und ihrem Kinde lebte. Sie ging selten aus, und dann nur, um nach Lebensmitteln zu stehen, hielt ihre Wohnung peinlich sauber und war bei der ganzen Nachbarschaft beliebt. In Wirklichkeit erwarb sie sich Geld durch Diebstähle und räuberische Ueberfälle. Elegant gekleidet, erschien sie bei alleinstehenden Damen. Bei passender Gelegenheit fiel sie dann über sie her, knebelte sie und raubte, was sie finden konnte. In zwei Fällen ist der Frau der Ueberfall geglückt, es steht aber fest, daß sie noch in einer ganzen Reihe von anderen Fällen Versuche unternommen hat. Zur Last wird ihr ferner der Tod einer Frau Wursch gelegt, die mit ihr auf dem gleichen Flur wohnte.

Angora durch eine Feuersbrunst eingeäschert. Nach einer Korrespondenz der „Köln. Volksztg." aus Angora vom 14. September ist am 13. September die Stadt Angora durch eine gewaltige Feuersbrunst, welche die Einwohner im Schlaf überraschte, in wenigen Stunden zum größten Teil eingeäschert worden. Angora ist eine mittelgroße Stadt im gleichnamigen türkischen Wilajet in Kleinasien. Sie ist bekannt durch ihre Ziegenfelle.

Eingegangene Druckschriften.

„Die Glocke." Sozialistische Wochenschrift, herausgegeben von Parvus. Heft 26. 20 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft, München.

„Arbeiterpolitik". Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus. Heft 14. 15 Pf. Verlag in Bremen, Baller Heerstr. 52.

Der Krieg 1914/16 in Wort und Bild. Heft 93—96. Jede Woche ein Heft. 30 Pf. Bong u. Co., Berlin W 57.

Kriegshefte der Süddeutschen Monatshefte. Septemberheft: Frankreich von Innen. 1,50 M. Verlag in Leipzig u. München.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Trocken und vielfach heiter, jedoch zeitweise nebelig oder dunstig; Temperaturen wenig verändert.

Reichskonferenz
der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Zweiter Verhandlungstag.

Vorsitzender Ebert eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr und gibt das Wort zum Korreferat

Haase: Auf die Mahnung Scheidemanns zur Leidenschaftslosigkeit fielen die beschimpfenden Kraftworte Eberts, und Scheidemann selbst hat durch die Unterscheidung zwischen Akademikern und Arbeitern gewissermaßen an die schwielige Faust appelliert. Niemand in diesem Saale wird das Wallisch-Flugblatt verteidigen, aber man darf nicht eine Flugschrift herausreißen, um alle zu verdammen, man muß den Nährboden berücksichtigen, aus dem diese Flugschriften herauswuchsen. Verzerrte Pamphlete sind eine Folge der Zensur. Waren es Zeiglinge, die unter dem Sozialistengesetz anonyme Flugschriften verbreitet haben? Die Verlesung des Briefes jener unglücklichen Frau aus dem Rheinland gehört zu denjenigen Methoden, die unter keinen Umständen bei uns Platz greifen dürfen. Wir haben den verhafteten Genossen stets unsere Sympathie zugewendet (Zuruf: „Wenn sie im Dienste der Partei tätig waren!"), wollen Sie bestreiten, daß diese Genossen nicht auch glaubten, im Dienste der Partei zu handeln? (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Opposition.) Das Antistreikflugblatt hat tief verbitternd gewirkt, zumal es von den Anklagebehörden ausgenutzt werden kann. Bei einer früheren Gelegenheit, im März 1915, hat der Parteivorstand nur in einem Rundschreiben vor der Verbreitung eines Manifests gewarnt, auch dieses wurde schon ausgenutzt. Es besteht Grund zu der Annahme, daß ein Berliner Gewerkschaftler, der die Verbreitung dieses Aufrufs ablehnte, deshalb verhaftet wurde. (Hört! hört!) — Der Redner weist auf die Sympathiekundgebungen für Liebknecht hin und wendet sich gegen die Abschüttelung derartiger Regungen sowie besonders entschieden gegen die Reichstagsrede Heines am 18. Januar 1916, in der Heine auch scharfe Maßregeln gegen diejenigen billigte, die auf die Erhaltung eines einheitlichen Geistes der Tatkraft und der Abwehr, des Willens zur Vaterlandsverteidigung nicht Rücksicht nehmen. (Lebhaftes Hört! hört! bei der Opposition. — Dr. David: Heine hat das aufgeklärt!) Es genügt, daß solche Aeußerungen fallen. Gerade Heine sollte seine Worte nicht so sorgfältig abwägen, wie man es jetzt tun muß? Und die „Fackel" ist so weit gegangen, gewisse Flugblätter als englisch-russische Lockspitzelei hinzustellen, die Propaganda als ehrlos und vaterlandslos. (Hört! hört! und Zurufe.) Daß diese Parteigenossen guten Glaubens und Willens sind, kann man doch nicht bestreiten, nicht einmal die Staatsanwälte setzen in diesen Handlungen wirklichen Landesverrat. — Durch Aufrufe und Warnungen kann der Parteivorstand nicht eine Bewegung niederschlagen, die aus solcher Zeit entsteht. Keiner von uns empfiehlt wilde Streiks, aber man soll Verständnis für die darin ausbrechenden Gefühle haben. (Zuruf: Aber davor warnen darf man!) Glauben Sie nicht, daß das nutzen wird. — Der Redner erklärt es gegenüber einer angeblichen Denunziation für unwahr, daß die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft Vertrauensmänner in Holland oder aus Holland gekommene in Deutschland hat.

Ebert hat neun Spielarten der Opposition entdeckt, aber wenn man von der alten Fraktion die Genossen absondert, die in wirklichen Grundfragen die sozialistischen Anschauungen nicht mehr vertreten, dann hat der Fraktionsvorstand und der Parteivorstand in der alten Fraktion nicht mehr die Mehrheit und darum stützt er sich auf eine Anzahl politischer Köpfe, die er von sich abstoßen muß; gegenüber ihren bedenklichsten Seitensprüngen ist er überaus milde, gegen die Opposition geht er von vornherein mit schwerstem Geschütz vor. Gewiß greifen die Spartakusleute uns noch heftiger an als die Mehrheitsfraktion, aber Sozialdemokraten müssen auch die allerherbste Kritik ertragen, wir ziehen nicht gegen jedes Schimpfwort mit einer geharnischten Erklärung vom Leder, schon um nicht die Opposition immer weiter von uns zu treiben. Es ist richtig, daß, wie Ebert ausführte, die Partei sich für ihre Abstimmung vom 4. August 1914 nicht irgendwelche Versprechungen von der Regierung hat geben lassen. Richtigstellen aber will ich den Irrtum, daß ich es gewesen sei, der vor dem 4. August die Verhandlungen mit der Regierung geführt habe. Ich wurde am 26. Juli 1914 in das Preußische Ministerium des Innern geladen und holte Braun telegraphisch dazu — Ebert, Scheidemann und Molkenbuhr waren von Berlin abwesend —, es handelte sich bei dieser Unterredung lediglich um unsere Protestversammlungen gegen den drohenden Krieg. Man erklärte uns, daß die Regierung diese Versammlungen nicht verbiete, auch gar nicht das Recht dazu habe, uns aber aufzuklären wünsche, damit diese Versammlungen nicht eine Gefahr für den Frieden würden; es komme alles darauf an, ob die panslawistische Strömung in Rußland die Ueberhand gewänne, unsere Redner sollten deshalb vermeiden, durch irgend eine unvorsichtige Bemerkung dieser Strömung in Rußland Nahrung zu geben: wenn Rußland gegen Oesterreich-Ungarn vorgehen sollte, würde Deutschland sich an die Stelle Oesterreichs stellen. Ich erklärte sofort, daß David in unserem Namen im Reichstage ausgeführt hatte, das Bündnis zwischen uns und Oesterreich-Ungarn sei ein reines Defensivbündnis, dessen Voraussetzungen nicht gegeben seien, wenn Oesterreich zuerst zum Kriege gegen Serbien schreite. Man erwiderte mir, daß die bürgerlichen Parteien und die Regierung den Vertrag nicht so auslegen. Eine weitere Unterredung habe ich mit keinem Manne aus der Regierung bis zum 3. August gehabt, an welchem Tage ich der Besprechung des Reichskanzlers mit den Vertretern sämtlicher Reichstagsfraktionen beiwohnte. Allerdings hatte der Reichskanzler, während ich als Mitglied des Internationalen Sozialistischen Bureaus in Brüssel war, wegen einer Unterredung bei mir antelephoniert; auch Ebert, Scheidemann und Molkenbuhr waren abwesend, er wandte sich deshalb an Südekum, der sofort dem Parteivorstand berichtet hat. Wir hatten uns im Parteivorstand einmütig dahin verständigt, unter keinen Umständen während des Krieges von der Regierung irgend eine Gefälligkeit zu fordern, um auch nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, als ob wir irgend eine Erkenntlichkeit dieser Art von der Regierung erwarteten. Ich habe auch unter Berufung darauf die Reklamation einiger Genossen aus dem Parteivorstand zurückgewiesen, der Parteivorstand stimmte darin überein, daß er nicht als Parteivorstand, sondern nur seine Mitglieder als Inhaber von Geschäften aus geschäftlichen Gründen Reklamationen beantragen dürfen. Etwas ganz anderes ist aber die Frage, ob wir die gegebene Situation nicht mit allen Kräften auszunutzen hatten, um politische Rechte zu erwerben. (Zustimmung bei der Opposition.) Solche Forderungen in solcher Zeit haben aufstrebende Klassen stets als ihr Recht angesehen. Was ist nun geworden? Nichts, wenigstens nichts Wesentliches ist in dieser Zeit erreicht worden. Bei der Lebensmittelversorgung haben die Agrarier und der Handel trotz unserer Aktionen das Möglichste erreicht — die Agrarier haben ihre Taktik angewandt, wir die unsrige nicht. Mit Eingaben erreichen wir nichts, die Handhabung von Zensur und Belagerungszustand ist Ihnen bekannt. Wir haben eben keine Macht. (Zuruf: Weil Sie keine Macht entwickeln wollen. — Rufe: Warum denn nicht? — Gegenruf: Weil Sie sich als Regierungshandlanger gefallen!) Die Reform des Vereinsgesetzes ist eine Lappalie. § 8 wurde nicht geändert, sondern nur ausgelegt und mit Fußangeln versehen. (Sehr wahr! bei der Opposition.) Wir haben Verbrauchssteuern und die Umsatzsteuer bekommen. Auf unsere Abstimmung über die Kriegssteuervorlage kam es gar nicht an, die bürgerlichen Parteien hatten bereits ihr Steuerprogramm fertig und brauchten dafür das Feigenblatt der Kriegssteuer. Das hat selbst die Chemnitzer „Volksstimme" ausgesprochen, wie kann man da uns mit Stornen bewerfen? Ein Steuerbündel ist in seiner Gesamtheit zu beurteilen. — Die Regierung treibt die alte Politik weiter, nur mit anderen Mitteln und der frühere entschiedenste Gegner unterstützt sie dabei, wie auch Herr v. Heydebrand in Frankfurt hervorgehoben hat. Die Mehrheit ist die Gefangene der Regierung, die sie in entscheidenden Fragen nicht mehr behandeln kann. Bei uns gilt Parlamentskritik der Kriegführung als das schlimmste Verbrechen, in anderen Ländern wird sie ausgiebig geübt, z. B. gegenwärtig in Ungarn. Im Kriege sind die Interessen der verschiedenen Klassen ebenso verschieden wie vorher, ja die Arbeiter leiden noch mehr als vorher. Scheidemann aber sprach immer nur vom Volksganzen, nicht von denjenigen Klassen, deren Interessen wir vertreten sollen. (Beifall und Widerspruch.) Statt der scharfumrissenen Ausdrücke unserer großen Theoretiker spricht man jetzt in vieldeutigen Ausdrücken, unter denen jeder etwas anderes versteht; so hat ja auch die „Kreuz"- und die „Deutsche Tageszeitung" erklärt, mit der Politik des Parteivorstandes könne man einverstanden sein, es komme nur darauf an, mit welchen Mitteln man die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit fordert. — Die Arbeiterklasse, die alles getan hat, um den Krieg fernzuhalten, durfte und muß die Verantwortung für ihn ablehnen. Wir haben das zwar am 4. August gesagt, aber die Tat war die Abstimmung. Mußten wir damals zustimmen?

Am 3. Dezember 1912 hat David im Reichstage in der schärfsten Weise gefordert, daß Deutschland die Wiener Militärpartei am Krieg hindere. Am 25. Juli 1914 hat der Parteivorstand in einem Aufruf sowohl das Treiben der großserbischen Nationalisten verurteilt, aber auch flammenden Protest gegen das österreichisch-ungarische Ultimatum erhoben. Der deutsche Notenwechsel mit Oesterreich-Ungarn wird bisher geheim gehalten. Das deutsche Weißbuch sagt, daß Deutschland Oesterreich-Ungarn freie Hand ließ. Die Note an Serbien wurde selbst in der „Frankfurter Zeitung", der „Post" und der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" als ein Kriegsvorwand erklärt. David hat mit Recht damals erklärt, wenn Oesterreich-Ungarn so vorgeht, dann wird die Welt in Flammen kommen und dann haben wir nicht die Verpflichtung, Oesterreich-Ungarn beizuspringen. (David: Den entscheidenden Punkt vergessen Sie, wie ihn die Franzosen auch vergessen. Das werde ich nachher sagen!) In den kritischen Tagen waren Partei und Fraktionsvorstand zunächst nicht für die Kreditbewilligung; daß die Parteileitung mit Unterdrückungsmaßregeln rechnete, beweist, daß sie nicht Kreditbewilligung erwartete. Müller wurde nicht nach Paris geschickt, um vorzuschlagen, daß wir auf beiden Seiten die Kredite annehmen, sondern um Stimmenthaltung vorzuschlagen. Wenn es aber richtig wäre, daß wir am 4. August nur wahr gemacht haben, was wir immer betont haben, wenn wir am 4. August so handeln mußten kraft unserer Tradition und Gesamtanschauungen, dann konnte Müller nicht Stimmenthaltung vorschlagen, sondern nur Kreditbewilligung. (Lebhaftes Sehr richtig! bei der Opposition.) Im Parteivorstand war auch Richard Fischer für Kreditablehnung und lediglich bei einem Russeneinfall für Stimmenthaltung. Haenisch hat ja selbst in seinem Buch den schweren Kampf zwischen Stimmung und Ueberzeugung geschildert. Wäre unsere Abstimmung vom 4. August eine Selbstverständlichkeit gewesen, so hätte sie doch nicht eine solche Ueberraschung hervorrufen können! (Sehr richtig! bei der Opposition.) Bebel prophezeite auf dem Parteitag in Magdeburg, daß wenn 1912 ein europäischer Krieg losbreche, wir sicherlich ganz wo anders zu stehen hätten, als man damals in Baden stand. (Hört! hört! bei der Opposition.) Entscheidender als seine Worte ist Bebels Tat: er hat am 19. Juli 1870 mit Liebknecht die Kriegskredite nicht bewilligt. Haben Bebel und Liebknecht damals unsere Grundsätze verletzt? (Sehr gut! bei der Opposition.) Liebknecht hat 1892 im Reichstag und Bebel in seinen Memoiren geäußert, daß, wenn sie die Rolle Bismarcks und der Emser Depesche 1870 gekannt hätten, sie gegen die Kredite gestimmt hätten. (Zurufe: Mehring!) Mehring hat nie gesagt, daß wir grundsätzlich für die Kredite stimmen müßten. (Cohen-Reuß: Doch! — David: Er hat gesagt, daß kein Prinzip uns verhindert, die Kredite zu bewilligen!) Es kann also jetzt nicht mehr behauptet werden, daß wir kraft unserer Vergangenheit am 4. August zustimmen mußten. Wir durften aber nicht so stimmen, weil der Charakter des Krieges und die Haltung der Regierung zu ihm uns klar sein mußte. Auf Oesterreich wurde erst gedrückt, als man erfuhr, daß England nicht neutral bleiben würde, und da war es zu spät. (David: Sie übersehen immer die russische Mobilmachung.) Noch am 25. Juli hat der Parteivorstand den Krieg als imperialistisch gekennzeichnet, und hierfür sollen wir die parlamentarische Verantwortung übernehmen? Eine parlamentarische Abstimmung hat zu erklären, wie man zur Regierungspolitik steht, die Frage, ob wir zwar unsere Brüder und Söhne hingeben, aber das Geld nicht bewilligen sollten, ist ganz verkehrt. (Scheidemann sagte, er möchte die Verantwortung für das Elend nicht übernehmen, das entstehen würde, wenn wir unsere Parteigenossen an der Front auf diese Weise im Stich lassen sollten. Wir sollten aber vor allem die Verantwortung dafür nicht übernehmen, daß dieses Leid sich anhäufen könnte. Das Wort Scheidemanns: „Wir müssen durchhalten bis zum Siege" war ein ominöses Wort. (Scheidemann: Es stammt aus dem „Vorwärts"! Heiterkeit bei der Mehrheit.) Mir ist das gleich; die Anschauung, daß wir bis zum Siege durchhalten müssen, haben ja die meisten von Ihnen. (Dr. Südekum: Wollen Sie eine Niederlage?) Es gibt einen dritten Weg, die Verständigung unter den Völkern, bei der keines eine Niederlage erleidet. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Die Kreditbewilligung ist nur ein Glied in der Gesamtpolitik der Regierung; wenn die Gesamtpolitik der Regierung später den Genossen in einem völlig anderen Lichte erschien, als am 4. August, so mußten sie konsequent Stellung nehmen und Nein sagen. Was will der Kanzler? Harnack hat es ausgesprochen: Vortragen der Grenzen im Osten und reale Garantien im Westen. Der Kanzler kann sich nicht, wie Scheidemann will, entschiedener gegen Annexionen aussprechen, einmal weil er dieser Auffassung nicht ist, und dann, weil er es sich nicht mit den bürgerlichen Parteien verderben will, auf die er sich stützt, nicht auf Scheidemann und seine Anhänger. Der Schaefersche Ausschuß bekennt sich in seinem letzten Aufruf bis zu einem gewissen Grade zu den Anschauungen des Kanzlers. Ist es keine Annexion, wenn Belgiens staatliche Selbständigkeit beseitigt würde? Die Gegnerschaft zwischen dem Kanzler und den realen Zielen der Alldeutschen ist keine unbedingte. — Ueber unser Verhältnis zu Frankreich und England haben wir vor dem Kriege im Reichstage ganz zweifelsfrei gesprochen, heute aber fehlt der Parteimehrheit jede selbständige Orientierung. Einmal ist Rußland, einmal England schuld am Kriege. Es ist schwer nachzuprüfen, ob damals am 4. August die Parteigenossen im Lande wirklich eine andere Abstimmung nicht verstanden hätten, aber es ist doch Aufgabe der Führer einer Partei, sich in kritischen Zeiten nicht vom Strome fortreiben zu lassen. Die Befreiung vom Zarismus kann sich nur das russische Volk selbst erkämpfen. (Zurufe: Sie wollen uns die Freiheit mit russischen Kanonen bringen!) Nein, wir sagen auch den Franzosen, das ist unsere Sache und nicht ihre. (Sehr wahr! bei der Opposition.) Merkwürdig, daß eine große Partei ihr ganzes Vertrauen stützt auf einen einzelnen Mann. (Scheidemann: Fällt ihr ja gar nicht ein!) Würden Sie einem andern Kanzler denn die Kredite bewilligen? (Zuruf: Wir bewilligen sie doch nicht Bethmann!) Also dem Lande (David: Seiner Verteidigung!), dann mußten Sie auch in Friedenszeiten allemal die Mittel für Landesverteidigung bewilligen. (Sehr gut! bei der Opposition.) Militärforderungen wurden immer mit der Möglichkeit eines baldigen Krieges begründet; zum Militärsystem konnten Sie sich kritisch verhalten, aber konsequenterweise konnten Sie dann dem Lande nicht die Mittel zur Verteidigung verweigern. (Lebhafte Zustimmung bei der Opposition.) David gibt diese Konsequenz zu. Scheidemann gibt zwar das Vertrauen zum Reichskanzler auf, aber andere Genossen erklären es als unsere wichtigste Aufgabe, den Reichskanzler zu stützen, denn nur mit ihm werde die Neuorientierung gemacht. Am 17. Mai 1912 hat Scheidemann im Reichstage dem Reichskanzler schärfsten Kampf angesagt. Was hat sich denn inzwischen abgespielt? (Zuruf: Nichts weiter als der Krieg um die Existenz des deutschen Volkes!) Wenn ein Krieg kommt, haben wir dann alles auszulöschen, was wir bisher gesagt und müssen wir verbrennen, was wir geschrieben haben? Sobald ein Krieg ausgebrochen ist, müßten Sie jede Regierung unterstützen, auch wenn sie den Krieg verschuldet hat. Wenn eine militärische Defensive den Eroberungscharakter eines Krieges ausschließt, dann müßte Scheidemann den italienischen und rumänischen Genossen sagen, in dem Augenblick, wo ihr Land bedroht wird, sollen sie die ruchlose Politik ihrer Regierung unterstützen! (Zustimmung bei der Opposition.) Die Erklärung vom 4. August verwirft jeden Eroberungskrieg; entweder Sie unterstützen eine Regierung auch in einem Eroberungskrieg, weil das Land auch da in die Defensive gedrängt werden kann, oder aber Sie lehnen die Unterstützung in dem Augenblick ab, wo der Krieg zu einem Eroberungskrieg sich entwickelt. Ein Land unter fremde Gewalt bringen wollen, bedeutet eine Eroberung allerschlimmster Art, viel schlimmer, als wenn man an der Grenze einen kleinen Kreis abnimmt. Leider haben wir am 4. August 1914 versäumt, über Belgien zu sprechen, es hat Mühe gemacht, am 2. Dezember wenigstens zu sagen, daß wir von dem Standpunkt, den der Reichskanzler am 4. August gegenüber Belgien und Luxemburg eingenommen hat, nicht abgehen. Diese wichtige Tatsache, die uns nach außen, wenn auch verspätet, rechtfertigt, fehlt in Davids Buch. (David: Weil darin ganz Belgien fehlt, worüber noch viel mehr zu sagen ist.) Die Erklärungen vom 4. August und 2. Dezember sind wörtlich darin wiedergegeben, weggelassen ist nur der Satz über Belgien und Luxemburg. (Hört! hört! bei der Opposition.) Und das ist das Buch des Parteivorstandes, dessen Fahnenabzüge wir allerdings nicht wie sonst vorgelegt wurden.

Der Redner bespricht den Einmarsch in Belgien und die amtlichen deutschen Veröffentlichungen über eine „Uebereinkunft" zwischen Belgien und England. Die Internationale erwartet, daß die Sozialdemokratie Unrecht bekämpft; handeln wir anders, dann verlängern wir den Krieg. — Die Depesche des Zaren an den deutschen Kaiser, die österreichisch-serbische Streitfrage dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten, ist erst Monate später veröffentlicht worden, nachdem sie im ganzen neutralen Ausland längst bekannt war und gegen uns gewirkt hatte.

Wenn die französischen Sozialisten gleichfalls kämpfen wollen, bis das Ziel der Sicherung erreicht ist, dann können die Franzosen ja nicht Frieden schließen, solange der Feind im Lande ist. Bei einer solchen Parole auf deutscher Seite mußten alle Versuche, mit den Franzosen zu beraten, scheitern. Unsere Haltung gegenüber den Bruderparteien enthielt auch manchen Fehler. (Zuruf: Und die anderen?) Seien wir doch nicht selbstgerecht, zu den anderen komme ich noch. Es ist nicht richtig, daß die französischen Sozialisten von uns landesverräterische Handlungen gefordert hätten. Die Uebersetzung des Manifestes des französischen Nationalrats durch die verhetzende „I. K." ist falsch, die der „Leipziger Volkszeitung" ist richtig. Gewiß darf die elsaß-lothringische Frage für die Franzosen kein Anlaß sein, dieses grauenvolle Gemetzel bis zum Weißbluten fortzusetzen. Elsaß-Lothringen soll als autonomer Freistaat im Deutschen Reiche bleiben. Im Parteivorstandsaufruf ist fett gedruckt, daß unsere Regierung friedensbereit sei, die andern aber nicht. Auch die Regierungen Frankreichs und Englands wollen auf Grund der Kriegskarte Frieden schließen. Auch Grey hat Friedensbedingungen ausgesprochen und am 16. Mai d. J. erklärt, daß England die Tollheit einer Zerschmetterung Deutschlands nicht wolle. (David: Und Asquith?) Asquith hat sich am 10. April ähnlich ausgesprochen. Wir trauen allen Ministerreden nicht. Auch Sasonow hat die Behauptung als sinnlos erklärt, Deutschlands Gegner wollten das deutsche Volk vernichten. Auch Briand will den Sieg seines Landes, ohne direkt Eroberungen zu verlangen.

Bei unseren Gegnern hängt alles an England. Wenn man sagt, man müsse England durch Verschärfung des Seekriegs zum Frieden geneigt machen, so würde das nur den Krieg verlängern. Wir können uns nicht Amerika auf den Hals hetzen, wir stehen auch nicht so, daß wir va banque zu spielen brauchten. Für uns handelt es sich nicht darum, den anderen auf die Knie zu zwingen, wir wollen das Elend der Niederlage auch nicht für die Arbeiter der anderen Länder; darum Verständigung. Dafür sind auf dem letzten französischen Nationalrat 1000 von 2400 Stimmen abgegeben worden, und zwar infolge unserer Haltung. Das allein rechtfertigt das selbständige Vorgehen der Arbeitsgemeinschaft. Bei so gewaltigen Fragen sollte man nicht von Disziplin oder Nichtdisziplin sprechen. Wir handeln nach den Parteitagsbeschlüssen, über die sich keine Parlamentsfraktion und kein Kollegium hinwegsetzen darf. 1908 hat der Parteitag der disziplinwidrigen Minderheit in Bayern recht gegeben. Man hat uns aus der Fraktion herausgedrängt; in einer Zeit, wo Reden Pflicht, Schweigen Verbrechen ist, sollten wir dasitzen wie stumme Hunde. (Viele Zurufe.) Wir wollen nicht den Frieden um jeden Preis, ich rede nicht von der Stimmung vieler im Lande. Wir wollen unter keine fremde Gewalt kommen, weder den Despotismus, noch den englischen Imperialismus unterstützen, wir wollen aber, daß um keinen Preis dieser Krieg fortgesetzt werde. Dadurch, daß Sie diese Politik der bürgerlichen Klassen unterstützen, sind Sie mitverantwortlich dafür. (Stürmisches Händeklatschen bei einem Teil der Versammlung.) Der Friede ist nur zu erreichen, wenn mit aller Rücksichtslosigkeit diejenigen bekämpft werden, die dem sozialistischen Frieden, dem Frieden der Verständigung sich in den Weg stellen. Der Hebel ist bei England anzusetzen; Minister Cecil hat kürzlich erklärt, daß an England niemals etwas anderes an Friedensangeboten herangetreten ist, als was in den Kanzlerreden enthalten war. England würde es nicht sehr freudig sehen, wenn Rußland von Konstantinopel Besitz ergriffe; die Englandhetze aber verschlechtert die Friedensaussichten. Friedensverhandlungen mit England widersetzen sich die Imperialisten.

Wir treten ein und sind eingetreten für die Einigkeit in der Partei, die durch die von mir gerügten Handlungen aufs äußerste gefährdet ist. Nicht wenige im Lande und an der Front erklären, wegen der Haltung der Fraktionsmehrheit nicht mehr mit der Partei zusammenarbeiten zu können. (Lebhafter Widerspruch.) Eine Masse von Briefen beweist das. (Zurufe: Unsere Briefe beweisen das Gegenteil.) Für diese Genossen ist es überaus wichtig gewesen, daß die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft die gewohnten sozialdemokratischen Anschauungen vertritt. Wir haben diese Genossen der Partei erhalten, die Einigkeit ist aber nur möglich, wenn Toleranz geübt wird. Fahren Sie nicht auf dem Weg der Unterdrückung fort! Vielleicht erleben wir bald eine Wendung im Seekrieg, die die Partei vor eine wichtige Entscheidung stellt. Wenn dafür Kredite gefordert werden, für eine kriegsverlängernde Politik, sollen wir auch dafür stimmen? Durch eine andere Politik hätten wir die Internationale leichter auf unsere Seite bekommen, wir wären der Verständigung der Völker näher, wir könnten das Ende des Krieges beschleunigen, wie das die Kommunekämpfer von 1870 getan haben. (Henke: Und das ist im Sinne unseres Programms!) In der Steuerfrage lehnen wir alle Mittel zum Kriege ab, ganz gleich, woher sie genommen werden. Eine geschlossene Opposition besteht nicht. Wir werden getrennt marschieren, aber den gemeinsamen Gegner vereint schlagen, und darauf kommt es uns heute mehr an. (Aha! und Heiterkeit bei der Mehrheit.) Wir haben abzurechnen mit dem Parteivorstand. Mit den Sozialimperialisten Kolb, Lensch, Cohen, Heine, Heilmann usw. setzen wir uns hier nicht auseinander, denn daß diese Leute nicht auf dem Boden des Parteiprogramms stehen, ist allen Leuten klar. (Sehr richtig! bei der Minderheit.) Zwischen ihnen und uns gibt es keinen gemeinsamen Boden. (Ledebour: Mit uns auch nicht!) Diese Leute sind innerhalb des Tempels der sozialistischen Ideen

Tempelschänder. (Vorsitzender Ebert rügt diese Ausführungen.) Ernste Vorbedingung für die Wiederanknüpfung für internationale Beziehungen ist die Abkehr von der Politik des 4. August. Die Einheit der Partei beruht auf der Einheit des Grundsatzes. Wenn Parteivorstand und Fraktion dies Fundament durch ihre Kriegspolitik untergraben, dann muß die Organisation der Auflösung und Zerrüttung anheimfallen. Man wirft uns die Zerrüttung der Partei durch Spaltung vor. Ach, diese Arbeit hat der Parteivorstand bereits so gründlich besorgt, daß uns zu tun so gut wie gar nichts übrig bleibt. Der Parteivorstand und die Generalkommission bedienen sich in ihrem bekannten Flugblatt und in anderen Veröffentlichungen direkt des Belagerungszustandes zur Unterdrückung der ihnen unbequemen Kreise in der Partei. (Unruhe.) Mit dem Wort Disziplin dürfen doch Leute nicht mehr operieren, die dem Parteiprogramm und den Parteitagsbeschlüssen jeden Tag ins Gesicht schlagen. Diesem Parteivorstand gegenüber wäre Disziplin ein Verbrechen. Wir wollen eine Internationale schaffen, die imstande ist, die Wiederholung solcher entsetzlichen Kriege für alle Zeiten zu verhindern.

Wir wollen die Einheit der Partei, aber einer Partei, die weder Imperialismus, Kolonial- und Schutzzollpolitik fördert noch den Klassenkampf abschwächt. Wir wollen eine Einheit der Partei, aber auf dem festen granitenen Boden des sozialdemokratischen Programms; wir wollen sie als internationale Sozialisten! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Opposition.)

Darauf tritt die Mittagspause ein.

In der

Nachmittagssitzung

spricht zunächst als Vertreterin der Gruppe Internationale

Käte Duncker: Wir stehen nicht nur im schroffsten Gegensatz zu der Politik der Mehrheit, sondern verhalten uns auch kritisch gegenüber der Arbeitsgemeinschaft. Wir wollen die Internationale zu einem positiven Machtfaktor machen. Der internationale Gedanke muß das A und O unserer Erziehungsarbeit im Lande werden. Wir stellen die Ideologie des Internationalismus der Ideologie des Nationalismus gegenüber, vor dem die Partei am 4. August 1914 kapituliert hat. Aus dem imperialistischen Charakter des Krieges ergibt sich unsere Stellung zur Landesverteidigung. Jeder Krieg wird mit dem Geschrei eröffnet, daß das Vaterland in Gefahr ist. Zwischen den großen imperialistischen Staaten gibt es aber überhaupt keine Verteidigungskriege mehr. Ihre Kriege sind immer Eroberungskriege. Darum können wir unsere Stellung zum Krieg nicht abhängig machen von der jeweiligen Kriegslage, wie es die Arbeitsgemeinschaft getan hat. Der Ausdruck „Vaterlandsverteidigungsnihilismus", den ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft uns gegenüber gebraucht hat, ist durchaus unzutreffend. Wir stehen nur auf dem Boden der Stuttgarter Resolution, die es uns zur Aufgabe macht, mit allen Mitteln auf die schnelle Beendigung des Krieges hinzuarbeiten und die durch ihn herbeigeführte Krisis auszunutzen, um die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu beschleunigen. Soweit Sozialisten innerhalb ihres Landes zur Macht gelangen, werden sie diese Machtposition auch gegen äußere Feinde zu verteidigen haben.

In der nun folgenden Aussprache über die Referate nimmt zunächst das Wort

Sänger-München: In den 20 Monaten, die ich als Krankenpfleger draußen im Felde war, hat mich und die zahlreichen Parteigenossen draußen am meisten die Kunde bewegt, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich gespalten hat. Das Urteil über diesen Schritt war durchaus einheitlich, wir haben uns alle nur gefragt, wie kamen Sie dazu, früher die Kredite zu bewilligen, wenn Sie sie jetzt verweigern wollen, in einer Stunde, die nicht weniger gefahrvoll ist als die frühere. Wenn jemals die Kredite zu bewilligen waren, dann im jetzigen Augenblick. Der Reichskanzler hat nicht die Annexion Belgiens, sondern Garantien dafür gefordert, daß Belgien nicht englisch-französischer Vasallenstaat und nicht Bollwerk gegen Deutschland wird. Darin stimme ich dem Reichskanzler vollkommen zu. (Lebhaftes Hört! hört! bei der Opposition, Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Ich bedanke mich dafür, englischer Helot oder Mitglied der französischen Bourgeoisierepublik zu werden. (Sehr gut!) Ich frage Sie von der Minderheit, ob wir, wenn wir jetzt wieder ins Feld gehen, draußen weiter unsere Pflicht tun sollen. (Ledebour: Selbstverständlich!). Aber Sie lassen uns im Dreck sitzen! (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit, Lachen bei der Opposition.) Wie können Sie Soldaten ins Feld hinausschicken, die in täglicher Gefahr für ihr Leben stehen, ohne ihnen das zu bewilligen, was sie nötig haben für den persönlichen Schutz und für die Verteidigung des Vaterlandes. Warum steht draußen jeder seinen Mann trotz des persönlichen Unwillens und Geschimpfes, weil jeder weiß, daß es sich um nichts anderes handelt, als um die Verteidigung des Vaterlandes, das nach meiner persönlichen Ueberzeugung trotz allem wert ist, daß es verteidigt wird. (Lebhafte Zustimmung.) Mehr noch als die Kunde von der Ablehnung der Kriegskredite hat mich draußen die Nachricht empört, daß die Minderheit der sozialdemokratischen Fraktion sitzen geblieben ist bei der Ehrung der toten Helden der Nordseeschlacht am Skagerak. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit. — Rufe bei der Opposition: Ist nicht wahr!)

Laukant-Berlin: Die Mehrheit ist geradezu zum Schleppenträger des Kapitalismus geworden. Daß Flugblätter anonym erscheinen, ist auch dadurch bedingt, daß jeder, der die Regierungspolitik unter seinem Namen angreift, sofort verhaftet wird. Der Sympathiestreik am Tage der Aburteilung Liebknechts ist ganz spontan und ohne jede Beeinflussung von irgendeiner Seite in der Arbeiterschaft entstanden.

Vors. Ebert: Es ist folgende Resolution von Dr. David und Genossen zur Friedensfrage eingegangen. (Der Wortlaut der Resolution ist bereits in der Sonntagsnummer des „Vorwärts" mitgeteilt worden. Die Red. d. „Vorw.".)

Es folgt eine längere Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob David als Einbringer dieser Resolution, also eines selbständigen Antrages, Anspruch auf Verdoppelung der Redezeit hat. Im Laufe dieser Debatte erklärt

Dr. Braun-Nürnberg, daß nach der allgemeinen Meinung in der Partei die Reichskonferenz keine Beschlüsse fassen solle und würde. (Sehr richtig! bei der Opposition.)

Vors. Ebert: Diese Auffassung ist unrichtig. Der Parteiausschuß hat nur beschlossen, und so habe ich auch bei Eröffnung der Konferenz widerspruchslos deklariert, daß diese Konferenz nur keine solche bindenden Beschlüsse fassen soll, die in die Kompetenz der Parteitage eingreifen. (Große Unruhe bei der Minderheit.) David verzichtet auf Verlängerung seiner Redezeit.

Lipinski-Leipzig protestiert nunmehr dagegen, daß überhaupt Anträge mit Richtlinien für die Partei auf dieser Konferenz zur Debatte gestellt werden. (Beifall bei der Opposition.)

Vors. Ebert: Ich erblicke in solchen Anträgen lediglich das Bestreben, die Meinung der Konferenz zum Ausdruck zu bringen; dazu kommen wir doch zusammen! Die Sache ist erledigt, wir fahren in der Debatte fort.

Dr. David: Haase erwidere ich, daß es prinzipiell weder geboten noch verboten ist, Kriegskredite zu bewilligen. Wie war die Situation am 4. August? Von West und Ost begannen sich die Millionenheere in Bewegung zu setzen, die sich auf deutschem Boden treffen wollten. Da sollte es sich nur um eine parlamentarische Vertrauensfrage für die Regierung handeln? Wir hatten alles zu tun, um unser Volk vor der schrecklichen Gefahr zu schützen, das war eine große allgemein-politische Frage. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Kautsky erklärte: Nachdem der Krieg einmal da war, war die Frage für die Sozialisten der einzelnen Länder nicht, wie der Krieg zu beenden ist, sondern wie eine Niederlage abzuwenden war. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Ob man da mit Ja oder Nein stimmt, läßt sich allein aus der Frage ableiten, wie man sich einer Niederlage des eigenen Volkes gegenüberstellt. Man kann nicht sagen, die Soldaten mögen das Land verteidigen, aber wir lehnen ab, was sie dazu brauchen. (Zuruf: Wie immer!) Die Frage war nicht, wie stellst Du Dich zur Regierung — nein, da war die Frage: Wie stellst Du Dich zu Deinem Volke? (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.) In einer solchen Katastrophe konnten wir uns gar nicht anders entscheiden. (Zuruf: Oder wir waren erledigt!) Konsequent und verständlich erscheint mir die Haltung der Spartacus-Gruppe; sie leugnet die Pflicht der Landesverteidigung, das Proletariat hat kein Vaterland, die Niederlage ist ihr gleichgültig, weil es ihr eben gleichgültig ist, wenn das „Raubschiff", auf dem wir sitzen, in Grund geschossen wird. Natürlich gehen wir dann alle unter, aber das geht uns nichts an. (Heiterkeit.) Von diesem Standpunkt aus kann man die Verantwortung für eine Niederlage ablehnen, das ist klar. (Zuruf: Wenn auch Wahnsinn!) Jawohl, Wahnsinn vom Standpunkt einer Partei, die die Interessen des Volkes vertreten will. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Also dieser Standpunkt ist begreiflich bei Sektierern mit Bakuinschen Gedanken. Aber wie man vom Standpunkt Haases so etwas sagen kann, das kann kein gesunddenkender Mensch begreifen. (Widerspruch bei der Opposition.) Haase ist angeblich gegen alle Annexionen, aber er ist nicht gegen Annexionen seitens anderer Länder uns gegenüber. (Haase: Unerhört! Wo habe ich das gesagt?) Wir haben in der Fraktion Eroberungsabsichten Frankreichs auf Elsaß-Lothringen zurückgewiesen. Einige Abgeordnete haben dagegen gestimmt, also dagegen, daß für die deutsche Sozialdemokratie die elsaß-lothringische Frage nur eine innere deutsche Frage ist, daß sie unter keinen Umständen als internationale Frage gelten darf. Unter der Unversehrtheit des Reiches verstehen wir selbstverständlich auch, daß wir keinen Frieden akzeptieren, der die Grenzen nach Deutschland hinein einengt. (Ledebour: Sehr richtig!) Die andern lehnen aber jede positive Sicherung für Deutschland ab. Wer glaubt, daß ein deutscher Reichskanzler sich auf solche Kriegsziele einlassen kann, ist nicht ernst zu nehmen. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Wenn die Partei am 4. August 1914 nach dem Rezept Haases verfahren und wenn die Niederlage über unser Land gekommen wäre, die Invasion mit all ihren furchtbaren Schrecken, und wenn man uns dann hätte sagen können, daß wir mitverantwortlich dafür seien, daß die Einheit des Volkes auseinandergerissen wurde in der Stunde der höchsten Not, daß die wirtschaftliche Basis für die stolze deutsche Arbeiterbewegung zertrümmert wurde, so hätten wir uns in Deutschland politisch unmöglich gemacht. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Mit Verachtung hätte man auf uns hingewiesen als die Mitschuldigen einer deutschen Niederlage. Deshalb sage ich: ein wahres Glück für das deutsche Volk und für die deutsche Sozialdemokratie, daß die Politik Haases und seiner Freunde nicht zum Siege gelangt ist. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Eduard Bernstein gibt zunächst eine Darstellung über die Entstehung des Krieges. Die Bewilligung der Kredite war ein politischer Akt und sie ist allgemein, wie die Erfahrung gezeigt hat, nicht bloß als Verteidigung, sondern als eine Billigung des Krieges aufgefaßt worden. Das war das Verhängnisvolle. Das vorliegende Manifest kann keine sozialistische Partei unterschreiben. Mit diesem Manifest kommen wir nicht dazu, irgendeine gemeinsame Aktion der Sozialisten aller Länder für den Frieden herzustellen, und das ist doch die wichtigste Aufgabe. Das Manifest bedeutet das Gegenteil, die Spaltung der Internationale. (Beifall bei einem Teil der Delegierten.)

Auer-München: Ich war der Ansicht, daß auf dieser Konferenz die Mehrheit und die Arbeitsgemeinschaft zusammengeführt werden könnten. Die Rede Haases hat mir gezeigt, daß das naiver Optimismus war. Ich werde herzlich froh sein, wenn erreicht wird, daß den streitenden Brüdern klar wird, welch ungeheurer Schaden durch die bisherige Art der Bekämpfung den Arbeitern zugefügt wird. (Sehr gut!) War die Politik vom 4. August damals richtig, so kann sie nicht später Parteiverrat sein. Die Beschlüsse von Kopenhagen und Stuttgart bestanden auch damals. Die militärische Lage ist heute eher kritischer als am 21. Dezember 1915, wo die 20 Genossen die Erklärung abgaben, in der es heißt: Unsere Landesgrenzen und unsere Unabhängigkeit sind gesichert. Die internationalen Beschlüsse hatten nur Sinn, wenn sie in allen Ländern durchgeführt wurden, und das war nicht durchzusetzen. Man sagt, die Kriegskredite müssen grundsätzlich abgelehnt werden und beruft sich auf Bebel. Aber auch Bebel hat sich 1870 nur der Stimme enthalten. Also mit der Grundsätzlichkeit hat es einen gewaltigen Haken. So wie bisher darf es mit den Streitigkeiten innerhalb der Partei nicht weitergehen. Zu irgendeinem Ende müssen wir kommen. Schließlich müssen wir die Arbeiter aufrufen, daß sie Ruhe schaffen, wenn es von oben her nicht möglich ist. (Beifall bei der Mehrheit.)

Kautsky-Berlin: Einig sind wir alle in der Friedenssehnsucht. Aber zur Herbeiführung des Friedens gibt es einmal den militärischen Weg, der die Streitkräfte des Gegners vernichten und ferner den international sozialistischen Weg, der die Friedenskräfte in allen Nationen stärken und zusammenführen will. Der militaristische Weg führt heute nicht zum Frieden, sondern immer weiter in die Sackgasse hinein, also ist heute der internationalsozialistische Weg der einzige, der zum Frieden führen wird. Dazu ist notwendig, daß uns die Genossen kräftig unterstützen, aber die Resolution Davids ist das schlimmste Hindernis auf diesem Wege, und seine Rede zu diesem Manifest ist die offene Gutheißung des militaristischen Weges. David meint, im Kriege müssen wir unter allen Umständen hinter der Regierung stehen und alle Mittel bewilligen. (Ledebour: Das sagt Westarp auch!) Auf Bebel darf sich David nicht berufen. Der hat 1870 die Kredite nicht bewilligt. Ueber Davids Resolution läßt sich gar nicht diskutieren. Er kann seine Meinung über die Ursachen des Krieges verbreiten, während ich an der Veröffentlichung meiner gegenteiligen Meinung in dieser Zeit gehindert bin. Noch heute ist der Friede möglich. England und das englische Proletariat sind sofort dazu bereit (stürmische Unterbrechungen), wenn wir erklären, daß wir keine Annexionen wollen, daß wir Belgien wieder herstellen, und zwar nicht als einen Vasallenstaat, wenn drittens die Wiederherstellung Serbiens ausgesprochen wird, wenn viertens Deutschland internationale Schiedsgerichte anerkennt, und wenn es fünftens bereit ist, sich mit England über die Rüstungen zu verständigen. (Zuruf: Und sechstens alle Kosten zu bezahlen.) Wenn die deutsche Regierung erklärt, sie erkennt diese Forderungen an, dann haben wir den Frieden. (Zuruf: Woher wissen Sie das?) Dann wird die Friedensstimmung in Frankreich und in England so groß, daß die Regierungen Frieden schließen müssen. Wer aber diese Forderungen ablehnt, ist für die Verlängerung des Krieges. (Langanhaltender Beifall bei der Minderheit.)

Cohen-Reuß: Wenn man die Gründe des Krieges feststellen will, dann darf man nicht, wie es Haase, Bernstein und Kautsky getan haben, sich nur auf die Weißbücher stützen. Kautsky selbst hat mich dahin belehrt, daß es nach marxistischer Auffassung falsch ist, bei einem historischen Geschehnis die wirklichen Gründe in dem äußeren Anlaß zu suchen. Die wirklichen Gründe für diesen Krieg waren die tiefen Gegensätze zwischen England und Deutschland. Wenn die deutsche Regierung imperialistische Machtgelüste hätte, dann hätte sie doch mit diesem Krieg nicht gewartet, bis die Gegner am stärksten waren, sondern sie hätte zugeschlagen in einer Zeit, wo die Gelegenheit viel besser war und wo England selbst einen Krieg gegen das geschwächte Rußland empfahl. Wie kann Bernstein in der „Neuen Zeit" den blühenden Unsinn schreiben, daß die deutschfeindlichen Tendenzen Englands neuen Datums sind, und daß kein Volk so schwer in den Krieg gegangen sei wie England. (Heiterkeit.) Er muß doch wissen, daß schon in der Chamberlainschen Periode die englische öffentliche Meinung für ein Bündnis mit Deutschland nicht zu haben war, weil es in ihm den gefährlichsten Konkurrenten sah. Wenn Kautsky hier sagt, die englischen Arbeiter würden für den Frieden sein, so hat er wohl vergessen, daß Thorne noch vor kurzem gesagt hat, die englischen Arbeiter würden der Regierung die Gefolgschaft verweigern, wenn sie jetzt für den Frieden wäre. Kautsky selbst hat am 27. November 1914 in der „Neuen Zeit" geschrieben: Bei einem Kriege stehe zwar kein Interesse des Proletariats direkt auf dem Spiel, aber die Bedingungen seiner Entwicklung könnten doch durch den Sieg der eigenen Regierung gefördert werden. Darum müsse das Proletariat Partei ergreifen und es werde durch den Krieg in die unangenehme Situation gebracht, derselben Regierung die Mittel zur Kriegsführung zu bewilligen, der man im Frieden jeden Mann und jeden Groschen verweigert. (Laute Hört-Hört-rufe und Bewegung.) Kautsky hat ferner in der „Neuen Zeit" von der japanischen Sozialdemokratie geschrieben, sie habe im russisch-japanischen Krieg durch die Bekämpfung ihrer Regierung zwar den Frieden fördern wollen, tatsächlich aber dem Zarismus genutzt. (Lebhaftes Hört! hört! bei der Mehrheit und Zuruf: Soll das nur für Japan gelten?) Auf Bebel darf sich Kautsky auch nicht berufen, der hat 1886 unter dem Sozialistengesetz ganz entschieden den Standpunkt durch Reden und von ihm eingebrachte Resolutionen vertreten, daß jede Erweiterung der Machtfülle Rußlands auf dem Balkan als eine schwere Schädigung der Interessen Deutschlands und der gesamten westeuropäischen Kulturentwicklung bekämpft werden müsse. Sollte Rußland Serbien als Sprungbrett dazu benutzen wollen, dann müßten wir uns mit Oesterreich solidarisch erklären. (Hört! hört! bei der Mehrheit.) Denselben Standpunkt hat auch Engels eingenommen, der in Oesterreich die Schutzmacht gegen den Zarismus erblickte. Wenn Kautsky meint, die deutsche Regierung könne den Frieden bekommen so wie sie auf Annexionen verzichtet, so ist er sehr im Irrtum. Auf eine solche Erklärung pfeift England. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Frau Zietz: Als 1849 Gottfried Kinkel seine wenig mutvolle, aber um so denunziatorischere Verteidigungsrede vor dem Rastadter Kriegsgericht gehalten hatte, schrieb Karl Marx in der „Neuen Rheinischen Revue": „Die deutsche sogenannte revolutionäre Partei ist so schlapp, daß Dinge, die in England und Frankreich einen allgemeinen Sturm heraufbeschwören würden, in Deutschland vorübergehen, ohne daß man sich darüber wundert." An diesen Ausspruch wurde ich in den letzten zwei Jahren sehr oft erinnert, so auch bei der Beurteilung des Einmarsches in Belgien durch manche Parteigenossen, ebenso als die Forderungen der sechs Wirtschaftsverbände veröffentlicht wurden (Molkenbuhr: Veröffentlicht?), als sie bekannt wurden. Ein Jahr lang hat die Opposition vergeblich den Kampf gegen die Annexionisten verlangt. Das hat mit zur Hinausschiebung der Friedensmöglichkeit beigetragen. Hätte die Fraktion die Kredite abgelehnt und die Reichstagstribüne benutzt, um ihren Standpunkt dem Volke klarzumachen, dann ständen wir ganz anders da. (Sehr richtig! bei der Opposition. — Zuruf: Wir ständen überhaupt nicht da!) Die Partei hätte an Einfluß gegenüber der Regierung, innerhalb Deutschland und innerhalb der Internationale gewonnen. Dann hätte die Unsicherheit darüber, welchen Gebrauch wir von unserer Macht machen, uns Einfluß gegeben. (Heiterkeit bei der Mehrheit), die Parteiverdrossenheit und Indifferenz wäre nicht eingetreten und unsere Agitation nicht lahmgelegt. Erklären wir immer wieder, alles in den Dienst der Vaterlandsverteidigung zu stellen, dann braucht man auf uns keine Rücksicht zu nehmen. Das goldene Vertrauen der Massen werden wir nur wieder gewinnen, wenn wir wieder unsere alte Politik treiben; das wird auch das beste für die Herbeiführung des Friedens sein. (Beifall bei der Opposition. — Lachen bei der Mehrheit.)

Legien: Hätten wir am 4. August eine andere Taktik eingeschlagen, dann brauchten wir uns heute gar nicht darüber auseinanderzusetzen, ob es in der Partei Annexionisten gibt oder nicht. Auf eine Provokation von mir hat Haase im Reichstag kurz erklärt, wir könnten uns mit einer Aenderung des Vereinsgesetzes begnügen, die den Gewerkschaften genüge. Danach beurteile man seine heutigen Ausführungen darüber! Ebenso unrichtig ist die Darstellung, daß die Fraktion niemals die Seitensprünge von Heine, Peus und anderen verurteilt habe; sie hat sich damit ebenso wenig beschäftigt, wie mit Schriften von Ledebour und Haase, als aber die Disziplin über Bord geworfen wurde, mußte sie Stellung nehmen. Haase und seine Freunde fordern ja auch die organisierte Arbeiterschaft auf, disziplinlos zu handeln. (Widerspruch bei der Opposition) und das ist das Schlimmste. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Haase hat die wilden Streiks gutgeheißen (Haase widerspricht), er hat sich doch gegen den Warnungsaufruf gewendet! (Zuruf: Das ist ganz was anderes!) Parteivorstand und Generalkommission bekleiden die höchsten Vertrauensämter und mußten deshalb vor solchen dunklen Existenzen, den anonymen Flugblattverbreitern, warnen. Haase hat uns nicht gesagt, welche Taktik er eigentlich will. „Mobilisiert" sind ja die Parteigenossen in ausreichendem Maße, in letzter Stunde wurden sie es noch für Friedensdemonstrationen. Ausländische Genossen haben von uns den Massenstreik im Kriegsfall erwartet — in einem Lande, wo ein Drittel der dafür in Frage kommenden Männer eingezogen und ein weiteres Drittel arbeitslos wird! Parteivorstand und Generalkommission mußten versuchen, die unfreiwillige Massenarbeitseinstellung durch den Krieg zu lindern. Uns steht die Arbeiterschaft viel zu nahe, als daß wir nicht alle Kraft dafür aufbieten würden. Eine Niederlage Deutschlands heißt auch eine Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung. (Zurufe der Opposition: Wie Bassermann! Wie Stresemann!) Die Arbeiterklasse verlöre am meisten, sie würde ihre selbstgeschaffene Arbeiterkultur verlieren, wie sie in keinem anderen Lande besteht. Auf dieser Grundlage wollen wir den Sozialismus erobern, indem wir die Arbeiterschaft auf ein höheres Kulturniveau heben. Das war unsere Politik im Frieden, wir treiben sie weiter und werden sie weiter treiben. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Walcher-Berlin VI: Die Arbeiter werden dem Vorredner zur gegebenen Zeit schon ihre Auffassung von den Aufrufen des Parteivorstandes und der Generalkommission sagen, Hunderttausende empfinden nur Verachtung dafür. (Zustimmung bei der Opposition.) Wir stellen uns auch nicht auf den billigen Gemeinplatz: Heiliger St. Florian, verschon mein Haus, zünd' andere an! (Sehr gut! bei der Opposition.)

Der Redner gibt dann eine Darstellung der Stuttgarter Parteiwirren vom Standpunkt der Opposition, über die der nächste Parteitag zu entscheiden haben werde, der vom Geist des Sozialismus erfüllt sein wird. Wir sind bereit und entschlossen, mit der Opposition und den auf schwierigem Posten für grundsätzliche sozialistische Klassenpolitik kämpfenden Stuttgarter Genossen eine Kampffront zu bilden. (Lebhafter Beifall bei der Opposition.)

Molkenbuhr: Die Minderheit stellt uns als reine Trottel oder geradezu Schufte hin — als ob wir keine Vergangenheit in der Parteibewegung aufs Spiel zu setzen hätten. Wir waren immer bestrebt, durch die Macht der Einigkeit Vorteile für die Arbeiterklasse zu erkämpfen. Die Pflicht der Landesverteidigung haben wir niemals abgelehnt. Die Vorwürfe der Antimilitaristen sind uns allerdings nichts Neues, speziell nicht in Berlin, hier ist s. Zt. auch Bebel und ebenso Liebknecht angegriffen worden, weil sie bei einer Militärdebatte 1890 die Pflicht der Vaterlandsverteidigung anerkannten. Unsere Abstimmung am 4. August war keine Abkehr, sondern eine Konsequenz unseres früheren Verhaltens. Bei Kautskys Friedensforderungen ist nichts davon gesagt, ob auch England herausgeben soll, was es besetzt hat, und ob Frankreich bereit sein soll, auf Elsaß-Lothringen zu verzichten, und welche Bedingungen der Zarismus stellt. Eine internationale Friedensbewegung kann nicht einheitlich allein in Deutschland durchgeführt werden.

Hoch-Hanau: Durch Beschlüsse werden wir ein einiges Handeln nicht herbeiführen. An den Abstimmungen vom 4. August und vom Dezember 1915 habe auch ich mich beteiligt, aber keiner von uns hat sich dadurch bis ans Ende festgelegt. Ich habe die Kredite bewilligt, damit unser eigenes Volk durch den Ansturm der feindlichen Heere nicht vergewaltigt wird. Aber die Gefahr der Vergewaltigung ist vorüber, und zwar für alle Völker, keine Gruppe wird die andere niederzwingen, und deshalb besteht jetzt die Gefahr der Verblutung aller Völker. Dieser Gefahr müssen wir entgegenwirken. — Wenn es nicht zur Spaltung gekommen wäre, so hätte mich das sehr gefreut. Aber die Opposition ist erklärlich und durch viele Handlungen des Vorstandes, die als schwere Ungerechtigkeit empfunden wurden, namentlich auch bei uns in Hanau, nimmt sie immer noch zu. Deshalb sollen wir keine unmöglichen Ziele verfolgen, sondern jedem seinen Willen lassen, bis uns die Verhältnisse wieder zusammenbringen. Diese Zeit sehe ich sehr nahe, denn die Verhältnisse spitzen

sich immer mehr zu. Nicht durch Beschlüsse werden wir Einigkeit herbeiführen, sondern durch einiges Handeln, wenn die Zeit dafür da ist.

Die Debatte wird vertagt, es folgen persönliche Bemerkungen.

Keil lehnt es ab, den Stuttgarter Streit breitzutreten und erklärt einige der Behauptungen Walchers für unrichtig; schon nach dreiwöchiger Kriegsdauer traten die Sprengungsabsichten der Stuttgarter Opposition zutage. (Unruhe bei der Opposition. — Stadthagen: Das ist erstens Blödsinn, zweitens keine persönliche Bemerkung.) Die von Walcher angekündigte Untersuchung fürchten wir nicht. Eine Frage ist es jedoch, ob sich überhaupt der Parteitag noch mit Beschwerden einer Gruppe befassen wird, die seit Jahren ihre Parteipflichten verweigert hat.

Kautsky: Gegen Cohens Auslegung meines Artikels sage ich, daß ich damals nicht unsere Stellung zum jetzigen Kriege, sondern rein theoretisch alle die Möglichkeiten untersucht habe, die das internationale Interesse des Proletariats in einem Kriege mit sich bringen kann. Ich habe allerdings gesagt, es kann eine Situation eintreten, in der das internationale Interesse des Proletariats gebietet, daß das Proletariat auch hinter einer bürgerlichen Regierung steht, aber ich habe nie eine allgemeine Verpflichtung dazu abgeleitet. Im jetzigen Krieg ist es die Pflicht der deutschen Sozialdemokratie, dem Beispiel der serbischen, russischen, italienischen und rumänischen Sozialdemokratie zu folgen und die Kriegskredite abzulehnen.

Walcher-Berlin: Sogar Ebert hat das Vorgehen des Landesvorstandes gegen die „Tagwacht"-Redaktion verurteilt. — Ebert: Die Kontrollkommission hat die Haltung des Parteivorstandes in dieser umfangreichen Angelegenheit vollauf gebilligt.

Heine: Die Fraktion hat seinerzeit die von Haase vorgebrachte Angelegenheit meiner Reichstagsrede mit 39 gegen 14 Stimmen als durch eine Erklärung von mir erledigt angesehen.

Cohen-Reuß hält Kautsky gegenüber seine Ausführungen aufrecht. —

Nach weiteren Auseinandersetzungen Kautsky-Cohen wird die Verhandlung auf Sonnabend, 9 Uhr, vertagt. — Schluß 7¼ Uhr.

*

Berichtigung.

In dem gestrigen Bericht sind in der Rede Eberts über die Tätigkeit des Parteivorstandes einige Irrtümer durch Schreibfehler hineingekommen, die wir berichtigen möchten. Es muß heißen: „Alle erfolgversprechenden Maßnahmen haben wir für den Kampf gegen den Kriegswucher eingesetzt und hierbei hat auch stets volle Uebereinstimmung in der Partei bestanden." (Nicht: „in der Presse".)

Ein anderer Satz muß lauten: „Allerdings haben wir auch früher bei der Internationale niemals Illusionen über unsere Macht zur Verhinderung des Krieges erweckt." (Bei der Wiedergabe war „niemals" ausgefallen.)

Schließlich muß ein weiterer Satz lauten: „Eine ähnliche Stellung wie die Mehrheit der französischen Partei nimmt die britische Arbeiterpartei ein." (Nicht: „der deutschen".)

* * *

Die namentlichen Abstimmungen auf der Reichskonferenz.

Die Abstimmung über den Antrag Haase und Genossen, die beantragten, „eine Beschlußfassung über sachliche Anträge ist abzulehnen", ergab die Ablehnung des Antrages mit 276 gegen 169 Stimmen.

Es stimmten mit	nein:	ja:
von den Delegierten	184	118
von der Reichstagsfraktion . . .	54	22
von der Arbeitsgemeinschaft . . .	—	18
vom Parteiausschuß	27	8
von der Kontrollkommission . . .	2	1
vom Parteivorstand	9	2
Zusammen	276	169

Die 6 Mitglieder des Parteivorstandes, die zugleich Reichstagsabgeordnete sind, sind beim Parteivorstand aufgeführt, nicht bei der Fraktion.

Von den 306 auf der Konferenz anwesenden Delegierten waren 4 bereits abgereist, als die namentlichen Abstimmungen stattfanden, ebenso ein Mitglied der Kontrollkommission und ein Abgeordneter.

Der Antrag Auer, der die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion billigte und das Sondervorgehen eines Teils der Fraktion, das zur Abspaltung von der Gesamtfraktion geführt hat, mißbilligte, wurde mit 219 gegen 2 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. (Der Genosse Proll erklärte zu Protokoll, daß er irrtümlich mit nein gestimmt hätte, sich vielmehr enthalten wollte.)

Unter den 219 Genossen, die für den Antrag gestimmt haben, waren 187 Delegierte, 27 Mitglieder des Parteiausschusses, 2 Mitglieder der Kontrollkommission und 3 Mitglieder des Parteivorstandes. Die 100 Abgeordneten, die an der ersten Abstimmung teilnahmen, haben bei dieser Abstimmung nicht mitgestimmt.

Aus Groß-Berlin.

Winterversorgung mit Kartoffeln.

Wer auf Grund der amtlichen Bekanntmachungen sich zur Wintervorsorgung mit Kartoffeln abgemeldet hat, kann vom 28. September bis 5. Oktober bei seiner Brotkommission die

Scheine für die angemeldeten Wintervorräte

in Empfang nehmen. Hierbei hat er die ihm inzwischen zugestellten Kartoffelkarten für die Zeit von Mitte Oktober 1916 bis Mitte April 1917 vorzulegen.

Für je 1½ Zentner bestellter Kartoffeln wird von der Brotkommission die rechte Hälfte einer Kartoffelkarte (Abschnitt 30 bis 46) abgetrennt und zurückbehalten werden. Die linke Hälfte, welche ausweislich des Aufdrucks zum Bezuge von Kartoffeln in der Zeit vom 16. Oktober bis 19. November 1916 und vom 19. März bis 15. April 1917 dient, ist sorgfältig aufzubewahren, da ein Ersatz für abhanden gekommene Karten grundsätzlich nicht gewährt wird.

Jeder Schein lautet über 1½ Zentner Kartoffeln und zerfällt in zwei Abschnitte, einen Bestellschein und einen Bezugsschein. Auf beiden Abschnitten hat der Empfänger seinen Namen und seine Wohnung zu vermerken.

Mit dem Schein geht der Verbraucher zu einem Kartoffelhändler, von dem er seinen Wintervorrat beziehen will. Diesem übergibt er den Bestellschein und der Händler hat dafür auf dem in der Hand des Verbrauchers verbleibenden Bezugsschein durch Namensunterschrift zu bescheinigen, daß er die Lieferung übernommen hat.

a) Ist der Händler ein Kleinhändler, so hat dieser nunmehr die empfangenen Bestellscheine, nachdem er sie mit seinem Namen und seiner Adresse versehen hat, seinem Kartoffellieferanten, einem Berliner Großhändler zu übergeben, der ihm dafür die Kartoffeln behufs Weitergabe an den Verbraucher zu liefern hat.

b) Ist der Händler ein Großhändler, so hat dieser auf Grund der ihm eingehändigten Bestellscheine unmittelbar an die Verbraucher zu liefern. Doch ist der Großhändler zur Belieferung eines Verbrauchers nur verpflichtet, wenn der bestellte Vorrat 9 Zentner und mehr beträgt.

Zu a) und b). Kleinhändler und Großhändler müssen sich nach Lieferung der Kartoffeln von dem Verbraucher zugleich mit der Bezahlung den Bezugsschein aushändigen lassen, zum Beweise dafür, daß sie die Winterbelieferung ausgeführt haben.

Der Preis der Kartoffeln darf bei Belieferung frei Keller des Verbrauchers in den Fällen a und b den Betrag von 4,75 M. für den Zentner nicht übersteigen.

c) Will jedoch ein Verbraucher für sich und seine Haushaltsangehörigen seinen Wintervorrat an Kartoffeln selbst vom Bahnhof, also vom Eisenbahnwagen abholen, so kann er die Kartoffeln unmittelbar vom Großhändler gegen Uebergabe von Bestell- und Bezugsschein zum Preise von 4,15 M. für den Zentner ab Eisenbahnwagen beziehen.

Jeder Verbraucher kann bei seinem Händler Wünsche wegen der Kartoffelsorten zum Ausdruck bringen. Es wird jedoch dem Händler nicht immer möglich sein, diese Wünsche zu befriedigen, da der Magistrat nicht in der Lage ist, in den Lieferungsgegenden bestimmte Sorten anzufordern. Immerhin werden voraussichtlich gewisse Wünsche, z. B. ob rote oder weiße Kartoffeln, auch seitens des Kleinhändlers befriedigt werden können, zumal ja die Anlieferung während der ganzen Zeit von Anfang Oktober bis Mitte November stattfindet.

Da die Kartoffeln erst zum Verbrauch in der Zeit vom 20. November bis 18. März bestimmt sind, wird die Bevölkerung darauf hingewiesen, daß nun nicht etwa bereits Anfang Oktober insgesamt Befriedigung verlangt werden darf. Mit Rücksicht auf die große Zahl der Anmeldungen kann natürlich die Anlieferung erst allmählich erfolgen. Es wird nach Möglichkeit dafür Sorge getragen werden, daß jeder, der rechtzeitig seinen Wintervorrat angemeldet hat, bis zum 20. November seine Kartoffeln auch erhält.

Groß- und Kleinhändler sind wiederholt angewiesen worden, nur die haltbarsten Kartoffeln als Wintervorrat abzugeben. Es muß jedoch jeder Verbraucher auch selbst darauf achten, daß ihm gesunde Kartoffeln geliefert werden. Nach Empfang der Kartoffeln erfordert es nicht nur das eigene Interesse jedes Verbrauchers, sondern auch das Interesse der Allgemeinheit, fortdauernd darauf zu achten, daß die Kartoffeln nicht verderben, sondern sachgemäß aufbewahrt und dauernd beobachtet werden. Eine Nachlieferung kann in keinem Falle erfolgen.

Bei Ausgabe der Scheine in der Brotkommission erhält jeder Haushalt ein von der Reichskartoffelstelle herausgegebenes Merkblatt, daß die wichtigsten Hinweise für die Einlagerung der Kartoffeln im Haushalt enthält.

Die neu festgesetzten Fleischpreise.

Der Magistrat veröffentlicht heute die Verordnungen über die neuen Kleinhandelspreise für frisches (rohes) Rindfleisch und für Kalbfleisch. Danach darf der Preis bester Ware für Rindfleisch in Berlin bei Abgabe an den Verbraucher nicht übersteigen: Für Lende 3,30 M., für Roastbeef mit eingewachsenem Knochen 2,80 M., für Schmorfleisch ohne eingewachsene Knochen und ohne Knochenbeilage (Keule und Bug) 3,00 M., für die übrigen Teile (eingewachsene Knochen und Knochenbeilage dürfen nicht mehr als ein Fünftel des Gesamtgewichts ausmachen) 2,40 M., für Knochen 0,50 M., für Gehacktes 2,50 M.

Bei Kalbfleisch betragen diese Preise für Fleisch von jungen und älteren Saugkälbern und Mastkälbern über 60 Pfd. Schlachtgewicht und zwar für Rücken und Keule mit Haxe, Brustspitze ohne Hals, ohne Nachbrust und ohne Dünnung 2,30 M., die übrigen Teile 1,90 M., schieres Kalbfleisch ohne Knochen, auch Schnitzel 3,00 M., für Fleisch von nüchternen Kälbern bis 60 Pfd. Schlachtgewicht und zwar für Rücken und Keule mit Haxe 1,50 M., die übrigen Teile 1,30 M.

Diese neuen ermäßigten Kleinhandelspreise gelten bereits vom Mittwoch, den 27. d. M., ab.

Süßwasserfische im Kleinverkauf.

Die tägliche Erfahrung hat gezeigt, daß bei Einhaltung derjenigen Höchstpreise für Süßwasserfische, die durch das Kriegsernährungsamt vorgeschrieben sind, die Zufuhr an Süßwasserfischen nach Berlin fast gänzlich ausgeblieben ist. Der Magistrat hat deshalb auf seinen Antrag die Ermächtigung erhalten, höhere Groß- und Kleinhandelspreise für Süßwasserfische für Berlin festzusetzen. Danach betragen die Preise für Süßwasserfische im Kleinverkauf:

	in lebend. Zustand M.	in totem Zustand M.
bei Karpfen	1,80	1,70
„ Schleien	2,—	1,90
„ Hechten	1,80	1,70
„ Bleien oder Brachsen:		
bei 2 Pfund und darüber	1,20	1,10
unter 1 Pfund	0,90	0,80
„ Plötzen und Rotaugen:		
sofern je 3 Fische zusammen 1 Pfd. und darüber wiegen	0,90	0,80
sofern je 3 Fische zusammen weniger als 1 Pfund wiegen	0,80	0,70

Die Verordnung bezieht sich, was noch bemerkt werden soll, auf Karpfen und Schleie aller Art; denn es schien nicht angängig, die Karpfen und Schleien der Kriegsgesellschaft für Teichfischverwertung den Höchstpreisen nicht zu unterwerfen, da der Nachweis einer Ueberschreitung der Höchstpreise unmöglich sei, wenn ein Händler außer Karpfen und Schleien von der Kriegsgesellschaft für Teichfischvertung auch solche anderer Herkunft führt. Deshalb sind auf Grund der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung mit Zustimmung des Oberpräsidenten auch für die Karpfen und Schleien der Kriegsgesellschaft Höchstpreise festgesetzt worden. Man sieht immer wieder, daß Höchstpreise ohne Beschlagnahme ein Unding sind und nur allein die Eigenschaft haben, immer wieder in die Höhe zu gehen.

Beschlagnahme von Eicheln und Kastanien.

Einer Bestimmung der Reichsbehörde gemäß sind sämtliche Eicheln und Kastanien beschlagnahmt und müssen an die amtlichen Sammelstellen abgeführt werden. Das Publikum wird daher aufmerksam gemacht, die Kinder im Tiergarten nicht zum Einsammeln der Eicheln und Kastanien zu verleiten, wie es bisher unberechtigterweise geschehen ist.

Das Einsammeln der Eicheln und Kastanien geschieht amtlicherseits durch das Arbeitspersonal der Königlichen Tiergartenverwaltung.

Wer obige Bestimmung übertritt, macht sich strafbar.

Die Zustände im Milch- und Eierhandel werden immer unhaltbarer und alle schönen Verordnungen haben bisher keine Ordnung geschaffen. Viele Hausfrauen können selbst das ihnen zugestandene geringe Quantum nicht erhalten, manche haben wochenlang nicht ein Ei erhalten können. Die Kleinhändler werden von den Engroshändlern schlecht bedient, so daß alle Kundenlisten nicht viel helfen. Wie hier, so steht es auch mit der Milch. Die Gemeinden sollten endlich dazu übergehen und die Abgabe der Eier und der Milch selber in die Hand nehmen.

Eine Flucht in die Oeffentlichkeit unternimmt der Bürgermeister von Friedenau aus Anlaß der Klagen über ungenügende Versorgung der Gemeinde mit Lebensmitteln. Er hat an die einzelnen Haushaltungen ein Flugblatt verteilen lassen, in dem er darlegt, daß die Gemeindeverwaltung an diesen Mängeln unschuldig sei, so berechtigt die Klagen auch seien. Die Verteilung der vielen beschlagnahmten Lebensmitteln erfolge von den Reichs- und Zentralstellen nach bestimmten Grundsätzen, auf welche die Gemeinde keinen Einfluß habe. Auch diese Tatsache zeigt die Unhaltbarkeit der jetzigen Organisation Groß-Berlins im hellsten Lichte.

Zu dem Bericht über den Besuch von Pressevertretern in der Groß-Berliner Butterverteilungstelle

wird uns von einer Hausfrau geschrieben: Die Mitteilung, daß die angelieferte Butter durch Sachverständige begutachtet und dann in Butter erster, zweiter, dritter und manchmal auch vierter Güte eingeteilt wird, soll nicht bezweifelt werden. Dem gegenüber bedarf es der ausdrücklichen Feststellung, daß man in fast allen Handlungen beim Kleinverkauf nur Butter einer einer einzigen, natürlich der „ersten" und somit der teuersten Güte erhält. Höchst selten ist auch eine zweite, etwas billigere Butterforte zu finden. Selbst die minderwertigste Butter wird also auf dem Wege von der Butterverteilungsstelle zu den Verbrauchern durch ein einträgliches „Geheimverfahren" — verbessert.

Sonderbare Beschwerdeerledigung.

Die mit Durchführung der Kriegsfürsorgemaßregeln betrauten Verwaltungsstellen haben gewiß eine nicht geringe Arbeit von all den Eingaben und Beschwerden, die ihnen zugehen. Es mag keine leichte Aufgabe sein, die vielen teils berechtigten, teils unberechtigten Wünsche und Klagen zu prüfen und Bescheid darauf zu geben. Wenn da manches in einem abgekürzten Verfahren erledigt wird, so ist das angesichts der besonderen Zeitumstände begreiflich und entschuldbar. Aber gegen die Art der Beschwerdeerledigung, von der uns eine mit ihrem Bezirksvorsteher zusammengeratene Berliner Kriegerfrau erzählt, müssen wir doch ernste Bedenken haben. Mit einer mündlichen Bitte um Extraunterstützung hatte die Frau sich an den Bezirksvorsteher gewandt in der Meinung, daß dies der rechte Weg sei. Sie wußte nicht, daß sie einen Antrag auf Extraunterstützung durch Vermittlung des Steuerkassenbureaus an ihre Unterstützungskommission zu richten gehabt hätte. Wegen der von ihr als schroff empfundenen Form, in der sie von dem Bezirksvorsteher abgewiesen wurde, reichte sie eine schriftliche Beschwerde beim Militärbureau des Magistrats ein. Welchen Erfolg hatte sie damit? Eines Tages brachte eine recherchierende Dame ihr die Aufforderung, sich bei dem Bezirksvorsteher einzufinden. Und von ihm mußte die Kriegerfrau sich nun Vorhaltungen darüber machen lassen, daß sie gegen ihn eine Beschwerde eingereicht hatte! Weiteren Bescheid erhielt sie nicht. Das Militärbureau unterließ es, ihr eine schriftliche Antwort zukommen zu lassen. Wir müssen denn doch sagen, daß wir diese Art, eine Beschwerde zu behandeln, sehr sonderbar finden. Wohl ist es selbstverständlich, daß man dem Bezirksvorsteher die Beschwerde mitteilen mußte, damit er sich zu ihr äußern konnte. Aber ebenso selbstverständlich scheint uns, daß nicht durch ihn selber ein Bescheid in dieser Sache gegeben werden kann. Will vielleicht das Militärbureau doch noch der Frau einen regelrechten Bescheid erteilen? Zeit wär's nun bald, denn seit Einreichung ihrer Beschwerde sind jetzt bereits vier Wochen vergangen.

Raubmord in Neukölln.

Zwei Fürsorgezöglinge als Täter.

In Neukölln wurde im Hause Mahbachufer 2 in der Nacht von Montag zu Dienstag ein schweres Verbrechen entdeckt. Dort führten die Schwestern Anna und Marie Rudolphi einen gemeinsamen Haushalt. Als die jüngere der beiden, Marie, die Schuhstepperin ist, Montag abend von ihrer Tätigkeit heimkehrte, war die Wohnung verschlossen. Nach längerem Warten ließ sie die Tür öffnen. Man fand alle Schränke erbrochen. In der Küche lag, von Betten bedeckt, die ältere der Schwestern, die 54jährige Blumenarbeiterin Anna R. Sie war durch einen Messerstich in den Hals getötet worden. Täter sind offenbar die Brüder Otto und Richard Klaus. Der ältere der beiden, Richard, der gestern 18 Jahre alt geworden ist, war bei einem Bäcker, der andere, 16jährige, bei einem Landwirt in Paretz zur Fürsorgeerziehung untergebracht. Sie waren den Schwestern dadurch bekannt, daß sie zusammen früher im gleichen Hause gewohnt hatten. Sie besuchten die Schwestern öfter und waren auch vorgestern nachmittag — wie festgestellt ist — erschienen. Später sahen Hausbewohner die Burschen mit einer Tasche über den Hof gehen. Die Ermittlungen der Neuköllner Polizei leitet Kriminalkommissar Berlin. Der Polizeipräsident, den der Lichtenberger Polizeipräsident Lewald gegenwärtig vertritt, hat auf die Ermittlung der Täter 500 M. Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen über die Gesuchten sind beim Kriminalkommissar Kaufmann im Zimmer 22 des Neuköllner Polizeipräsidiums zu machen.

Die Vernehmung der Eltern der jugendlichen Mörder hat keine wichtigen Anhaltpunkte ergeben. Die von der schrecklichen Tat ihrer Söhne ganz entsetzten Leute, die in der Wrangelstraße wohnen, wissen nicht viel anzugeben, da sie mit diesen, wie schon gesagt, in keinerlei Verbindung mehr standen.

Die Gemeindeschulen Berlins werden zum Oktober dieses Jahres um eine vermehrt. Im Norden der Stadt, in den Schulbaracken auf dem Grundstück Seestraße 84, wird eine neue Knabenschule eröffnet, welche die Nummer 312 erhält. Auf 312 steigt durch sie die Gesamtzahl der Gemeindeschulen Berlins, ungerechnet die 20 Hilfsschulen und die 4 Schulen für Schwerhörige. Die Schulbaracken des genannten Grundstücks wurden bisher von der 291. Gemeindeschule benutzt. Diese und die bisher im Mietshause Amsterdamer Str. 19 untergebrachte 273. Mädchenschule siedeln zum Oktober in den Schulneubau an der Malplaquetstraße über. Im Osten der Stadt hat die im Mietshause Frankfurter Allee 271 untergebrachte 57. Schule für Knaben und Mädchen sich so entwickelt, daß sie jetzt vollbesetzt ist. Sie muß zum Oktober eine Filiale eröffnen, die im Hause Frankfurter Allee 292 Mietsräume beziehen wird.

Die bekannte Berliner Firma A. Hefter, deren Würste allen Berlinern über 60 Jahre hindurch als Delikatesse galten, hat ihre sechs Filialen vor einiger Zeit geschlossen und wird nun Ende dieses Monats auch die letzte Filiale mit dem Hauptgeschäft in der Leipziger Straße 98 schließen. Dies Geschäft wurde von dem verstorbenen A. Hefter, der am 1. Juli 1910 als Millionär starb, am 24. April 1861 in der Leipziger Straße 98 in kleinem Umfange eröffnet, aber bald zur Blüte gebracht. In den 70er Jahren beschäftigte Hefter über 100 Personen.

Die 2. Fortbildungsanstalt in der Bertram-Realschule (Alexandrinenstraße 5/6) nimmt Schüler beiderlei Geschlechts auf. Die Winterkurse beginnen am Montag, 9. Oktober d. J. Das Schulgeld beträgt für jeden vierstündigen Kursus 5 M. auf das ganze Halbjahr. (Auswärtige das Doppelte.) Unterrichtet wird im Französischen und Englischen in aufsteigenden Kursen, in Deutsch, in doppelter Buchführung, Stenographie und Schreibmaschine und bei genügender Beteiligung auch in anderen Gegenständen. Anmeldungen nimmt der Direktor der Realschule täglich von 12—1 und an den Unterrichtsabenden um 8 Uhr in seinem Amtszimmer entgegen.

Aus den Gemeinden.

Die Stadtverordnetenversammlung in Schöneberg bewilligte für Einquartierungskosten 615 000 M. und für Hilfspersonal 188 000 M. Hierbei wurde beschlossen, diese Vorlage dem Haushaltsausschuß zu überweisen, um die Brotkommissionen mehr den Bedürfnissen der Bevölkerung anzupassen, da erhebliche Beschwerden eingegangen, ganz besonders über die Zusatzkarten sowie das geringe Entgegenkommen den Urlaubern gegenüber, und um die verschiedenen unklaren Verfügungen zu erörtern. Der Haus- und Grundbesitzerverein hatte ein Bittgesuch eingereicht um Aufhebung des Mietnachlasses bei Gewährung von Mietbeihilfen an die Mieter. Es wurde beschlossen, das Gesuch dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen.

Der Deutschen Dichter-Gedächtnisstiftung wurden 300 M. überwiesen für Herausgabe guter literarischer Bücher für die Krieger und die Verwundeten in den Lazaretten.

In der Becker-, Ecke Rembrandtstraße, ist die fünfte Volksküche eröffnet worden.

Verteilung von Teigwaren in Charlottenburg.

In der Zeit von Mittwoch, den 4. Oktober, bis Sonnabend, den 14. Oktober, findet in Charlottenburg auf Abschnitt 11 der roten Nahrungsmittelkarte eine Verteilung von 1/2 Pfund Teigwaren an das Publikum statt, und zwar zum Preise von 72 Pf. pro Pfund für die erste und von 51 Pf. pro Pfund für die zweite Sorte. Die Abgabe der Teigwaren an die Händler erfolgt in der Zeit von Freitag, den 29. September, bis einschließlich Dienstag, den 3. Oktober, von 9—12 Uhr vormittags im Rathause, Zimmer 42.

Grieß- und Teigwarenverkauf in Steglitz.

Die Gemeinde hat den durch rote Plakate kenntlich gemachten Geschäften Grieß und Teigwaren überwiesen, die vom Mittwoch, den 27. d. M., vormittags 8 Uhr, bis einschließlich Montag, den 2. Oktober, zum Verkauf gelangen. Die eingetragenen Käufer erhalten auf Abschnitt 2 der Lebensmittelkarte: 1. Nudeln 1/4 Pfd. pro Kopf (Schnittnudeln, Suppennudeln und Suppenteige), Pfund 51 Pf., Teigröhren und Makkaroni Pfund 52 Pf.; 2. auf Abschnitt 3: Maisgrieß 1/2 Pfd. pro Kopf, Pfund 42 Pf.; 3. auf Abschnitt 4: Weizengrieß 2/5 Pfd. pro Kopf, Pfund 45 Pf. Nach Ablauf obiger Frist sind die Kartenabschnitte verfallen. In der festgesetzten Zeit können alle drei Sorten Lebensmittel auf einmal oder auch getrennt gekauft werden. Diejenigen, welche nachträglich ihre Eintragung in die Kundenliste beantragt haben, werden rechtzeitig benachrichtigt, um ebenfalls den Einkauf genannter Waren bewirken zu können.

Neuausgabe von Milchkarten in Berlin-Wilmersdorf. Morgen, Mittwoch, 27. September, ist der letzte Tag, an dem die Hausbesitzer oder ihre Vertreter die neuen Milchkarten für Oktober nach der üblichen Ausgabeordnung bei ihren Brotkommissionen in Empfang nehmen können. Mit den Milchkarten gelangen gleichzeitig die Kartoffelkarten für die Zeit vom 16. Oktober 1916 bis April 1917 zur Verteilung. Ueber die Ausgabe der Milchkarten für Kranke wird das Erforderliche noch rechtzeitig bekannt gemacht.

Städtischer Kaninchenverkauf in Neukölln.

Im städtischen Eiswerk, Mittelbuschweg 26/27, ist ein weiterer Posten von lebenden Kaninchen eingetroffen. Der Verkauf findet am Mittwoch, den 27. und Donnerstag, den 28. d. Mts., nachmittags von 4—6 Uhr, zu billigen Preisen statt.

Das Neuköllner Stadtbad ist im Winterhalbjahr 1916/17 an den Tagen vom Montag bis Freitag von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, an den Sonnabenden von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends und an den Sonntagen von 8 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags geöffnet.

Neukölln erhält einen neuen Zugang zum Tempelhofer Feld. Die von der Stadtgemeinde Neukölln vor zwei Jahren an der Ostseite des Tempelhofer Feldes längs der bedeutend höher gelegenen Oderstraße geschaffene Parkanlage kann von Neukölln aus nur von dem nördlichen und südlichen Ende des Straßenzuges erreicht werden. Um nun auch von der Mitte aus einen bequemen Zugang zu ermöglichen, wird im Zuge der Steinmetzstraße eine große Freitreppe nach dem Tempelhofer Feld angelegt.

Kinderveranstaltungen in Neukölln. Mittwoch, den 27.: Letztes Spielen auf dem Turnplatz. Treffpunkt 1/2 3 Uhr Kaiser-Friedrich-, Ecke Innstraße.

Sonntag, den 1. Oktober: Besuch des Museums für Völkerkunde für Kinder über 10 Jahre. Treffpunkt 12 Uhr am Hermannplatz. Fahrgeld 20 Pf.

Gerichtszeitung.

Milchpantscherei.

Wiederum hatte gestern die 5. Strafkammer des Landgerichts I die Machenschaften eines Milchverschlechterers einer Prüfung zu unterziehen. Der Milchhändler Johann Köhler war vom Schöffengericht zu 300 Mark Geldstrafe auf Grund des folgenden Tatbestandes verurteilt worden. Bei der Polizei war eine Anzeige eingelaufen, die den Angeklagten der Milchpantscherei beschuldigt. Er wurde daraufhin beobachtet und als er gesehen wurde, wie er beim Aufladen der auf einem hiesigen Bahnhof angekommenen Milchfässer vor der Abfahrt aus einem Faß mit Magermilch ein Quantum in ein Faß mit Vollmilch goß, wurde er mitten in dieser Arbeit von Schutzleuten gestört. — Gegen das Urteil des Schöffengerichts legte der Staatsanwalt Berufung ein, weil er die Strafe für viel zu niedrig erachtete. — Der Angeklagte suchte sich damit zu entschuldigen, daß er beabsichtigt habe, der so verwässerten Milch auch noch eine entsprechende Menge von Sahne hinzuzusetzen, die er gleichfalls bezogen hatte; darin sei er von der Polizei gestört worden. Das Gericht hielt das für eine leere Ausrede und verurteilte den Angeklagten zu 1000 Mark Geldstrafe, da gerade den Milchverfälschungen in jedem Falle mit empfindlichen Strafen entgegengetreten werden müsse.

Hat Hausmacherwurst einen Höchstpreis?

Die Frage, ob sogenannte „Hausmacherwurst", die von Schankwirten aus ausländischem Fleisch hergestellt und in ihren Schanklokalen an Gäste verabfolgt wird, unter die Höchstpreisverordnung fällt, hatte gestern die 6. Strafkammer des Landgericht I zu prüfen.

Vor dieser waren der Gastwirt Wilhelm Helms und seine Ehefrau wegen Ueberschreitung der Höchstpreise angeklagt. Die Angeklagten hatten aus ausländischem Fleisch und Kram Hausmacherleberwurst und Fleischwurst hergestellt und diese zu Preisen an ihre Gäste verkauft, die wesentlich höher waren, als die für diese Wurstsorten festgesetzten Höchstpreise und im Hinblick auf die teueren Einkaufspreise für das ausländische Fleisch auch sein mußten. Hierin wurde jedoch eine Ueberschreitung der betreffenden Verordnung erblickt und infolgedessen Anklage erhoben. Die Angeklagten behaupteten nun, daß sie keineswegs an diese Verordnung gebunden seien, während die beiden Sachverständigen Dr. Kahlmann von der Preisprüfungsstelle sowie Schlachthofdirektor Goltz sich auf den Standpunkt stellten, daß sie auch bei Verarbeitung von ausländischem Fleisch zugrunde zu legen sei, denn sie setze Höchstpreise für die erlaubten, hier hergestellten Wurstsorten fest, ohne Ausnahmen für die Verarbeitung von ausländischem Fleisch zu machen. Das Schöffengericht Berlin-Mitte erkannte jedoch auf Freisprechung und ebenso sprach auf die vom Staatsanwalt eingelegte Berufung hin die Strafkammer den Angeklagten frei. Sie legte dabei die Bekanntmachung des Magistrats zugrunde, daß ausländisches Fleisch sowie die daraus im Inlande hergestellte Ware nicht unter die Höchstpreise fallen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

H. Sch. 100. 1. und 2. Nein, Sie müssen den Schadenersatz vom Mieter verlangen. 3. Von der Miete können Sie keinen Abzug machen. 4. Ja. 5. Das Amtsgericht. — **G. R. 14.** Sie brauchen sich nicht zu melden. — **H. P. 7.** Sie haben Anspruch auf Aufwandsentschädigung. — **O. R. Z. 49.** Zurückgestellt, herzleidend. — **H. W. 1.** Es müssen 1200 Marken nachgewiesen werden. Für die Zeit, die der Versicherte beim Inkrafttreten des Gesetzes über 35 Jahre alt war, werden ihm für jedes Jahr 40 Marken in Anrechnung gebracht. — **M. C. 66.** 1. Der Wirt kann kündigen. 2. Der vom Wirt gewährte Mieterlaß braucht nicht nachgezahlt zu werden. 3. Liebknecht hat als Einjähriger seinerzeit gedient und ist als Armierungssoldat eingezogen worden. — **R. G.** Wenden Sie sich an das Gewerkschaftssekretariat, Engelufer 15. — **K. R. 10.** Drüsenanschwellung und Verwachsungen im Gesicht; dienstuntauglich. — **R. 51.** Sie müssen sich stellen. — **D. U. 92.** 1. Chronische Krankheiten des Auges, dienstuntauglich. 2. Die andere Nummer bedeutet: Herabsetzung der Sehschärfe. — **F. G. 33.** Es handelt sich nur um die ungedienten Mannschaften. — **M. L. 25.** Sie müssen die erste und zweite Klasse zahlen. Auf einen eventuellen Gewinn haben Sie sonst keinen Anspruch. — **O. B. Z. 49.** Wegen Herzfehler sechs Monate zurückgestellt. — **A. C. 100.** Anspruch auf Unterstützung besteht nur, wenn der Vater des Kindes zum Militärdienst eingezogen ist. — **M. 14.** 1. Der Beweis dafür müßte durch Vorlegung von Rechnungen geführt werden. Eine eidesstattliche Versicherung wird dafür nicht genügen. 2. Der Gerichtsvollzieher ist dazu berechtigt. — **P. C. 48.** Nachdem eine Erbauseinandersetzung mit den Kindern stattgefunden hat, steht Ihrer Wiederverheiratung nichts im Wege. — **O. S. 50.** Diese Mannschaften sind schon nachgemustert. — **A. B. 50.** 1. Landsturmpflichtig, geringer Herzfehler. 2. Ja. — **F. M. 1.** 1. Für einen früheren Gemeindeschüler ist Vorbereitung auf das Einjährigenexamen erfolgversprechend nur bei Fleiß und Begabung. 2. Private Lehrinstitute nennen wir nicht; Sie finden solche im Berliner Adreßbuch für 1916 auf Seite 232. 3. Die Kosten sind nicht gering; Näheres darüber erfahren Sie bei den Instituten. — **A. B. 97.** Grüne (unreife) Tomaten geben eine vorzüglich schmeckende und sehr haltbare Konserve. Auf 4 Pfd. Tomaten rechnet man 1 Pfd. Zucker, 3/4 Liter Weinessig, 1/4 Liter Wasser. Die in Hälften oder Viertel geschnittenen Tomaten werden in siedendem Essig fast weich gekocht. Den Zucker kocht man mit dem Wasser, bis derselbe in Tropfen vom Löffel fällt, gibt die Tomaten hinein und kocht sie glasig. Nach Belieben gibt man ein Stückchen Ingwer daran. In sorgfältig vorbereitete Gläser füllen und nach dem Erkalten verschließen. Diese Tomaten sind eine gute Beigabe zum Fleisch. Aber auch Marmelade läßt sich von grünen Tomaten kochen. Auf 2 Pfd. grüne Tomaten nimmt man 1 1/2 Pfd. Mohrrüben und ein knappes Pfund Zucker. Die Mohrrüben werden geputzt und auf dem Reibeisen fein zerrieben. Die Tomaten kocht man in wenig Wasser weich, streicht sie durch ein Sieb und kocht sie mit dem Zucker und dem Mohrrübenbrei. Diese Marmelade hält sich aber nicht lange.

Männerchor „Fichte-Georginia 1879"
M. d. A.-S.-B.
Am 25. September verschied nach kurzem schweren Leiden unser lieber Sangesbruder 1306b
Alfred Fischer
im Alter von 32 Jahren.
Seine Sängertreue sowie sein ehrlicher Charakter sichern ihm ein bleibendes Andenken.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. September, nachmittags 4 Uhr, auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter
Otto Lieberam
Koloniestraße 82, im Alter von 59 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Friedhofes der Elisabeth-Kirchengemeinde in der Prinzenallee aus statt.
91/10 Die Ortsverwaltung.

Verband der Lithographen, Steindrucker u. verwandten Berufe
(Deutscher Senefelder-Bund).
Den Mitgliedern machen wir die betrübende Mitteilung, daß unser Kollege, der Photograph
Hermann Elsholtz
plötzlich an Herzschlag am 21. September im Alter von 19 Jahren verstorben ist.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes (Paul Gerhardt-Gemeinde) in Weißensee, Gustav-Adolf-Straße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
109/5 Die Ortsverwaltung.

Nach nur kurzer Invalidität entschlief am 24. September unser lieber Kollege, der Schriftsetzer
Bernhard Wolschnik.
Ueber 40 Jahre mit uns an gleichem Platze tätig gewesen, hat er sich stets als ein wackerer und braver Mitarbeiter bewiesen, so daß wir ihm ein dauerndes ehrendes Andenken bewahren werden.
Berlin, 26. September 1916.
Die Kollegen 1309b
der Norddeutschen Buchdruckerei
Die Beerdigung findet statt: Donnerstag, den 28. September, nachmittags 5 Uhr, in Adlershof.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines unvergeßlichen Mannes, treusorgenden Vaters, des Landsturmmannes
Hermann Verch
sagen wir allen Beteiligten, dem Meister der Siemens-Schuckert-Werke, Abt. 1, der Berliner Geschäftsdiener- und Bäckervereinigung, sowie der 2. Komp., 2. Ers.-Bat., Leib-Gren.-Reg. Nr. 8, unsern herzlichsten Dank.
Witwe Helene Verch
geb. Anton
nebst Kindern. 80N

Die Zarengeißel
Sturmschreie aus hundert Jahren : Herausgegeben von Dr. Franz Diederich
In festem Umschlag geheftet
50 Pfennig
Das Thema dieses Buches ist der Kampf gegen den Zarismus, der Rußland blutig knechtet u. Europa barbarisch bedroht. — Die Zarengeißel ist ein Kampfbuch voll Unerbittlichkeit. Aus dem Sturm des gegenwärtigen Krieges ist es hervorgewachsen
Zu beziehen durch die:
Buchhandlung Vorwärts
SW. Lindenstr. 3

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter
Gustav Hennig
Cuvrystraße 25, am 22. September gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
123/8 Die Ortsverwaltung.

Bücher und Zeitschriften jeder Art liefert die Buchhandl. Vorwärts. Bestellungen nimmt jede Filialexpedition sowie die Zeitungsträgerin entgegen.

Vorwärts-Abonnenten erhalten 20 Prozent Rabatt,
wenn sie bei Aufgabe von privaten „Kleinen Anzeigen" die Abonnementsquittung mit Gutschein vorweisen.

Münzen kauft Rob. Ball Nchf., Münzenhdlg., Berlin, Wilhelmstr. 46/47

Hiermit allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder und Bräutigam, der Musketier
Ernst Arnold
Inf.-Rgt. 43, 11. Komp.
im blühenden Alter von 23 Jahren als Opfer des Krieges am 4. September 1916 durch Kopfschuß gefallen ist. 1298b
Um stille Teilnahme bitten
Linus und Marie Arnold als Eltern,
Klara, Georg u. Luise Arnold als Geschwister,
Erna Herz als Braut.

Zigarren
von M. 65,— pro Tausend aufwärts,
Zigaretten
von M. 14,— pro Tausend aufwärts zu Engros-Preisen.
Leo Spieker, Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 38. — Tel. Wilhelm 1809.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung.
229/6*
Sprechstunden: 10—1 und 5—8

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Zweigverein Berlin.
Bezirk Norden I.
Am 24. September starb unser Mitglied, der Hilfsarbeiter
Karl Blankenburg
im Alter von 60 Jahren.
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, auf dem Elias-Kirchhof in Nordend statt.
Ferner starb vom Bezirk Wedding am 24. September der Hilfsarbeiter
Wilh. Tschierschke
im Alter von 49 Jahren.
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, auf dem neuen Pauls-Kirchhof in der Seestraße statt.
Ehre ihrem Andenken!
Um rege Beteiligung ersucht
142/20 Die örtliche Verwaltung.

Von jetzt ab sonntags geöffnet 12—2 Uhr.
Fesche Formen!
Billige Preise! Gute Stoffe!
Westmann
I. Geschäft Mohrenstraße 37a (Kolonnaden). Donnerstag geschlossen.
II. Geschäft Große Frankfurter Str. 115, nahe Andreasstraße.
Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen"
Berlin C. A. Habnitsch, Ackerstr. 174.
O. Karl Welle, Petersburger Platz 4. R. Wengels, Markusstraße 36.
NO. L. Jucht, Immanuelkirchstr. 12.
N. A. Wolgast, Wattstraße 9. H. Fischer, Bastianstraße 6. Karl Maros, Greifenhagener Str. 21. J. Hönisch, Müllerstr. 34a. H. Vogel, Loringstr. 8.
NW. Salomon Joseph, Wilhelmshavener Str. 48.
SW. G. Schmidt, Bärwaldstr. 42.
S. Fr. Fritz, Prinzenstr. 31. H. Lehmann, Kottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15. P. Horsch, Engelufer 15.
Adlershof. Karl Schwarzlose, Bismarckstr. 28.
Baumschulenweg. H. Hornig, Marienthaler Str. 18, I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Räuschstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Sesenheimer Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal. Max Gouschur, Parkstr. 23.
Karlshorst. Hermann Billing, Dönhoffstr. 28.
Köpenick. Emil Wihler, Kietzerstr. 6, Laden.
Lichtenberg I. Otto Zeikel, Gartenbergstr. 1.
Lichtenberg II. A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Neukölln. M. Heinrich, Neckarstr. 2. E. Rohr, Siegfriedstraße 28/29.
Nieder-Schöneweide. Wilh. Unruh, Brückenstr. 10.
Nowawes. Karl Kronsberg, Eisenbahnstr. 10.
Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Wilhelminenhofstr. 17, Laden.
Pankow. Otto Ritzmann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf. P. Gurich, Provinzstr. 56, Laden.
Schöneberg. Wilhelm Baumler, Meininger Str. 9 im Laden.
Spandau. Schuhmacher, Breitestr. 64.
Steglitz. H. Berufee, Albrechtstr. 5.
Tempelhof. Joh. Krohn, Borussiastr. 62.
Treptow. Robert Gramenz, Kiefholzstr. 412, Laden.
Weißensee. Gustav Rohkopf, Berliner Allee 11.
Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilhelmsaue 27.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.